

Studienkreis Rundfunk und Geschichte Mitteilungen

15. Jahrgang Nr. 4 - Oktober 1989

Nachrichten und Informationen: Der neue Vorstand - 21. Jahrestagung des Studienkreises in Saarbrücken - 18. Doktoran- den-Kolloquium in Grünberg - Drei neue Inten- danten (Fünfgeld, Drück, Weirich)	Seite	226
Schwarzes Brett: Ludwig Kroll (1915-1989) - Die Freundin der Autoren/Zum Tode von Gisela Lindemann - Wenzel Lüdecke (1917-1989) - Hans Schwab-Felisch (1918-1989) - General- intendanten in den DDR-Rundfunkmedien - Rundfunkzeitschriften auf Mikrofilm - An die Redaktion der MITTEILUNGEN	Seite	229
Arnulf Kutsch: Das Ende des "Schwarzen Kanals" - Karl-Eduard von Schnitzler im Ruhestand	Seite	248
Hans Rink: Rheinland-Pfalz als Kernraum audiovisueller Medien/Die Gründung des ZDF 20. Jahrestagung in Koblenz	Seite	260
Friedrich P. Kahlenberg: Eröffnung	Seite	273
Aus der Arbeit des Vorstandes - Geschäftsbe- richt für die Mitgliederversammlung am 22. September 1989	Seite	277
Wilhelm Treue: Anmerkungen zur Gründung des Studienkreises	Seite	280
Winfried B. Lerg: Kritische Rückschau - Zwanzig Jahre Studienkreis	Seite	288
Von SWF und SDR - Kamingespräch mit Jörg Rüggeberg	Seite	295
Michael Philipp: "Vom Schicksal des deutschen Geistes" - Wolfgang Frommels oppositionelle Rundfunkarbeit an den Sendern Frankfurt und Berlin 1933-1935	Seite	323
Bibliographie: Zeitschriftenlese 51 (1.6.-31.10.1989 und Nachträge)	Seite	335

NACHRICHTEN UND INFORMATIONEN

Der neue Vorstand

Gewählt durch die Mitgliederversammlung am 22. September 1989 in Frankfurt/M. und ergänzt durch Kooptationen, setzt sich der neue Vorstand des Studienkreises folgendermaßen zusammen:

Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg, Koblenz	Vorsitzender
Prof. Dr. Winfried B. Lerg, Münster	stellvertretender
Dr. Wolfgang Sieber, Frankfurt	Vorsitzende
Dr. Wolf Bierbach, Köln	Schriftführer
Wolfgang Hempel, Baden-Baden	Schatzmeister
Prof. Dr. Lothar Albertin, Horn-Bad Meinberg	
Joachim Drengberg, Hamburg	
Prof. Walter Först, Köln	
Dr. Brigitte Grimm, Stuttgart	
Dr. Harald Heckmann, Frankfurt	
Werner Hinz, Bergisch Gladbach	
Dr. Fritz Hufen, Mainz	
Dr. Wilhelm van Kampen, Berlin	
Dr. Walter Klingler, Baden-Baden	
Dr. Edgar Lersch, Stuttgart	
Prof. Dr. Helmut Rösing, Kassel	
Gabriele Rolfes, Marburg	
Dr. Sabine Schiller-Lerg, Münster	
Dr. Heiner Schmitt, Mainz	
Dr. Rüdiger Steinmetz, München	
Dr. Reinhold Viehoff, Bonn	
Prof. Dr. Wilhelm Treue, Göttingen	Ehrevorsitzender

Als Kassenprüfer wurden gewählt:

Gustav Adolf Mohrlüder, Mainz

Hans Rink, Mainz

NACHRICHTEN UND INFORMATIONEN

21. Jahrestagung des Studienkreises in Saarbrücken

Als Gast des Saarländischen Rundfunks wird der Studienkreis Rundfunk und Geschichte seine 21. Jahrestagung am 27. und 28. September 1990 in Saarbrücken abhalten, das bisher noch nie Ort einer Jahrestagung war. Geplant ist eine Arbeitstagung, in deren Mittelpunkt die Fachgruppen stehen sollen. Der Vorstand hat sich auf seiner letzten Sitzung am 8. Dezember 1989 in Frankfurt darauf geeinigt, künftig im Wechsel Jahrestagungen mit wissenschaftlichem Schwerpunkt und Binnenwirkung sowie Tagungen mit einem Charakter zu veranstalten, der auch Außenwirkung erzeugt. Dabei ist natürlich auch für den zweiten Typ der wissenschaftliche Anspruch selbstverständlich.

Die 21. Jahrestagung soll am Donnerstag (27. September) mit Sitzungen der Fachgruppen beginnen, die hierfür teilweise bereits Themen benannt haben. Für 20.00 Uhr ist ein Plenum mit dem Intendanten des Saarländischen Rundfunks, Dr. Manfred Buchwald, geplant. Der Freitag (28. September) wird mit Berichten aus den Fachgruppen eingeleitet, zu denen anschließend Diskussion vorgesehen sind. Der Nachmittag soll ganz dem "Studentischen Fenster", also Berichten und Diskussionen über fortgeschrittene Forschungsarbeiten gewidmet sein. Das endgültige Programm wird mit den Einladungen im Frühsommer versandt werden.

W. Bb.

18. Doktoranden-Kolloquium in Grünberg

Der Studienkreis Rundfunk und Geschichte lädt für den 20. bis 22. April 1990 zu seinem 18. Doktoranden-Kolloquium nach Grünberg/Hessen ein. Doktoranden, Diplomanden und Magisterkandidaten werden dort die Möglichkeit haben, mit Wissenschaftlern und Medienpraktikern interdisziplinär Themen und Forschungsprobleme zu besprechen. Die Kosten für Übernachtung und Verpflegung (ausgenommen: Getränke) übernimmt der Studienkreis. Die Teilnehmerzahl ist auf 30 begrenzt. Die Teilnahmebedingungen werden durch Aushänge in den einschlägigen Universitätseinrichtungen in der Bundesrepublik, der DDR, in Österreich, der Schweiz und den Niederlanden rechtzeitig bekannt gemacht. Ausführliche Informationen in den MITTEILUNGEN des StKRuG 1/1990.

Drei neue Intendanten

Am 2. Januar 1990 tritt Hermann Fünfgeld, gewählt am 22. September 1989 durch 21 der 33 Mitglieder des Rundfunkrates, seinen Dienst als neuer Intendant des Süddeutschen Rundfunks Stuttgart an. Er wird damit Nachfolger von Hans Bausch, dem zum Jahreswechsel vorzeitig ausscheidenden dienstältesten Intendanten der Bundesrepublik.

Fünfgeld studierte Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Freiburg und München, erwarb 1956 das Diplom im Fachgebiet Volkswirtschaft und war fünf Jahre als Assistent am Institut für Vergleichende Nationalökonomie der Universität des Saarlands tätig, bevor er zum Saarländischen Rundfunk ging, wo er zuerst Referent in der Verwaltungsdirektion, später Verwaltungsdirektor und 1967 Stellvertretender Intendant wurde. 1974 wechselte er zum Süddeutschen Rundfunk und übernahm dort die Verwaltungsdirektion. Der konservative Jurist und Volkswirt ist zudem Mitglied zahlreicher ARD-Gremien sowie Vorsitzender der ARD-Marketingkommission. Außerdem trat Hermann Fünfgeld, ein erklärter Gegner einer Fusion des SDR mit dem Südwestfunk, als Autor verschiedener Aufsätze zum Thema Rundfunkökonomie hervor.

Neuer Intendant des RIAS Berlin wurde der Leiter der Hauptabteilung Sendeleitung beim WDR, Helmut Drück. Die Chairmen des RIAS-Aufsichtsgremiums, Robert C. Voth und Van S. Wunder, beriefen den langjährigen Mitarbeiter des WDR Anfang Oktober in dieses Amt, in dem er zum Jahreswechsel die Nachfolge von Bernhard F. Rohe antrat, der am 1. Juli 1989 zur Deutschen Bank wechselte.

Drück, 1932 in Maulbronn geboren, studierte Rechts- und Politikwissenschaften an den Universitäten Freiburg, Hamburg und Berlin sowie an der Harvard Law School in Boston und war Assistent am Institut für Völkerrecht und Internationales Wirtschaftsrecht an der Universität Göttingen, wo er mit einer Arbeit über "Gemeinsame Unternehmen in Staatenverbindungen" promovierte. Er ist über 23 Jahre für den WDR tätig gewesen. Von 1972 bis 1980 leitete er die Intendanz unter Klaus von Bismarck und Friedrich Wilhelm von Sell; 1980 wurde er Leiter der Hauptabteilung Sendeleitung und Zentrale Aufgaben Fernsehen. Ferner war Drück seit 1988 Stellvertreter des Fernseh-Programmdirektors und Mitglied in zahlreichen Aufsichts- und Beiräten. Seit 1988 gehört er der Verhandlungsdelegation "Deutsch-französischer Kulturkanal" an.

Am 4. Oktober 1989 im dritten Wahlgang vom Verwaltungsrat mit neun Stimmen gewählt, trat Dieter Weirich am 1. Dezember die Nachfolge von Heinz Fellhauer als Intendant der Deutsche Welle an.

Der langjährige CDU-Medienexperte, geboren 1944 in Sülzbach bei Heilbronn, volontierte von 1963 bis 1965 bei der "Pforzheimer Zeitung" und arbeitete anschließend als freier Journalist, bevor er 1969 zum persönlichen Referenten des hessischen CDU-Vorsitzenden Alfred Dregger avancierte. Neben seinem Posten als Chefredakteur

des "Hessenkurier", den er seit 1972 bekleidete, war Weirich Parlamentarier, und zwar von 1974 bis 1980 als Mitglied des Hessischen Landtags, seit 1980 des Bundestags, wo er Vorsitzender des Bundesfachausschusses Medienpolitik der CDU und 1982 Medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion wurde. Probleme des Rundfunks hat Weirich, der seit 1961 der CDU angehört, schon zuvor als Mitglied des HR-Rundfunkrates und des ZDF-Fernsehrates kennengelernt.

Ralf Hohlfeld

SCHWARZES BRETT-----

Ludwig Kroll (1915-1989)



Mitglieder der Studiengruppe des Kulturpolitischen Bundestagsausschusses während der Englandreise vom 19. Oktober bis 1. November 1958 vor dem Unterhaus in London. Von links: Peter Jacobs (SPD), Wilhelm Probst (DP), Ludwig Kroll (CDU), Mrs. E. Emmet (M.P./Cons. Part.), Dr. Bruno Heck (CDU), Mrs. M. Maass (Foreign Office), Siegfried Zoglmann (FDP).

Er war zeitlebens ein Mann der Medien. Zunächst bestimmte das Buch seine berufliche Tätigkeit und sein gesellschaftlich-politisches Wirken. Am 16. Juli 1915 in Baden-Baden geboren, war der gelernte Buchhändler und Verlagskaufmann seit 1935 im Verlags- und Sortimentsbuchhandel tätig. Den Höhepunkt des Kirchenkampfes im Dritten Reich erlebte der bekennende evangelische Christ als Mitarbeiter der Verlagszentrale des Evangelischen Jungmännerwerkes (CVJM) in Kassel und Autor für dessen Jugendschrifttum (1937-1940). Von 1946 an engagierte sich Kroll, nunmehr selbst Inhaber einer Sortimentsbuchhandlung und Verleger von drei Zeitschriften in Baden-Baden, in verschiedenen Funktionen und Ämtern bei der badischen CDU, in der Evangelischen Landeskirche Badens und auf internationaler Ebene in der Bewegung für "Moralische Aufrüstung" (Zentrale in Caux). Damit verband sich eine rege Vortragstätigkeit auf Konferenzen und Akademien, für Institutionen und Organisationen mit zahlreichen Veröffentlichungen in Pressedienst, Tages- und Wochenzeitungen, Zeitschriften und in Hörfunkbeiträgen.(1)

Die Medienpolitik - nach Buch und Presse nun auch in den Sparten Film und Rundfunk - war auch einer der Schwerpunkte seiner Tätigkeit als Abgeordneter der CDU. In der 2. und 3. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (1953-1961) gehörte er als ordentliches Mitglied u.a. dem Ausschuß für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films bzw. für Kulturpolitik und Publizistik an. Dem Buch blieb er als Mitglied des Büchereibeirats der Wissenschaftlichen Abteilung des Bundestages besonders verbunden. In jenen Jahren erlebte Kroll die Bund/Länder-Auseinandersetzungen um eine Neuordnung des deutschen Rundfunkwesens, die sich von 1956/57 an auf den Streit um die rechtliche Kompetenz für ein zweites Fernsehprogramm konzentrierten.(2) Nicht zuletzt die Eindrücke von den britischen Rundfunk- und Fernsehverhältnissen, die Kroll als Mitglied einer Studiengruppe des zuständigen Bundestagsausschusses bei einem Aufenthalt in London (19. Oktober bis 1. November 1958) empfing, ließen ihn zu einem Befürworter des - inzwischen Realität gewordenen - dualen Rundfunksystems nach britischem Vorbild werden. Die Fernsehfrage wurde 1960/61 im politischen Schlagabtausch zwischen Adenauer und Altmeier und dann vom Bundesverfassungsgericht bekanntlich noch anders entschieden.

1963 wechselte Ludwig Kroll aus der rundfunkpolitischen Verantwortung zur Praxis eines Mitarbeiters jener Anstalt über, deren Vorgeschichte er in gewissem Sinn mitbeeinflußt hatte: zum Zweiten Deutschen Fernsehen. Zunächst stellvertretender Abteilungsleiter bei der Programmauswertung und Meinungsforschung des ZDF, ging er 1967 mit der gleichen Funktion in dessen Abteilung Zentralarchiv (heute: Archiv-Bibliothek-Dokumentation), deren Leitung er am 1. Juni 1973 übernahm. Der Buchhändler und Medienpolitiker konnte sich schon bald in seinen neuen rundfunkarchivarischen Aufgabenbe-

-
- 1) Vgl. die Bibliographie und die ausgewählten Beispiele in: Ludwig Kroll, Reden und Aufsätze - Zum 60. Geburtstag am 16. Juli 1975. Dokumentation: H. Rink, Mainz - Juli 1965, S. 9-71.
 - 2) Vgl. im Ausstellungskatalog "20 Jahre ZDF", hrsg. v. ZDF, Mainz - Juni 1981, S. 10-15.

reich einarbeiten und spezialisierte sich auf das Arbeitsgebiet der historischen Rundfunkarchivare. Parallel zu den Bemühungen um die Gründung eines Studienkreises Rundfunk und Geschichte (1967/69) setzte Kroll sich beim ZDF für die Einrichtung eines Historischen Hausarchivs (heute: Historisches Archiv) ein, für die er zum 15. April 1969 eine von ihm konzipierte Dienstanweisung des Intendanten mit genauen Aufgaben- und Kompetenzzuweisungen erreichen konnte. Als erstem Leiter dieses Archivs (in Verbindung mit seiner Stellvertreter-Funktion in der Gesamtabteilung 1969-1973) gelang es ihm, gerade noch rechtzeitig die ZDF-Publikationen der ersten Jahre zu sichern und mit seinem Arbeitspapier "Altregistratur als Quellenmaterial für das Historische Hausarchiv" vom 12. Oktober 1971 in Hause Interesse für den historischen Quellenwert der ZDF-Altakten zu wecken.

Als Leiter der Abteilung Zentralarchiv bis 1979 gab Ludwig Kroll der Archiv- und Dokumentationsarbeit im ZDF insgesamt neue Impulse. Im Zuge der Entwicklung, die damals begann, wird inzwischen neben dem Altschriftgut auch das audiovisuelle Programmvermögen in seinem historischen Quellenwert gewürdigt und entsprechend gesichert. Eine Bilanz der Bemühungen um die rundfunkhistorische Quellensicherung nach Rechtslage, Aufgabenstellung und der neuesten Praxis zog Kroll schon 1974 in dem Aufsatz "Rundfunk, Archive und Geschichte. Die Rundfunkarchive und die rundfunkgeschichtliche Forschung".(3) Der Studienkreis Rundfunk und Geschichte nahm für ihn bei diesen Bestrebungen eine "Schlüsselstellung" ein.(4) Darum setzte er sich auf der Mainzer Jahrestagung nachdrücklich für eine Satzungsänderung bei § 6 Abs. 3 (Fassung von 1972) ein, nach der dem erweiteren Vorstand künftig "ein Vertreter des ZDF" als "geborener" Beisitzer anzugehören hatte. Seine Vermittlung machte es möglich, daß der Studienkreis bereits seine 4. Jahrestagung (1972) beim ZDF in Mainz veranstalten konnte, obwohl die gastgebende Fernsehanstalt an ihrem rechtlichen Sitz damals noch gar nicht über ein entsprechend nutzbares Sendezentrum verfügte. Er selbst übernahm im Studienkreis für die Jahre 1973 bis 1979 weitergehende Verantwortung als einer der beiden gleichberechtigten stellvertretenden Vorsitzenden im geschäftsführenden Vorstand. Kroll war auch der Initiator für die Gründung einer Regionalgruppe Mainz/Wiesbaden gemäß § 7 Abs. 1 der Satzung. Am 20. März 1974 in Mainz in repräsentativem Rahmen gegründet, hat die bisher einzige Regionalgruppe des Studienkreises einige Jahre erfolgreich gearbeitet (5), ehe sie nach Krolls Ausscheiden aus dem ZDF ihre Tätigkeit wieder einstellte.

Als Ludwig Kroll 1979 in den Ruhestand ging und sich gleichzeitig aus dem Vorstand des Studienkreises zurückzog, konnte er auf ein vielfältig erfolgreiches Berufsleben und öffentliches Wirken zu-

3) In: Medien und Archive. Beiträge zur Rolle moderner Archive in Information und Dokumentation, hrsg. v. G. Mantwill, Pullach b. München 1974, S. 230-235.

4) a.a.O., S. 234.

5) Vgl. den Erfahrungsbericht von H. Rink, in: MITTEILUNGEN StRuG 6. Jg., Nr. 2/April 1980, S. 121 f.

rückblicken. Nicht zuletzt hatte er auf dem Gebiet des rundfunkhistorischen Archivwesens zukunftssträchtige Anstöße gegeben. Der Arbeit des Studienkreises galt - neben der weiteren Einflußnahme in der Ortspolitik, in der Lerchenberger Kirchengemeinde und als Ehrenvorsitzender der Mediengewerkschaft VRFF - auch fernerhin sein waches Interesse, obwohl ihm eine fortschreitende Sehbehinderung persönlich die Teilnahme an den Jahrestagungen erschwerte und schließlich unmöglich machte. Als Person der Zeitgeschichte konnte er sich noch fruchtbar in die Arbeit der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Deutschen Bundestages einbringen. Wiederholte Anregungen des Verfassers, nach dem Vorbild früherer Parlamentarierkolleginnen und -kollegen (6) Erinnerungen an seine Abgeordnetenzeit schriftlich festzuhalten, hat er - nicht nur mit dem Hinweis auf seine Behinderung - stets humorvoll abgelehnt. Kroll blieb auch in den letzten, für ihn gesundheitlich schwierigen Jahren im zwischenmenschlichen Kontakt ein immer kenntnisreicher und anregender Gesprächspartner. Zum 75. Geburtstag noch einmal Repräsentanten und Weggefährten seiner verschiedenen Lebenskreise für ein Fest um sich zu scharen, war ihm nicht mehr gegeben. Der Vorsitzende und andere Mitglieder des Vorstandes des Studienkreises Rundfunk und Geschichte ehrten mit ihrer Teilnahme an Ludwig Krolls Begräbnis am 19. September 1989 in Mainz-West einen Mann, dessen stilles, aber erfolgreiches Wirken auch für diese Vereinigung ein Stück Geschichte geworden ist.

Hans Rink

Die Freundin der Autoren
Zum Tode von Gisela Lindemann

Nachrufe gehören, schrecklich genug, zum täglichen Brot von Journalisten. Dieser Nachruf aber wird mir bitter und schwer. Er gilt der langjährigen Literatur-Redakteurin des Norddeutschen Rundfunks, unserer Kollegin und meiner lieben Freundin Gisela Lindemann. Sechzehn Jahre lang habe ich mit ihr, in fast täglicher Nähe und großer persönlicher Verbundenheit, zusammenarbeiten dürfen, habe von ihrer Klugheit und Freundlichkeit und wärmenden Kraft profitiert, habe dies Geschenk wie selbstverständlich angenommen - und ermesse erst jetzt, in der Stunde des Abschieds, wie unzulänglich der Dank dafür immer geblieben ist und daß er nun nicht mehr nachgetragen werden kann.

6) Vgl. die Reihe: Abgeordnete des Deutschen Bundestages - Aufzeichnungen und Erinnerungen, hrsg. v. Deutschen Bundestag/Abt. Wissenschaftl. Dokumentation, bisher 6 Bde., Boppard a. Rh. 1982-1989.

Gisela Lindemann besaß eine Fähigkeit, mit der sie uns alle beschämte, die wir in den Strudeln von Alltag und Beruf vor allem ans Funktionieren denken, an den laufenden Betrieb und das bißchen Öl im Getriebe. Sie vergaß oder verdrängte nicht die Existenz des Todes, war sich dessen bewußt, daß er um uns ist und vor uns steht. Oft in den letzten Jahren hatte sich der Tod im Kreis ihrer Freunde seine Beute gesucht. Und Gisela Lindemann hatte viele Freunde, war freundschaftsfähig, d.h. anteilnehmend und zugewendet auch in Leidens- und in Krisenzeiten wie keiner sonst. Uwe Johnson starb und Franz Fühmann, Nicolas Born und Hubert Fichte. Manès Sperber und Jean Améry - deutsche Schriftsteller, die ihre Freunde waren und mit denen sie weit mehr verband als lediglich eine Geschäftsbeziehung. Zuletzt noch starb Melusine Huss, die Frankfurter Buchhändlerin, die ihr Jahr für Jahr während der Buchmesse Quartier und freundschaftliche Bevorzugung gewährte. Und noch vor fünf Wochen starb Wolfdietrich Schnurre, wenige Tage bevor sie im Kieler Schloß die Preisrede auf ihn zur Verleihung des Kieler Literaturpreises halten sollte, die dann zur Dank- und Abschiedsrede wurde. Gisela Lindemann hat all diese Abschiede buchstäblich miterlitten und die Erinnerung an die großen Freunde und Schriftsteller lebendig in sich bewahrt.

Vor acht Monaten, als unser gemeinsamer Freund Erich Fried starb, der aber doch vor allem ihr Freund war, und zwar so eng und vertrauensvoll, daß er ihr die Verwaltung seines literarischen Nachlasses antrug, sprach Gisela Lindemann an dieser Stelle den Nachruf. Sie begann ihn mit den Sätzen: "Eigentlich ist ein Fest zu feiern, wenn auch ein trauriges; aber wer hätte je im Ernst behauptet, daß Feste nur fröhlich zu feiern wären ...". So sicher und bestimmt, so hochgemut in Trauer und Schmerz, so unangefochten selbst am Rande der Verzweiflung vermochte Gisela Lindemann vom Tod zu sprechen, und sie setzte denn auch über einen großen Aufsatz zu Erich Frieds 65. Geburtstag seine Gedichtzeile: "Ohne Verzweiflung müßten wir alle verzweifeln."

Heute aber, nach dem Tod von Gisela Lindemann, wollen mir dieser strenge Trost und diese ernst Gewißheit nicht gelingen. Zu jäh, zu plötzlich, zu unerwartet kam diesmal der Tod, ganz unvorbereitet durch Krankheit, körperliche Leiden und andere Todesboten, auch so absurd und unbegreiflich in seinen konkreten Umständen, am zweiten Tag des Urlaubs, bei einer Wanderung durch die Berge des Wallis, wo sie, wie fast in jedem Jahr, mit ihrem Mann und ihrem Sohn die Sommerferien verbrachte - im Hause von Adolf Muschg, einem anderen Schriftstellerfreund. Sie liebte das Bergwandern, den mühevollen Aufstieg in klare Höhenluft. Denn in ihr, die äußerlich eher zart und schlank war, war doch auch eine große Kraft und Zähigkeit, die Fähigkeit, sich zu plagen und zu placken, sich rücksichtslos zu verbeißen ins Mühselige und Schwierige, in all das, was ohne Anstrengung nicht zu haben ist, seien es intensive menschliche Beziehungen, sei es der widerständige Kern literarischer Texte oder eben der weite und freie Blick von oben, von der Höhe der Berge. Ja, es war in ihr etwas geradezu Unzerstörbares, und in aller Absurdität ihres Todes wirkt es auf mich symbolisch, daß ein Berg, ein ganzes Gebirge kommen mußte, um sie zu bezwingen.

Dreiundzwanzig Jahre lang war Gisela Lindemann Literatur-Redakteurin im Norddeutschen Rundfunk - ein vertrauter Name, eine vertraute Stimme für alle, die in Norddeutschland Leser und Hörer sind. 1966 hat sie, frisch promoviert mit einer Arbeit über Jean Paul bei Walther Killy in Göttingen, ihre ersten Sendungen redigiert - eine ungewöhnliche Germanistin, die in damals ganz untypischer Weise alle nur rückwärtsgewandte Literaturwissenschaft hinter sich ließ, ohne doch das Beste, was sie in dieser Wissenschaft hatte lernen können, zu vergessen: den genauen Umgang mit literarischen Texten. Der wurde nun angewendet auf die Literatur der Gegenwart. Und diese Literatur hat sie sich im Laufe der Jahre mit Geduld und Energie, mit einem ans Obsessive grenzenden Interesse und niemals nachlassender Neugier erschlossen - in ihrer ganzen Vielfalt, in allen ihren Spielarten, die sie gelten ließ ohne vorgefaßte theoretische oder gar ideologische Positionen, in ihren Verästelungen und inneren Beziehungen, persönlichen und gruppenspezifischen Konstellationen, am wenigsten noch in ihrer institutionellen Form. Sie wurde Jurorin großer Literaturwettbewerbe: in Kranichstein beim Deutschen Literaturfonds, in Klagenfurt beim Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb, sie saß in der Jury der Südwestfunk-Bestenliste und lange auch des Roswitha-Preises in Gandersheim. Aber sie verabscheute die rüden Rituale öffentlicher Urteilsfindung, war interessiert nur an Autoren und ihren Texten, nicht an kritischer Selbstdarstellung, wohl wissend, daß Macht und Medien, Eitelkeit und Pöbellichkeit ihren Einfluß ausüben.

Sie blieb stets und vor allem die penible Redakteurin und Lektorin - davon weiß ein Lied zu singen, wer mir ihr zu tun hatte -, eigenwillig und streng, aber bis zur Selbstlosigkeit ermutigend, wo literarische Qualität vorhanden und zu erahnen war. Denn sie machte keinen Unterschied zwischen dem Schon-Arrivierten und Noch-Unbekannten; was zählte, war die Qualität des Textes. Wer so arbeitet, mit unbedingtem Respekt vor dem geschriebenen Wort und seinen Verfassern, hat es wohl auch zu büßen - mit ständig anwachsenden Stapeln von Manuskripten, dem Frondienst nächtlicher Lektüren, einem ins Uferlose sich ausweitenden Schriftverkehr. Gisela Lindemann hat diesen Stein furchtlos gewälzt, und wir haben ihr staunend zugesehen. Denn immer hat sie ihre Meinungen genau und umfassend begründet und niemals wohl in ihrem Leben einen Formbrief geschrieben; das rein Funktionelle, Institutionelle, Stereotype und Standardisierte erschien ihr lebens- und menschenfeindlich. Allem Literarischen aber, das diesen Namen verdiente (und davon hatte sie allerdings eine hohe und anspruchsvolle Vorstellung), wollte sie gerecht werden, auch wenn es nicht zu bewältigen noch gar alles zu senden war.

Damit hat man es in Institutionen nicht leicht. Und so war sie denn auch eine zwar keineswegs altmodische, aber ungewöhnliche, fast schon abweichende, rare, ja einzige Erscheinung: im Zweifelsfalle immer die Sachwalterin des Schwierigen, die Erkunderin des Experimentellen, die Verbündete des Unangepaßten - eine wahre Anti-Furie des Verschwindens, die die Literatur wie den letzten Hort von Menschlichkeit, Individualität und wahrer Kommunikation verteidigte. Entschlossen kämpfte sie für hohe Autorenhonorare, eine

Literatur-Mäzenatin ohne Furcht und Tadel, die sich restlos ver-
ausgabte im Dienst an den Autoren, dieses sonderbaren Menschen-
schlages, dem sie in Wahrheit selber zugehörte. Denn sie hat luzzi-
de Essays geschrieben - über Uwe Johnson und Jean Améry, Hubert
Fichte und Friederike Mayröcker, aber auch über den jungen Freud
und Goethes abgründiges Gedicht "Harzreise im Winter", Essays, die
nicht breit ausspinnend und diskursiv operierend, sondern mit psy-
choanalytischem Gespür ganz unvermittelt das Senkblei in die Tiefe
werfen. Und sie hat einige wichtige Bücher herausgegeben und
ediert: über deutsche Selbstbiographien und Sowjetliteratur heute,
eine meisterliche Anthologie mit deutscher Lyrik des 20. Jahrhun-
derts, zwei Essaybände aus dem literarischen Nachlaß von Jean
Améry und, als letzte Großtat, das monumentale Romanwerk Hubert
Fichtes, seine auf zwanzig Bände angelegte "Geschichte der Emp-
findlichkeit", deren Edition sie nicht mehr abschließen konnte.
Aber ihr eigentliches Lebenswerk liegt im Schallarchiv des Nord-
deutschen Rundfunks - die wahrscheinlich größte und umfassendste
Sammlung von Tondokumenten der deutschen Gegenwartsliteratur, von
ihr in dreiundzwanzig langen und allzu kurzen Jahren zusammenge-
tragen.

Für dieses Haus, für diese Redaktion ist der Tod von Gisela Linde-
mann ein großer, noch ganz unausmeßbarer Verlust. Aber er ist auch
ein Verlust für die ganze deutsche Literatur, in der sie, die gro-
ße Freundin der Autoren, ihre eigene Spur hinterlassen hat. Mir
wird Gisela Lindemann unvergeßlich sein - als bedeutende Frau, als
verläßliche Kollegin, als liebe Freundin. Fast möchte ich Schu-
mann, fast Chamisso zitieren: Nun hast du mir den ersten Schmerz
getan.

Hanjo Kesting

Aus: Texte und Zeichen - Das Literaturjournal. NDR3, 30. Juli 1989

Wenzel Lüdecke (1917-1989)

Mit dem Tonfilm kam auch die Synchronisation. Denn der Primär-Ton
genügte alsbald nicht mehr den Ansprüchen der Hersteller und Kino-
besucher. Das Atelier war zu laut, das Orchester zu ungeduldig,
und die Stummfilm-Mimen - besonders die Stars - konnten nicht or-
dentlich sprechen. So wurden Dialoge, Musik und Geräusche getrennt
vom Bild aufgenommen oder aus dem Archiv geholt und nachsynchroni-
siert. Die Bild- und Tonbänder wurden schließlich zusammengestellt
- gemischt. Wenn aber schon einem Stummfilmstar die Stimme einer
sprachlich ausgebildeten Schauspielerin oder Sängerin per Nachsyn-
chronisation verpaßt werden konnte, warum, so fragten ausländische
Koproduzenten oder internationale Filmhändler, sollte man nicht

auch den Darstellerinnen und Darstellern fremdsprachige Dialoge in den Mund legen, Texte in den jeweiligen Sprachen der koproduzierenden oder mit dem Export avisierten Länder?

Die Frage der Hersteller und Verkäufer ist rasch verstanden worden, die (Licht-)Tontechniker gingen ans Werk, und es sollte nicht lange dauern, bis sich in den dreißiger Jahren jede Atelierbetriebsgesellschaft - wie damals die Studio-Unternehmen hießen - eine Synchronabteilung zugelegt hatte. Bald darauf wurde die Nachsynchronisation auch und gerade für den Aktualitätenfilm, die Wochenschau, nicht zuletzt für Werbe- und Propagandafilme ein verkaufs- und einsatzstrategisch unverzichtbarer Arbeitsgang in der Schlußphase der Filmherstellung. Die elektromagnetische Tonaufzeichnung änderte zwar nichts am Prinzip der Endbearbeitung einer Originaltonaufnahme (Mehrkanalaufnahme und Mischung) durch nachträgliche oder fremdbetriebliche Synchronisation. Aber die technische Arbeitsteilung bei der Herstellung und ihre unternehmerische Organisation differenzierten sich seit den sechziger Jahren erheblich. Nationale Filmherstellung wurde zunehmend häufig von internationaler Koproduktion für einen mehrsprachigen Markt abgelöst. Aus dem vormals so gemütlichen, bilateralen Fernsehprogramm-Austausch ging der multilaterale Programmhandel hervor, mit Software-Messen, Verkaufsfestivals, Preisverleihungen und natürlich mit allem, was sich heute über Eurovision und Intervision (incl. Intelsat, Eutelsat & Co.) täglich abspielt. "Fernsehen ohne Grenzen", - wenn da nicht die Sprachbarrieren wären. Doch dafür gibt es schon eine Weile Spezialunternehmen: die Synchronisationsbetriebe.

Man wird dem Wenzel Ernst Fritz Lüdecke, geboren am 26. März 1917 in München als Sohn des Rittmeisters a.D. Johann Gottlieb Ernst Fritz Lüdecke und dessen Ehefrau Katharina, geborene Magdeburg, nicht unbedingt zugestehen müssen, daß er die Entwicklung in ihrer publizistischen Dynamik und ihrem spezifischen wirtschaftlichen Gewicht hat kommen sehen. Immerhin war der Film schon früh sein Milieu. Mögen seine Biographen der Frage nachgehen, ob jener als "W. Lüdecke" ausgewiesene Kleindarsteller in dem in Zürich gedrehten Aufklärungsfilm der deutsch-schweizerischen Gemeinschaftsproduktion der Praesens-Film A.G. mit dem Titel "Feind im Blut" (Walter Ruttmann 1931) mit Wenzel Lüdecke identisch ist. Jedenfalls hat der Zwanzigjährige, zusammen mit dem aus Straßburg stammenden und später viel beschäftigten Drehbuchautor Kurt Heuser (*1903) und einem Alfred Klütz, nach dem Kriminalroman "Fünf Tage und eine Nacht" von Heinz Oskar Wuttig sein erstes Drehbuch geschrieben. Die F.D.F. Fabrikation Deutscher Filme GmbH produzierte daraus einen Film mit dem Titel "Großalarm" (Regie Georg Jacoby) und brachte ihn im April 1938 im Ufa-Verleih heraus. Bei der Ufa kam Lüdecke anschließend als Produktionsassistent unter. Ob er auch während des Krieges bei seinem Medium geblieben ist, muß hier offen bleiben.

Nach dem Krieg lizenzierten die Filmzweigstellen der alliierten Informationsaufsicht (ICD) in ihren Zonen und in den vier Sektoren Berlins deutsche Hersteller. Doch mindestens ebenso großes Gewicht

legten sie darauf, die Filmproduktion ihrer eigenen Länder über eigens gegründete, zonale Verleihtöchter in die deutschen Kinos zu bekommen. Synchronisation war aus Gründen der Wiedergewinnung des deutschen Marktes und aus medienpolitischen Erwägungen äußerst gefragt. Nach der Währungsreform und nach dem Ende der Lizenzpflicht in den Westsektoren und in Westberlin entstanden auch wieder zahlreiche Werbefilmgesellschaften. Lüdecke finden wir nun als Geschäftsführer der Deutschen Werbefilm GmbH, als Leiter der von ihm 1950 gegründeten Berliner Synchron GmbH in Berlin-Lankwitz und der Produktionsgesellschaft Inter West Film GmbH. Mit der zuletzt genannten Firma produzierte er Spielfilme. In seiner 1961 erschiene- nen Streitschrift "Der deutsche Film kann gar nicht besser sein" zitierte Joe Hembus den Produzenten Wenzel Lüdecke mit dessen Ge- schichte, "wie er von dem Wahn geheilt wurde, daß beim Film aus einer Massierung von Qualitäten der künstlerische und geschäftli- che Erfolg erwachsen könne."(1) Lüdecke meinte damit die Erfahrun- gen mit seinen beiden ersten Spielfilmen. Beim ersten, "Herr über Leben und Tod"(2), hatte er auf bekannte Größen gesetzt, und er wurde ein Verlustgeschäft. Beim zweiten Film, "Die Halbstar- ken"(3), hatte er auf Branchenneulinge gesetzt, und der Streifen wurde ein Erfolg. Zwischen 1954 und 1966 produzierte Lüdecke sie- ben Spielfilme, die man einem Übergangsgenre vom Ufa-Nachlaß zum Neuen deutschen Film zurechnen könnte.

Dann kam das Fernsehen und damit ein Filmbedarf - an Kinofilmen und Fernsehspielen und -spielserien, - der schon bald nicht mehr von deutschen Produktionen gedeckt werden konnte. 1955 liefen zehn ausländische und 39 deutsche Kinofilme im Deutschen Fernsehen. 1960 waren es bereits 42 ausländische und nur noch 18 deutsche abendfüllende Streifen, darunter Jugendfilme, Kultur- und Dokumen- tarfilme. Lüdecke reorganisierte seine Unternehmungen und gründete die Berliner Synchron Atelier-Betriebsgesellschaft mbH und die Arena Synchron GmbH.

Im Mai 1963 erteilte das Bundesministerium des Innern dem For- schungsinstitut für Soziologie der Universität Köln einen For- schungsauftrag zur Untersuchung der Filmsynchronisation.(4) Der

-
- 1) Joe Hembus: Der deutsche Film kann gar nicht besser sein. Bre- men 1961: Schönemann (City Buch), S. 85 f.; Facsimile-Nachdruck mit Ergänzungen München-Frankfurt 1981: Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins, 416 Seiten.
 - 2) "Herr über Leben und Tod", BRD Inter West 1954, Regie Victor Vicasss, Buch Frédéric Grendel u. V. Vicas nach einer Novelle von Carl Zuckmayer, Kamera Göran Strindberg, Musik Hans-Martin Majewski, mit Maria Schell, Willi Borchert, Ivan Desny.
 - 3) "Die Halbstarcken", BRD Inter West (1956), Regie Georg Tressler, Buch Willi Tremper und G. Tressler, Kamera Heinz Pehlke, Musik Martin Böttcher, mit Horst Buchholz, Karin Baal, Christian Doermer, Mario Ahrens, Hans-J. Ketzlin, Wolfgang Meyer, Stanis- lav Ledinek, Paul Wagner, Ingrid Hirsch.
 - 4) Vgl. Otto Hesse-Quack: Der Übertragungsprozeß bei der Synchro- nisation von Filmen. München-Basel 1969: Ernst Reinhardt Verlag (Neue Beiträge zur Film- und Fernsehforschung, Bd. 12), 252

Bearbeiter, Otto Hesse-Quack, befragte schriftlich 47 einschlägig tätige Firmen sowie 17 Fachleute aus fünf marktführenden Synchron-Unternehmen, darunter auch die Berliner Synchron GmbH.(5) Etwa zehn Jahre später, als Gabriele Toepser-Ziegert am Institut für Publizistik der Universität Münster mit ihrer Dissertation über Theorie und Praxis der Synchronisation begann, wurden in der Bundesrepublik jährlich rd. 450 ausländische Kino- und Fernsehfilme synchronisiert. Damals dauerte eine Kinofilmsynchronisation nur noch drei bis vier Tage und kostete rd. 30 000 DM.(6) Inzwischen hat diese Filmsparte noch gewaltig zugelegt. Dennoch spielt das Thema Synchronisation in der Fachjournalistik oder in den populären Jahrbüchern von ARD und ZDF keine Rolle. Die beiden genannten Studien aus Köln und Münster sind die einzigen wissenschaftlichen Arbeiten; kommunikationsgeschichtliche Untersuchungen fehlen ebenfalls. Die Zuschauer, die unter den erlösenden Klängen der Erkennungsfanfaren beim Abspann einer "Dallas"-Fortsetzung - zur Vermeidung der "Tagesthemen" - den Kanal wechseln, sie kriegen eben auch die Berliner Synchron schon nicht mehr mit.

Am 5. September 1989, einem Dienstag, ist Wenzel Lüdecke in Berlin im Alter von 72 Jahren gestorben. In der dpa-Meldung hieß es eine knappe Woche später, Lüdecke's Firma sei "seit Jahrzehnten das Aushängeschild für Berlin als 'deutsche Synchronhauptstadt'".

Merke: "Das Synchrongewerbe ist ein undurchschaubares, ein Dunkelgewerbe, es ist die Macht, die unwiderstehlich aus der Mattscheibe wirkt, doppelzünftig und reziprok. In ihm herrscht das Gesetz des Dschungels." (7)

Winfried B. Lerg

Seiten.

- 5) die übrigen vier waren die Internationale Film-Union GmbH Regensburg, die MGM Filmverleihges. mbH Berlin, die Mosaik Film GmbH Berlin, die Riva GmbH München.
- 6) Vgl. Gabriele Toepser-Ziegert: Theorie und Praxis der Synchronisation, dargestellt am Beispiel einer Fernsehserie. Münster 1978: Regensburg (Arbeiten aus dem Institut für Publizistik, Bd. 17), 230 + XXIV Seiten; untersucht wurden die Originalfassung und die deutsch synchronisierte Fassung der von Juli 1972 bis Februar 1973 vom ZDF in 15 Folgen gesendeten britischen Serie "Die 2 (The Persuaders)" mit Roger Moore und Tony Curtis. Die Synchronisation erfolgte durch die Berliner Firma Deutsche Synchron Karlheinz Brunnemann GmbH.
- 7) Ludwig Harig: Gelingt immer und klebt nicht! ... Vom Segen und Fluch der Synchronisation. In: Die Zeit, Nr. 40 vom 26.9.1986, S. 66; abgedruckt in: Guten Abend. Hier ist das deutsche Fernsehen. Zur Sprache der Bilder, hrsg. von Herbert Hoven. Darmstadt-Neuwied 1986: Luchterhand, S. 101-109.

Hans Schwab-Felisch (1918-1989)

Am 19. Oktober 1989 ist Hans Schwab-Felisch im Alter von fast 71 Jahren gestorben. Am 2. November 1918 in Dresden geboren, war die Stadt seiner Jugend doch Berlin, wo er das Französische Gymnasium besuchte und nach dem Zweiten Weltkrieg studierte - nach dem Tod beider Eltern; die Mutter hatte er schon als Fünfzehnjähriger verloren, erst neunzehn war er, als sein Vater, der Journalist Alexander Schwab, von den Nationalsozialisten wegen Hochverrats verurteilt wurde. 1943 ist Alexander Schwab im Zuchthaus von Zwickau gestorben. Sein Sohn war zu dieser Zeit bereits seit vier Jahren Soldat in dem von Hitler über Europa gebrachten Krieg.

Unmittelbar nach Kriegsende wurde Hans Schwab-Felisch zugleich Student und Journalist in Berlin: Volontär, dann Mitarbeiter des "Kurier" im französischen Sektor und der Zeitung der Jungen Generation, "Ja"; 1949 Redakteur der "Neuen Zeitung", des Blattes der US-Zone, außerdem 1955/56 Lektor beim eben gegründeten Suhrkamp Verlag und endlich Leiter des Feuilletons der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", und deren Freier Mitarbeiter blieb er auch, als er 1961 "Studioleiter Kultur" im Studio des Westdeutschen Rundfunks in Düsseldorf wurde - eine Position, die es seit seinem Ausscheiden 1979 nicht mehr gibt; das verwunderte damals viele seiner Kollegen mehr als ihn selbst, der die Entwicklung richtiger eingeschätzt hatte. Aufsehen erregte Schwab-Felisch, als er 1976 sein Amt als Vizepräsident des P.E.N. niederlegte, dessen Generalsekretär er zuvor (1968-1970) schon gewesen war: die zunehmende Politisierung im Sinne von "Ausgrenzung Andersdenkender" wollte dieser durch und durch politische Mann nicht mittragen. Die letzte große Aufgabe, die Hans Schwab-Felisch nicht eben leichten Herzens übernahm, weil er sich den Zielen dieser "Deutschen Zeitschrift für europäisches Denken" zutiefst verpflichtet fühlte, war die Leitung - und damit wohl die Rettung - des in München erscheinenden "Merkur". Als ihm das Nötige getan schien, ging er zurück nach Düsseldorf, später nach Bonn, um wieder als "Freier" zu schreiben für "seine" Zeitung, die FAZ, und auch für den WDR.

Über seine Lebensstationen, vor allem die frühen, ihn so prägenden Jahre, hat Schwab-Felisch nie gesprochen, jedenfalls mit uns Jüngeren. Die wirkliche Würdigung seiner Arbeit und seiner Wirkung stand und steht seinen gleichaltrigen Kollegen und Weggefährten zu. Ich habe ganz einfach von ihm gelernt. Die Verbindung zwischen ihm als Studioleiter Kultur in Düsseldorf und der Landesredaktion des WDR in Köln war eng, ohne je persönlich - im Sinne von distanzlos - zu sein. Über sich selbst sprach er, wie gesagt, nur ungern, gern hingegen über alles, was geschah, was beobachtet, erwogen, bewertet sein wollte - darüber konnte man immer mit ihm reden. Für uns Jüngere, uns Anfänger das wichtigste: man konnte ihn fragen, ohne das Gefühl zu haben, man blamiere sich, wenn man etwas nicht wußte. Ungeduldig konnte dieser umfassend Gebildete nur werden, wo er ihm unbegreifliche Lücken entdeckte, doch verletzend nie.

Als ich im vergangenen Jahr in der "Süddeutschen Zeitung" den Artikel von Joachim Kaiser zu Hans Schwab-Felischs 70. Geburtstag mit "Ein diskreter Preuße" überschrieben fand, dachte ich, besser könne man diesen Mann kaum charakterisieren, der nicht nur als Journalist die Kulturszene in Nordrhein-Westfalen kritisch kommentierte, sondern oft auch hilfreicher Geist hinter den Kulissen war. Er verstand ungeheuer viel von Literatur und Theater und von bildender Kunst, aber er war kein "reiner Schöngeist"; er verstand ebensoviel von Kulturpolitik. Die Landesregierung in Düsseldorf, gleichzeitig, ob von der CDU oder der SPD geführt, hat sich mehr als einmal seines Rates bedient, und das gerade in den sechziger und siebziger Jahren, als Nordrhein-Westfalen eigentlich erst anfang, so etwas wie ein "Landesbewußtsein" zu entwickeln. Schwab-Felisch hat immer darauf bestanden, daß solches Bewußtsein nicht von Wirtschaftskraft und anderen Machtfaktoren allein abhängen könne. Literatur und Theater, Kunst und Musik und nicht zuletzt die Geisteswissenschaften waren für ihn die eigentlichen Grundlagen für die Entwicklung des von der Industrie geprägten Rhein-Ruhr-Landes. Aber er ließ dabei größere Zusammenhänge nie aus dem Blick. Was sich in Düsseldorf, in Bochum oder in Köln ereignete, wußte er einzuordnen und zu werten, weil er genauso gut kannte, was in Berlin oder München, in Paris oder London geschah. Er war ein strikter Gegner rheinisch-westfälischer Nabelschau, was er mit seiner leisen, aber bestimmten Stimme nötigenfalls sehr deutlich auszudrücken verstand. So noch in seiner letzten Sendung für unser Programm, als er für den "Landespolitischen Jahresrückblick" in "Forum West" am 30. Dezember 1986 die Marksteine der Kulturpolitik im verflissenen Jahr kritisch überschautete. Das bedeutete wie immer bei ihm: objektivierend, ohne zu verleugnen, daß jedes Urteil auch subjektiv ist. Und wer sein Urteil hörte oder las, hatte - auch wenn er das eine oder andere anders sah - immer das Gefühl: das Urteil ist gerecht.

Die Zurückhaltung Hans Schwab-Felischs in allem Persönlichen kennzeichnet auch dies: 1981 verlieh ihm das Land zum Dank für seine wahrlich großen Verdienste um das Kulturleben in Nordrhein-Westfalen nicht einen Orden (mit dem Bundesverdienstkreuz war er längst ausgezeichnet), sondern den Professorentitel. Unsere Gratulation und die neue Anrede ließ er sich schmunzelnd gefallen. Doch Gebrauch machte er von dem Titel nie. Er brauchte ihn einfach nicht.

Renate Eichholz

(Aus WDR 3, Forum West, 23.10.1989)

Generalintendanten in den DDR-Rundfunkmedien

Das Kabinett Hans Modrow (SED), der neue Ministerrat der DDR, hat zum 1. Dezember 1989 Manfred Klein zum Generalintendanten des Rundfunks und Hans Bentzien zum Generalintendanten des Fernsehens ernannt. Das teilte Regierungssprecher Wolfgang Meyer auf einer Pressekonferenz am 30. November 1989 mit.(1) Die Generalintendanten treten an die Stelle der Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Rundfunk beim Ministerrat der DDR (bisher: Achim Becker) und des Staatlichen Komitees für Fernsehen beim Ministerrat der DDR (bisher: Heinz Adameck).(2)

Die Berufung von Bentzien und Klein an die Spitze der beiden DDR-Rundfunkmedien spricht für eine Übergangslösung. Das signalisierten nicht nur das Alter der beiden Generalintendanten, sondern auch ihre langjährigen publizistischen und SED-Karrieren, die nicht unbedingt einen personellen Neuanfang nahelegen. Hans Bentzien (geb. 1927) wurde nach einem gesellschaftswissenschaftlichen Studium an der Universität Jena (1948-50) und anschließender Tätigkeit in SED-Kreis- und -Bezirksleitungen sowie nach einem weiteren Studium an der SED-Parteihochschule in Ost-Berlin 1958 Sekretär für Kultur und Volksbildung der SED-Bezirksleitung Halle sowie Mitglied der Kulturkommission beim Politbüro. Im Jahr des Mauerbaus, im Februar 1961, wurde er Kultusminister der DDR, mußte sein Amt, in welchem er kaum Profil entwickeln konnte, 1966 aber wieder abgeben, und zwar an den damaligen Leiter des Aufbau-Verlages Klaus Gysi, den Vater des heutigen SED-Vorsitzenden Gregor Gysi. Bentzien übernahm daraufhin die Leitung des Ost-Berliner Belletristik-Verlages Neues Leben, ehe er 1975 als Leiter der

- 1) Vgl.: -: CSSR-Aktion 1968 aus heutiger Sicht nicht mehr zu akzeptieren. Pressekonferenz in Berlin mit dem Regierungssprecher. Beschlüsse des Ministerrates zur weiteren Umgestaltung. In: Neues Deutschland Nr. 283 v. 1.12.1989, S. 1-2; -: Wahrung der Eigenständigkeit setzt funktionierende Wirtschaft voraus. Regierungssprecher Meyer vor der Presse. In: Neue Zeit Nr. 283 v. 1.12.1989, S. 1; -: Generalintendanten für Fernsehen und Rundfunk der DDR berufen. In: FF dabei Jg. 1990, Nr. 1, S. 2; Andrea Brunnen: Schlaglicht auf... DDR-Wende, in: Fernseh-Informationen 40. Jg. (1989), Nr. 23.
- 2) Zur personellen Zusammensetzung der Staatlichen Komitees für Rundfunk und für Fernsehen vgl.: Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen 1988/89, hg. vom Hans-Bredow-Institut für Rundfunk und Fernsehen an der Universität Hamburg, Baden-Baden: Nomos Verlag 1988. Heinz Adameck (geb. 1921) war seit 1954 Intendant des Deutschen Fernsehfunks und damit der wahrscheinlich dienstälteste Fernsehintendant in Europa. 1959 wurde er stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees, dem bis zur Einrichtung des Staatlichen Komitees für Fernsehen beim Ministerrat der DDR im Jahre 1968 auch das Fernsehen unterstand. Seit September 1968 war er Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Fernsehen. Adameck, verheiratet mit einer Schwester der inzwischen gestürzten DDR-Ministerin Margot Honecker, war seit Januar 1963 Mitglied des Zentralkomitees der SED.

Hauptabteilung Funkdramatik beim DDR-Rundfunk tätig und Mitglied des Staatlichen Komitees für Rundfunk wurde; 1977 übernahm er den stellvertretenden Vorsitz des Staatlichen Komitees für Fernsehen und wurde später Arbeitsgruppenleiter "Publizistik" im Fernsehen. Manfred Klein hat im DDR-Rundfunk von der Pike auf gelernt. Im Alter von 20 Jahren kam er 1949 unmittelbar von der Schule in das damalige Funkhaus Grünau und wurde Reporter. In den folgenden Jahren hat er verschiedene redaktionelle Berufsstationen durchlaufen und zudem, ebenso wie Bentzien, ein gesellschaftswissenschaftliches Studium absolviert. Zuletzt war er Chefredakteur der "Zentralen Hauptverwaltung Nachrichten" bei Radio DDR.

Welche organisatorischen Konsequenzen die Ernennung der beiden Generalintendanten mit sich bringt, ist bisher nicht einzuschätzen. Daß die beiden, seit September 1968 bestehenden staatlichen Komitees als Behörden für die Veranstaltung von Hörfunk und Fernsehen in der DDR abgeschafft worden seien, wurde in der DDR-Presse jedenfalls nicht gemeldet. Die neue Organisationsform erinnert an das Jahr 1946, als im Vorfeld der ersten Nachkriegswahlen in der damaligen sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in Berlin die "Generalintendantur des demokratischen Rundfunks" der SBZ gebildet wurde, die der Ost-Berliner Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung unterstand, einer protostaatlichen Behörde, die Lizenzträger des sowjetzonalen Rundfunks war.(3)

Angesichts solcher Übergangswahrscheinlichkeiten wird man abwarten müssen, welche rechtlichen Bestimmungen das Mediengesetz vorsieht, das Hans Modrow in seiner Regierungserklärung vom 18. November 1989 ankündigte. Zur Ausarbeitung eines solchen Mediengesetzes, wie es die DDR bislang nicht kannte, wurde am 20. Dezember eine Regierungskommission unter Leitung des - seit 1972 amtierenden und inzwischen abgelösten - Justizministers Hans-Joachim Heusinger (LDPD) gebildet. Sie setzt sich aus Vertretern der politischen Parteien und Gruppierungen, der publizistischen Berufsverbände, der zuständigen Institutionen sowie Experten aus Wissenschaft und Medienpraxis, insgesamt etwa 60 Persönlichkeiten, zusammen. Der Kommission lag bereits bei ihrer Konstituierung ein zehn Punkte umfassendes Positionspapier vor, das von einer fünf Tage zuvor gebildeten Arbeitsgruppe des Verbandes der Journalisten, des Verbandes der Film- und Fernsehschaffenden sowie des Schriftstellerverbandes ausgearbeitet worden war.(4) Auch verschiedene Parteien

3) Vgl. Arnulf Kutsch: Rundfunk und Politik im Nachkriegs-Berlin. In: Rolf Geserick/Arnulf Kutsch (Hrsg.): Publizistik und Journalismus in der DDR. München: K.G. Saur 1988, S. 115-149.

4) Vgl.: -: Grundsätze für Meinungsfreiheit. Mediengesetz-Kommission konstituierte sich, in: Neue Zeit Nr. 3090 v. 21.12.1989, S. 6; -: Kommission erarbeitet neues Mediengesetz, in: Der Tagesspiegel Nr. 13451 v. 21.12.1989, S. 6. - S.a.: VDJ-Mitarbeit am Mediengesetz, in: Neue Zeit Nr. 296 v. 16.12.1989, S. 2; -: Thesen zu Mediengesetz für Grundrecht auf Information. Dokument wird der Regierungskommission unterbreitet, in: Neues Deutschland Nr. 298 v. 19.12.1989, S. 2; -: Recht auf Information und freie Meinung, in: Neue Zeit Nr. 298 v. 19.12.1989, S. 1-2; -:

haben unterdessen im Rahmen ihrer medienpolitischen Überlegungen Positionen für die Neuorganisation von Hörfunk und Fernsehen in der DDR formuliert, so die SED mit ihr nahestehenden Medienwissenschaftlern (5) und die Ost-CDU (6). Mit der Verabschiedung des Mediengesetzes wird allerdings frühestens in einem Jahr gerechnet. Als Ergebnis der ersten Kommission-Sitzung wurde daher vom Justizminister eine Zwischenlösung vorgeschlagen: "Durch einen Beschluß der Volkskammer sollen für alle an der Medienarbeit Beteiligten in der DDR verbindliche Grundsätze festgelegt werden, die die Meinungs- und Pressefreiheit gewährleisten. Sie müssen deshalb von den politischen und gesellschaftlichen Kräften sowie den Kirchen getragen werden. Auf der Grundlage von Arbeitspapieren sind die Mitglieder der Regierungskommission aufgefordert, inhaltliche Vorschläge für das Grundsatzdokument dem Minister der Justiz bis Anfang Januar 1990 schriftlich einzureichen." (7)

Ungeachtet des auch aus hiesiger Sicht aufschlußreichen Entstehungsprozesses eines DDR-Mediengesetzes legt die Regierung Modrow offensichtlich großen Wert auf die Feststellung der unterdessen erreichten rundfunkpolitischen Veränderungen. Auf der Pressekonferenz am 30. November 1989 betonte Regierungssprecher Meyer jedenfalls nachdrücklich, "daß die drei staatlichen Medien - Rundfunk, Fernsehen und die Nachrichtenagentur ADN - jetzt nicht mehr parteigebunden seien" (8), und das will sagen: nicht mehr der Lenkung und Kontrolle der SED unterliegen. Anlaß für diesen Hinweis waren sich mehrende Beschwerden sowie die ungeschminkte Forderung des Organs der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands "Der Mor-

Für Freiheit der Medien. Aus einer Erklärung der Film- und Fernsehschaffenden, in: Neue Zeit Nr. 258 v. 2.11.1989, S. 4; -: Was wir wollen, in: Neue Deutsche Presse 43. Jg. (1989), Nr. 12, S. 1-5.

- 5) Vgl.: Günter Schabowski: Mündige Bürger und mündige Journalisten brauchen einander, in: Neues Deutschland Nr. 266 v. 11./12.11.1989, S. 11; Heinz Odermann, Verschiedene Medien für den Dialog verschiedener Meinungen und Gruppen, in: Neues Deutschland Nr. 266 v. 11./12.11.1989, S. 13; Wolfgang Kleinwächter: Mediengesetz ja - aber wie? Gedanken zu dem Forum-Beitrag von Heinz Odermann, in: Neues Deutschland Nr. 272 v. 18./19.12.1989, S. 10; vgl. auch Gregor Gysi: Wir kämpfen für die DDR, für soziale Sicherheit, für Stabilität und Frieden. Referat zu aktuellen Aufgaben unserer Partei, in: Neues Deutschland Nr. 297 v. 18.12.1989, S. 3-6.
- 6) -: Positionen der CDU zu Gegenwart und Zukunft. Was wir brauchen: Reformen und Erneuerung - Vertrauen und neue Kraft, in: Neue Zeit Nr. 254 v. 28.11.1989, S. 3-4; -: CDU-Journalisten zum Entwurf eines Mediengesetzes, in: Neue Zeit Nr. 262 v. 7.11.1989, S. 1; -: Positionen der CDU zu Gegenwart und Zukunft (Zweiter Entwurf), in: Neue Zeit Nr. 278 v. 25.11.1989, ohne Seitenangabe.
- 7) -: Grundsätze für Meinungsfreiheit (wie Anm. 4)
- 8) -: CSSR-Aktion 1968 aus heutiger Sicht nicht mehr zu akzeptieren (wie Anm. 1)

gen", wie sie ähnlich auch aus Kreisen anderer Parteien geäußert wurde: "Mit der unerträglichen absoluten Herrschaft der SED in den Medien, den Ämtern und in der Agentur muß Schluß sein."(9)

Daß wenigstens das Fernsehen der DDR gegenwärtige noch ganz andere Probleme zu bewältigen hat, machte kürzlich ein Adlershofer Pressesprecher deutlich: "Das Budget des DDR-Fernsehens beträgt im Jahr 1989 639,8 Millionen Mark. 1990 wird es nicht größer sein. Das ist, würde man ein illusionäres Währungsverhältnis von 1 : 1 rechnen, das Budget eines mittleren Regionalsenders der BRD. Real ist es natürlich noch weniger. Mit diesem Jahresbudget produziert das DDR-Fernsehen zwei Programme mit über 150 Stunden pro Woche. Viele technische Einrichtungen des Fernsehens und der Studiotechnik sind verschlissen. Mehrere Jahre lang erhielt die Studiotechnik jährlich nur 3 bis 4 Millionen VM (d.i. Valuta-Mark; A.K.) für Ersatzinvestitionen (für die einfache Reproduktion wären jährlich aber mindestens 10,0 VM erforderlich gewesen). Zu allererst wird also für den weiteren Betrieb und die Erneuerung des gesamten DDR-Fernsehens buchstäblich jede Valuta-Mark gebraucht."(10)

Nicht zuletzt deshalb ist der neue Generalintendant Bentzien an einer engeren Zusammenarbeit mit dem Fernsehen der Bundesrepublik interessiert. Das kam in zwei Arbeitsgesprächen mit dem ZDF-Intendanten Dieter Stolte am 19. Dezember in Ost-Berlin sowie mit dem WDR-Intendanten Friedrich Nowotny am 20. Dezember in Köln zum Ausdruck. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die fernsehwirtschaftlichen Prioritäten sichtbar, als Bentzien ein langjähriges Tabu des DDR-Fernsehens aufkündigte. Von 1990 an soll in den beiden Adlershofer Fernseh-Programmen Werbung ausgestrahlt werden, und zwar vorzugsweise für westliche Produkte, damit - wie der ehemalige DDR-Kultusminister betonte - Valutamittel eingenommen werden können. "Diese Mittel sollen dazu beitragen, westliche Produktionen anzukaufen und Auslandsreisen von DDR-Kamerateams zu finanzieren. Eine westliche Firma soll sich um das Werbegeschäft kümmern."(11)

Arnulf Kutsch

-
- 9) -: Behörde versiegelt Honeckers Jagdhaus, in: Frankfurter Rundschau Nr. 279 v. 1.12.1989, S. 1; vgl. ferner Peter M. Bräuning: Nagelprobe für Medien, in: Neue Zeit Nr. 290 v. 9.12.1989, S. 1-2.
- 10) -: DDR-Fernsehen in der BRD - für und wider, in: Neues Deutschland Nr. 291 v. 11.12.1989, S. 10.
- 11) Dietrich Leder: Deutsch-deutsche Annäherungen. Nowotny und Stolte sprachen mit DDR-Fernsehchef Bentzien, in: Frankfurter Rundschau Nr. 297 v. 22.12.1989, S. 18; -: Westwerbung auch im DDR-Fernsehen, in: Der Tagesspiegel, Nr. 13452 v. 22.12.1989, S. 17 (dort auch Hinweis auf den Verlust des Anzeigenmonopols der DDR-Agentur "Interwerbung" sowie auf bundesdeutsche Ansprechpartner aus der Werbebranche)

Rundfunkzeitschriften auf Mikrofilm

Das Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V. (MFA), dem Bibliotheken, Archive und Forschungsinstitute der Bundesrepublik angehören, fördert die Herstellung, Konservierung und Nutzung von Zeitungen auf Mikrofilm. Dabei wird der Gegenstand "Zeitung" weit definiert und umfaßt auch wöchentliche Periodika. Zum MFA-Programm gehören neben der Filmfachpresse auch eine Reihe von Rundfunk-Programmzeitschriften (bis 1945), seit einiger Zeit zudem verschiedene Rundfunk-Korrespondenzen der Bundesrepublik (vgl. MITTEILUNGEN 8/1982, Nr. 2, S. 46).

Wie dem kürzlich publizierten, neuesten MFA-Bestandsverzeichnis (8. Ausgabe, Dortmund 1989) zu entnehmen ist, liegen unterdessen Verfilmungen folgender Rundfunk-Periodika vor (geordnet nach ihrem Erscheinungsort):

BERLIN

Arbeiterfunk (1927 - 1932)
Arbeitersender (1929 - 1933)
Der Deutsche Rundfunk (1923 - 1941)
Deutsche Welle (1926 - 1932)
Funk (1924 - 1944)
Funk und Bewegung (1933 - 1937)
Der neue Rundfunk (1926 - 1927)
Die Sendung (1924 - 1941)
Volksfunk (1932 - 1933)

BREMEN

Radio Illustrierte (1947 - 1949)

FRANKFURT/MAIN

Radio-Umschau (1924 - 1927)
Südwestdeutsche Rundfunk-Zeitung (1925 - 1941)

BRESLAU

Schlesische Funkstunde
Ostdeutsche Illustrierte Funkstunde
Ostdeutsche Funkwoche (1927 - 1938)

HAMBURG

Die Norag (1924 - 1941)
Funk-Wacht (1933 - 1941)

KÖLN

Werag/Westfunk (1925 - 1941)

KÖNIGSBERG

Der Königsberger Rundfunk (1924 - 1939)

LANGENSALZA

Z.J.-Funk (1925 - 1926)

LEIPZIG

Die Mirag (1931)

MÜNCHEN

Bayerische Radio-Zeitung (1924, 1939 - 1940)

Funkschau (1929)

Süddeutscher Rundfunk: Ausg. A (1925 - 1928)

STUTTGART

Süddeutscher Rundfunk: Ausg. B (1924 - 1928)

Südfunk (1927 - 1935)

Das Verfilmungsprogramm von Rundfunk-Korrespondenzen umfaßt derzeit die folgenden Dienste:

BETHEL/BIELEFELD

Rundfunk Pressespiegel (1951 - 1954)

FRANKFURT/MAIN

Kirche und Fernsehen (1955 - 1973)

Kirche und Rundfunk (1949 - 1985)

Media Perspektiven (Vorläufer: Werbung im Rundfunk) (1963 - 1985)

KÖLN

Funk-Korrespondenz (1953 - 1985)

MÜNCHEN

Fernseh-Informationen (1950 - 1985).

Diese Verfilmungen sollen bis 1987/88 weitergeführt werden.

Das Bestandsverzeichnis (mit Standortnachweis) ist gegen eine Schutzgebühr von 10 DM erhältlich in der MFA-Geschäftsstelle im Institut für Zeitungsforschung, Wißstr. 4, 4600 Dortmund. Dort werden auch weitere Informationen erteilt.

A.K.

An die Redaktion der MITTEILUNGEN

Der Beitrag von Klaus Amann über Paul Laven wurde vom Verfasser angekündigt als "eine Dokumentation" anlässlich seines 10. Todestages, doch handelt es sich hier wohl eher um eine Rechtfertigungsschrift zu Lavens Tätigkeit in der nationalsozialistischen Zeit.

Abgesehen davon, daß der Aufsatz ohnehin unter dem Verzicht auf Quellenangaben und eine unbedachte Wortwahl leidet, stützt sich Amann an vielen Stellen auf Material, dessen Beweiskraft - um es vorsichtig auszudrücken - zumindest fragwürdig ist. Nur zwei Beispiele: Lavens Reportage über die Einnahme Warschaus sei keine Jubelreportage gewesen - das "betont Frau Laven 40 Jahre später". Aber: "Das Tondokument ist nicht erhalten" (S.160). Wie Herr Amann nachgeprüft hat, daß der Rundfunksprecher einen polnischen Zwangsarbeiter deshalb "züchtigen" (sic!) wollte, weil "sich dieser in obszöner Weise Kindern näherte", bleibt mir ebenso scheierhaft wie der Grund für die Erwähnung dieses Vorfalles (S.160).

Von einzelnen "Nazi-Akteuren" (S.159) erhielten übrigens auch andere Prominente des NS-Rundfunks wie z.B. Karl Holzamer negative Beurteilungen, ohne daß dies der Karriere schadete.

Es liegt mir fern, wie Herr Amann weitere Vergleiche zu ziehen; ebenso ist nicht das Ziel dieses Briefes, die Diskussion über die Mitwirkung von Journalisten an der Aufrechterhaltung des NS-Regimes erneut anzufachen. Ich bin allerdings der Meinung, daß Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Publikationen wie den "Mitteilungen" weder der "Reinwaschung" noch der "Verurteilung" von Personen dienen sollten.

Münster, im September 1989

Thomas Bauer

Arnulf Kutsch
DAS ENDE DES "SCHWARZEN KANALS"
Karl-Eduard von Schnitzler im Ruhestand

Die Ost-Berliner Programmzeitschrift "FF dabei" feierte das runde DDR-Gründungs-Jubiläum auf ihre Weise: mit der Serie "Das bunte Fenster. Fernsehen in 40 Jahren DDR". Die siebte Folge über die Fernsehgeschichte der DDR, die noch nicht ganze 40 Jahre alt ist, hob einen jenseits der Elbe längst heftig umstrittenen Fernsehpublizisten in den Mittelpunkt: Karl-Eduard von Schnitzler durfte Rede und Antwort stehen über die Anfänge seines "Schwarzen Kanals". Das war in Heft Nr. 43 für die Programmwoche vom 16. bis 22. Oktober 1989. Nur eine Woche später, am 30. Oktober, folgte sein Schwanengesang, diesmal im Fernsehen. In der 1519. Ausgabe des "Schwarzen Kanals", so verordnete die maliziöse Adlershofer Regie, gab Schnitzler selbst das Ende seiner Sendung bekannt (1), während zur gleichen Stunde an diesem Montagabend viele Tausend in Leipzig, Dresden, Ost-Berlin und in anderen Städten des Landes gegen das politische System demonstrierten und Sprechchöre skandierten: "Schnitzler in der Tagebau". Der Journalist, der eigentlich "in den Sielen sterben" wollte (2), wurde in den publizistischen Ruhestand geschickt. Es war einer der ersten der bisher erstaunlich wenigen exponierten Köpfe der DDR-Publizistik, die die "politische Wende" in Ost-Berlin forderte.

Folgt man den kürzlich erstmals publizierten Einschaltquoten des Fernsehens der DDR (3), so sahen immerhin zwölf Prozent der Fernsehteilnehmer den Abgang des unbeliebten Agitators.(4) Eine Woche

- 1) vgl. Karl-Heinz Baum: Seit Montag guckt Schnitzler in die Röhre, in: Frankfurter Rundschau Nr. 254 v. 1.11.1989, S. 5; Peter Jochen Winters: Der schnelle Abgesang von "Sudel-Ede", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 254 v. 1.11.1989, S. 3; mrt: Schnitzlers letzte Sendung, in: Der Tagesspiegel Nr. 13409 v. 1.11.1989, S. 10; -: DDR: Aus für einen Kalten Krieger. Karl-Eduard von Schnitzler in der letzten Sendung "Der schwarze Kanal", in: Fernseh-Informationen 40. Jg. (1989), Nr. 21, S. 643-644 (= Transkription eines Bandmitschnittes der letzten, fünf Minuten dauernden Ausgabe des "Schwarzen Kanals")
- 2) vgl. Marlies Menge: Karl-Eduard von Schnitzler. Nicht Stab, sondern Front, in: Die Zeit Nr. 18 v. 29.4.1983, S. 61
- 3) vgl. -: DDR-Fernsehen gibt Sehbeteiligung bekannt, in: Neues Deutschland Nr. 265 v. 10.11.1989, S. 1; (Peter Jochen Winters): Immer mehr Zuschauer sehen Aktuelle Kamera, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 264 v. 13.11.1989, S. 5; -: Einschaltquoten im Oktober, in: FF dabei, Jg. 1989, Nr. 49, S. 3 (dort allerdings keine Angaben zum "Schwarzen Kanal")
- 4) "Als Superintendent Johannes Richter in der Thomaskirche (in Leipzig; A.K.) bekanntgeben konnte, daß die SED sich entschlossen habe, Schnitzlers 'Schwarzen Kanal' aus dem Fernsehprogramm abzusetzen, dröhnte in der Kirche derartiger Beifall, daß selbst der Thomas-Kantor Johann Sebastian Bach noch im Himmel die frohe Botschaft vernommen haben muß. 'Lieber viele saubere

später hielt die Fernseh-Regie einen weiteren Seitenhieb für Schnitzler bereit. Auf seinem angestammten Sendeplatz strahlte das 1. Fernsehprogramm eine ungeschminkte Reportage über die marode Lage der Stadt Leipzig aus, die bekanntlich den Wunsch signalisiert hat, in knapp 15 Jahren die Olympischen Spiele auszutragen. Der Bericht soll Auftakt einer neuen Sendereihe mit dem - auch mit Blick auf die Programmvorgänger - alles sagenden Titel "Klartext" sein.(5)

Während Karl-Eduard von Schnitzler hierzulande kaum noch ein Reizthema abgab, stellte der "unbelehrbare kalte Krieger", das Fossil einer längst überwunden gehofften stalinistischen Propaganda die Inkarnation des Ärgers der DDR-Fernsehteilnehmer dar, die mit seiner Verzerrung der Wirklichkeit hüben und drüben, der gegen den Westen gerichteten Beschimpfung, Verleumdung und Häme sowie seiner in ausgetretene Rhetorik gebetteten, schönfärberischen Lobhudelei auf den real existierenden Sozialismus nichts mehr anfangen konnten und wollten. Schnitzlers ausschließliche Identifikation mit dem "Schwarzen Kanal" verdeckt indes seine lange Rundfunkkarriere, die er 1944 als Mitarbeiter am deutschen Programm der BBC begonnen hatte. Manche seiner Kritiker glauben, Schnitzlers dogmatische Verbohrtheit sei als psychologischer Reflex auf seine großbürgerliche Herkunft zu verstehen. Sein Vater stammte aus einer rheinischen Bankiers- und Industriellen-Familie und war, 1913 in den preußischen erblichen Adelsstand erhoben, kaiserlicher Generalkonsul und Geheimer Legationsrat gewesen. Sein Vetter Georg wurde 1948 im Nürnberger IG-Farben-Prozess als ehemaliges Vorstandsmitglied der IG-Farben zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt.(6) Diese familiären Zusammenhänge mögen Schnitzler belastet haben, als er 1947 vom Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR) zum sowjetisch kontrollierten Berliner Rundfunk überwechselte, und sie

Bäche als einen Schwarzen Kanal', las man auch auf einem Transparent. 'Schluß mit Schnitzler' auf einem anderen." Monika Zimmermann: Das Aufatmen ist buchstäblich durch das ganze Land zu hören. Leipziger Montagsdemonstrationen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 254 v. 1.11.1989, S. 3; -: "Es war freilich nicht nur seine Polemik, die ihm wenig Freunde einbrachte, es war auch sein widersprüchliches Privatleben. Denn es hatte sich in Ost-Berlin herumgesprochen, daß er einen großen Teil seiner privaten Zeit gerade bei jenen verbrachte, die er über das Fernsehen beschimpfte: bei den 'Kapitalisten' in West-Berlin oder in Italien im Urlaub." Karl-Heinz Baum (wie Anm. 1); vgl. auch: Dr. Seltsam: Schwachsinniges Beharren, in: die tageszeitung/taz v. 24.8.1987

- 5) vgl. Hans-Rüdiger Bein: Ist Leipzig noch zu retten?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 260 v. 8.11.1989, S. 3; -: Aus für einen kalten Krieger (wie Anm. 1), S. 644; -: Bilder, die weh tun. Horrorschau im DDR-Fernsehen: Drei Frauen filmten den Verfall von Leipzig, in: Der Spiegel 43. Jg. (1989), Nr. 46, S. 56-59
- 6) vgl. Marlies Menge (wie Anm. 2); Karl Wilhelm Fricke: Ein Schmock. v. Schnitzler - in Ulbrichts Diensten, in: Die politische Meinung, 9. Jg. (1963), Nr. 96, S. 49-57

mögen auf ihn einen nicht unerheblichen publizistischen Legitimationsdruck gegenüber dem kommunistischen Agitatoren der Ulbricht-Ära ausgeübt haben. Ob sie freilich allein ausreichen, seine verstockte politische Einstellung zu erklären, muß man bezweifeln.

I.

Am 28. April 1918 im Berliner Stadtteil Dahlem geboren, dürften seine ersten politischen und gesellschaftlichen Wahrnehmungen von der Agonie der Weimarer Republik und vom Hitler-Regime geprägt gewesen sein. In Köln aufgewachsen, besuchte er das Deutsche Kolleg in Bad Godesberg, studierte nach dem Abitur ein Semester Medizin in Freiburg, sattelte dann aber ins Speditionsgeschäft um, nachdem er zuvor eine kaufmännische Lehre absolviert hatte. Am Zweiten Weltkrieg nahm er in einem Artillerie-Regiment teil. Nur wenige Tage nach Beginn der westalliierten Invasion in Frankreich geriet er in britische Gefangenschaft. In England wurde Schnitzler gemeinsam mit deutschen Emigranten und anderen Kriegsgefangenen für den Einsatz im deutschen Nachkriegsrundfunk vorbereitet. Er gehörte zeitweilig zu den Mitarbeitern des deutschsprachigen Programms der BBC, das von Hugh Carleton Greene geleitet wurde. Auch für den Soldatensender Calais soll er gearbeitet haben.(7) Unwahrscheinlich erscheint jedoch, daß erst die politische Umerziehung im Lager Ascot, wo er interniert war, den Wehrmacht-Artilleristen Schnitzler auf den Weg zum überzeugten Kommunisten gebracht hat, wie das vielfach angenommen wurde. Schon 1932 war er nämlich als 14-jähriger Schüler Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend geworden (8); seine offenbar schon vor der Gefangennahme gefestigte kommunistische Einstellung führte in London zu Spannungen mit seinem Vorgesetzten bei der BBC (9), ganz abgesehen davon, daß er sich als "politischer Flüchtling" des deutschen Faschismus verstand, dessen unerbittliche Bekämpfung ein Hauptmotiv seiner publizistischen Tätigkeit wurde. Aber sein - wie auch immer zu verstehender - Aufenthalt in England förderte zu Tage, was selbst seine schärfsten Gegner nie abstritten: sein außergewöhnliches journalistisches Talent.

Jedenfalls kann angenommen werden, daß er als kommunistisch orientierter Antifaschist zu jenem Typus des jungen Deutschen gehörte, auf den die anglo-amerikanische Besatzungspolitik beim demokratischen Neuaufbau von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft im Deutschland des Jahres 1945 besonders setzte. Daß dabei anfangs sozialistische Modelle als durchaus konkrete politische Handlungsziele eine Rolle spielten, braucht ebenso wenig in Erinnerung gerufen zu werden wie es evident erscheint, daß sich Schnitzler der in seinen Typus gesetzten Erwartung und der ihm zgedachten Funktion zu-

7) vgl. Conrad Pütter: Rundfunk gegen das "Dritte Reich". Ein Handbuch, München et al.: K.G. Saur 1986, S. 127

8) vgl. Marlies Menge (wie Anm. 2)

9) vgl. Michael Tracey: Das unerreichbare Wunschbild. Ein Versuch über Hugh Greene und die Neugründung des Rundfunks in Westdeutschland nach 1945 (Annalen des Westdeutschen Rundfunks, Bd. 5), Köln et al.: Kohlhammer-Grote 1982, S. 59

tiefst bewußt war und mit den anzustrebenden Zielen nicht erst identifizieren mußte, denn es waren weitgehend seine eigenen. In dieser Hinsicht unterschied er sich übrigens kaum von namhaften Mitgliedern der sogenannten "mayflower-crew" des NWDR Hamburg(10), als er, 1945 bevorzugt aus der Gefangenschaft entlassen, im Januar 1946 zum NWDR Köln kam und alsbald die Leitung der dort erst noch aufzubauenden politischen Redaktion übernahm. Die Auseinandersetzungen mit Parteiführern der Zonen-CDU, die sich über Schnitzlers Rundfunk-Tätigkeit in Köln bereits im gleichen Jahr entzündeten, die Konflikte, die seine Sendungen im NWDR erzeugten, zur Konfrontation mit dem Chief-Controller Hugh Greene und schließlich zu Schnitzlers Entlassung führten, sind mehrfach dargestellt worden (11) und sollen nicht noch einmal rekapituliert werden; erinnert sei lediglich daran, daß eine Auseinandersetzung mit den Inhalten von Schnitzlers NWDR-Sendungen bislang noch aussteht. Auch kann an dieser Stelle nicht die nach wie vor offene Frage beantwortet werden, wann genau Schnitzler im Laufe des Jahres 1947 den NWDR in Richtung Berliner Rundfunk verließ (und wer ihm dort das Entree besorgte).

Erwähnenswert ist dagegen, daß sich aus diesem Konflikt offensichtlich der Keim für Schnitzlers schließlich 40 Jahre währenden Tiraden gegen den Westen und besonders gegen die Bundesrepublik entwickelte. In einem an Greene gerichteten 13-seitigen Brief, den Schnitzler unter dem 1. März 1947 und "bevor ich die Britische Zone und meine Wahlheimat Köln verlasse", geschrieben hat (12), wird das sehr deutlich. Ungeachtet der publizistisch-strategischen Raffinesse, der doppelbödigen Argumentation und mancher bodenlosen Überzeichnung dokumentiert dieses - später veröffentlichte - Schreiben doch dreierlei. Da ist einmal das Entsetzen über Kontinuität und Wiedererstarken jener Kräfte, deren Ende eigentlich mit der Niederlage des Hitler-Regimes besiegelt sein sollte, sowie über ihre, nach Schnitzlers Einschätzung, stillschweigende Duldung, wenn nicht gar Förderung durch die westlichen Besatzungsmächte, wie sich das seit dem Wandel der anglo-amerikanischen Außen- und Deutschlandpolitik im Alltag der Westzonen immer vernehmlicher niederschläge. Seine Beobachtungen brachte Schnitzler auf folgenden Nenner:

-
- 10) vgl. Wolfgang Jacobmeyer: Politischer Kommentar und Rundfunkpolitik. Zur Geschichte des NWDR 1945-1951, in: Winfried B. Lerg/Rolf Steiniger (Hrsg.): Rundfunk und Politik 1923 bis 1973. Berlin: Spiess 1975, S. 311-339.
 - 11) ebenda; ferner Horst O. Halefeld: Die Knolle allen Übels, in: Mitteilungen StRuG 3. Jg. (1977), Nr. 2, S. 6-9 (dort auch Stellungnahme von Hugh Greene); Wolf Bierbach: Der neue WDR. Dokumente zur Nachkriegsgeschichte des Westdeutschen Rundfunks (Annalen des Westdeutschen Rundfunks, Bd. 3), Köln und Berlin: Grote 1978, S. 25 f. et passim; Michael Tracey (wie Anm. 9), S. 59 f.
 - 12) Schreiben Schnitzler an Greene vom 1.3.1947. Public Record Office (London), FO 1056: 271

"Hitlers Schwer- und Kriegsindustrie wird nicht enteignet, sondern neu organisiert. Hitlers Wehrwirtschaftsführer besetzen die Komandoposten in der Mißwirtschaft. Hitlers Reichsnährstand - erst jetzt und, entgegen der Verlautbarung, nur zum kleinsten Teil aufgelöst - organisiert den Hunger. Hitlers Verwaltungsbeamte organisieren den Mangel. Hitlers Polizeioffiziere organisieren eine volksfremde, unsoziale Waffe - gegen wen? Hitlers Steigbügelhalter, die Grossgrundbesitzer, kämpfen mit Erfolg gegen eine Bodenreform. Hitlers Wunderwaffenkonstrukteure arbeiten in Amerika - immer noch nicht mit friedlichen und heilbringenden Arbeiten beschäftigt. Hitlers Grossindustrielle kommen dank ausländischer Geschäftsfreunde mit blauen Augen davon. Hitlers Bankier wird praktisch entlastet. Hitlers Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident ist Ratgeber der Frankfurter Verwaltung. Hitlers Kriegsgerichtsräte und Vorsitzende der Sondergerichte sind Richter und öffentliche Ankläger. Hitlers Generale schreiben die Geschichte des Zweiten Weltkrieges und wurden zur Weihnachten nach Hause entlassen oder beurlaubt. Hitlers Lehrer fahren fort, Völker- und Rassenhass und Überheblichkeit zu lehren. Hitlers professorale Untertanen lesen vor SA-Männern und aktiven Offizieren. Hitlers Journalisten stehen genau so hoch im Kurs wie die Propagandisten seiner Soldatensender, wie die Jud-Süss-Schauspieler und die Stimmungssänger von der Heimatfront. Sie alle sind natürlich 'geheime Widerstandskämpfer' und selbstverständlich 'am 20. Juli beteiligt' gewesen. Vor allem aber, Mr. Greene: Aus der Farce der Entnazifizierung ist die Tragödie der Renazifizierung geworden; Hitlers Geist - in geringfügigen Abwandlungen - ist lebendig und pflanzt sich fort."(13)

Zum anderen dokumentiert der Brief die Ernüchterung darüber, daß Greene diese politische Linie im NWDR nicht nur dulde, sondern bewußt fördere. Und das nahm Schnitzler persönlich, weil er darin die - Greene unterstellte - Preisgabe jener gemeinsamen Ideale sah, auf welche man sich während der Endphase des Rundfunkpublizistischen Kampfes gegen das "Dritte Reich" im German Service der BBC eingeschworen habe:

"(Ich hatte) auf Ihr Kommen, auf die Übernahme des Rundfunkwesens der Britischen Zone durch Sie so grosse Hoffnungen gesetzt, darum habe ich Ihre Ankunft in Deutschland aufrichtig begrüßt - gemeinsam mit meinen Freunden. Denn Sie gehörten doch zu uns, wir hatten doch in einer Front gestande gerade gegen jene Kräfte, die nun schon wieder stark und gefährlich wurden. Nun würden wir wieder gemeinsam als Antifaschisten gegen sie zu Felde ziehen können - so glaubten wir" -

schrrieb Schnitzler, um dann enttäuscht zu bilanzieren:

"Allein - Sie suchten nicht einmal die Diskussion mit uns. Unsere Warnungen vor antidemokratischen Tendenzen und belasteten Mitarbeitern im Hause (d.i. der NWDR; A.K.) verhalten unge-

13) ebenda

hört, und die verhängnisvolle Entwicklung brach nicht nur nicht ab, sondern fand ihre Beschleunigung durch eine verhängnisvolle Personalpolitik. Die wirklichen Demokraten und Antifaschisten im Hause wurden in steigendem Masse kaltgestellt, unter billigen Vorwänden oder auch ohne Begründung entlassen oder zur Kündigung veranlasst. (...) Es war nicht mehr gleichgültig, welche politische Meinung ein Mitarbeiter hatte, wenn er nur ehrlicher und anständiger Antifaschist war. Während es seinerzeit in England noch Ihre Meinung, ja Ihre Bedingung für unsere Mitarbeit am Britischen Rundfunk war, dass wir als deutsche Antifaschisten eine deutsche Politik der Mitte zu betreiben hätten und nicht einem der Alliierten den Vorzug geben dürften, war es nunmehr das Ziel der neuen Personalpolitik, englische Deutsche oder deutsche Engländer zu beschäftigen. (...) Entgegen Ihren damaligen Erkenntnissen ist heute offensichtlich Voraussetzung zur Mitarbeit am NWDR eine strikte antisowjetische und antikommunistische Einstellung."(14)

In welchem Verhältnis Dichtung und Wahrheit in diesen Behauptungen zueinander stehen, kann hier nicht geklärt werden. Erwähnenswert ist dagegen Schnitzlers Analyse der Ursachen, wie sie sich schließlich in seinem Schreiben findet. Ähnlich wie er sich selbst als ausrangierter, weil nicht länger benötigter "Propaganda-Antifaschist" vorkam, verstand er - im Widerspruch zu seinen vorhergehenden Unterstellungen - auch Greene lediglich als eine Marionette, die "nicht unabhängig und Herr (ihrer) Entschlüsse" sei. Es waren mithin ganz andere Mächte am Werk: die Kehrtwende im NWDR sah er als Folge einer britischen Informationspolitik, die sich auf Londoner Geheiß der amerikanischen Außen- und Deutschlandpolitik beugte. Das neue Feindbild hieß Sowjetunion, der ehemalige Kriegsalliierte, der nun in die Reihe der antidemokratischen Kräfte eingeordnet wurde. Die "wirklichen Demokraten und Antifaschisten", zu welchen sich Schnitzler zählte, waren folglich in den Redaktionen der westzonalen Medien nicht mehr gefragt und wurden "kaltgestellt". Neuere Studien insbesondere über die personellen Konsequenzen für die Medien in der amerikanischen Besatzungszone haben Schnitzlers damalige Analyse in der Tendenz bestätigt (15),

14) ebenda

15) vgl. Barbara Mettler: Demokratisierung und Kalter Krieg. Zur amerikanischen Informations- und Rundfunkpolitik in Westdeutschland 1945-1949. Berlin: Spiess 1975; dies.: Der Nachkriegsrundfunk als Medium der amerikanischen Umerziehungspolitik, in: Rundfunk und Fernsehen 21. Jg. (1973), Nr. 2-3, S. 166-182; Norbert Frei: Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Pressetradition, München: Oldenbourg 1986; ferner Emil Carlebach: Zensur ohne Schere. Die Gründerjahre der 'Frankfurter Rundschau' 1945/47, Frankfurt/Main: Röderberg 1985. - Während in der amerikanischen Zone im Zuge der gewandelten Informationspolitik jedoch keine Zeitungsverbote (wohl aber Lizenzentziehungen) erfolgten, traf dies für die britische Zone sehr wohl zu. Vgl.: Arnulf Kutsch: Neue Zeitungen für Deutsche. Entstehung und Struktur der Lizenzpresse in Nordrhein und Westfalen (1945-1949), in: Geschichte im Westen 3. Jg. (1988),

wohingegen die Gründe speziell für seine Entlassung aus dem NWDR noch immer als umstritten gelten.(16)

Nicht weniger als über sein Arbeitsverbot im britischen Zonenrundfunk dürfte sich Schnitzler darüber geärgert haben, daß er in der Euphorie über Hitlers Ende offenbar ein ehernes marxistisches Gesetz mißachtet hatte: der Kapitalismus, die Bourgeoisie meinen es nicht ehrlich mit den "fortschrittlichen Kräften". Der Klassenkampf mußte weitergefochten werden, und entsprechend fiel der Rundumschlag aus, der endlich aus Schnitzlers Brief an Greene zitiert sei:

"Im Namen von Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden besorgt er (der NWDR, A.K.) in Wahrheit das Geschäft derer, denen Demokratie: Herrschaft der Besitzenden bedeutet; Freiheit: die Freiheit, die Masse zugunsten einer Minderheit auszu-beuten; Gerechtigkeit: die Erhaltung einer auf Ungerechtigkeit basierenden Gesellschaftsordnung; Frieden: die ungestörte Vorbereitung imperialistischer Kriege. Der NWDR ist nicht nur Wahrheitssucher, sondern er sucht vielmehr, wie man die Wahrheit verdunkeln kann."(17)

Solcherlei Irrtum und Ernüchterung, wie sie dem damals noch nicht 29-jährigen Schnitzler zu Beginn seiner journalistischen Laufbahn auf deutschem Boden in Köln und später in Hamburg widerfuhren, wohin ihn Greene beordert hatte, schlugen offenbar um in Haß, und dieser Haß machte ihn blind sowohl für die Entwicklung in Westdeutschland, dem er - wenigstens beruflich - den Rücken kehrte, als auch in Ostdeutschland, wo er die gesuchte Gesinnungsgenossenschaft und publizistische Rückendeckung fand. Die Vorstellung, der östliche Teilstaat verkörpere das bessere, gerechtere, menschlichere, das vor der Geschichte allein legitimierte Deutschland, weil es sehr nachdrücklich Antifaschismus, Antimilitarismus und demokratischen Sozialismus auf seine Fahnen schrieb, führte offensichtlich dazu, daß dem Publizisten die politische Analyse zur Schwarz-Weiß-Malerei und der Journalismus zur Demagogie geriet. Nicht die ohnedies täuschenden Phänomene der sozialen Wirklichkeit waren entscheidend, sondern die nach den ideologischen Glaubenssätzen des Kommentators zusammengesetzte publizistische Realität. Daß dieses Vermittlungskonzept den beabsichtigten Effekten genau entgegenwirken könnte, kam Schnitzler wahrscheinlich nicht in den Sinn, weil sein Katechismus das nicht vorsah. Der "kalte Krieg", die deutsch-deutsche Konfrontation, die sich im Rundfunk und in anderen Medien niederschlug, der heute kaum noch vorstellbare politische Schlagabtausch zwischen den beiden deutschen Nachkriegsstaaten, der bis in die sechziger Jahre anhielt, schließlich die dogmatische Verhärtung, wie sie die ostdeutsche Publizistik der Ulbricht-Ära kennzeichnete, bildeten den Nährboden für die Kulti-

Nr. 1, S. 46-67; Willy Perk: Besatzungsmacht gegen Pressefreiheit. Geschichte der Zeitung 'Westdeutsche Volksecho', Frankfurt/Main: Marxistische Blätter 1979

16) vgl. Halefeld (wie Anm. 11); Tracey (wie Anm. 9)

17) Schreiben Schnitzler an Greene (wie Anm. 12)

vierung solchen Verständnisses eines klassenkämpferischen Journalismus', in dem sich Schnitzler verhedderte und der ihn endlich zu jener tragischen Figur der deutschen Rundfunkgeschichte werden ließ, die im Herbst des Jahres 1989 in der Forderung der Demonstranten in der DDR: "Schnitzler in die Muppet-Show", ihren Ausdruck fand.

Mit seiner Entlassung war Schnitzlers Episode im Nordwestdeutschen Rundfunk nicht ganz beendet. Noch einmal durfte er in ein NWDR-Mikrofon sprechen. Das war am 11. Juni 1948, als sich, vierzehn Tage vor Beginn der Berliner Blockade, im Haus des Rundfunks an der Berliner Masurenallee Journalisten von NWDR und Berliner Rundfunk zu einem Streitgespräch über "Das Volksbegehren über die Wiedervereinigung" trafen. Unter Leitung von Axel Eggebrecht diskutierten Eberhard Schütz, Peter von Zahn, Willi Troester und Hans-Erwin Haberfeld (für den NWDR) mit Peter Alphons Steiniger (Humboldt-Universität) sowie Heinz Schmidt, Wolfgang Harich, Herbert Gessner und Karl-Eduard von Schnitzler (für den Berliner Rundfunk). Doch das blieb nur ein zweifelhafter Versuch, der kaum mehr zu verhindernden Teilung Deutschlands auf journalistischem Terrain entgegenzuwirken.⁽¹⁸⁾ Eine zweite Diskussionsrunde im Funkhaus an der Hamburger Rothenbaumchaussee kam nicht mehr zustande, weil die Ost-Berliner Redakteure die akzeptierte Einladung an die Elbe nicht einlösten. Erst 40 Jahre später, im Oktober 1989, nahm erstmals ein DDR-Journalist an einer ähnlichen Gesprächsrunde in der Bundesrepublik teil: im "Presseclub" des Westdeutschen Rundfunks.

II.

Aber war Schnitzler während seiner 40jährigen Rundfunklaufbahn ausschließlich jener kommunistische Agitator, der gegen alles polemisierte, was westlich der Elbe lag und wo er vorzugsweise Imperialisten, Kapitalisten und Feinde der Arbeiterklasse ortete, von wo aber auch über Jahre die Souveränität der DDR in Frage gestellt und der Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland reklamiert worden waren? Wie steht es mit seinem Image, das geprägt wurde durch seine konzessionslose Verteidigung des militärischen Eingriffs sowjetischer Truppen in der DDR 1953, des Mauerbaus 1961 und des Einmarsches in die CSSR 1968, an welchem auch DDR-Soldaten

18) Ein Mitschnitt dieser Gemeinschaftssendung befindet sich im Schallarchiv des Norddeutschen Rundfunks. Vgl. Dietrich Lotichius: Tondokumente im Schallarchiv des NDR, Bd. 1. Hamburg: NDR 1976, S. 21. - Eine an den Lizenzträger und Chefredakteur des West-Berliner "Tagesspiegel", Erik Reger, gerichtete, auch von Schnitzler unterzeichnete "Aufforderung", ebenfalls an der Diskussionsrunde teilzunehmen, lehnte Reger mit der Begründung ab, er wolle durch seine Teilnahme nicht "den falschen Eindruck fördern (...), daß Radio Berlin ein einwandfreies Instrument zur Unterrichtung der Öffentlichkeit sei". Vgl. Gerhard Walther: Der Rundfunk in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Bonn und Berlin 1961, S. 22; Erik Heinrich: Vom NWDR Berlin zum SFB. Rundfunkpolitik in Berlin 1946-1954. Diss. phil. FU Berlin v. 25.2.1987, S. 52 f.

beteiligt waren? Ehe die Rundfunkhistoriographie nicht zu validen Befunden gekommen ist (19), wird sich dieses Image sicherlich halten, das er selbst gepflegt hat und dem fraglos auch die überlieferte Kenntnis seiner Berufsstationen im DDR-Rundfunk unterliegt.

Schon am 1. Januar 1948 saß Schnitzler vor dem Mikrophon des Berliner Rundfunks, um in der ersten Folge der Gesprächsrunde "Treffpunkt Berlin" mit anderen, kurz zuvor noch in westzonalen Medien tätigen Journalisten zu diskutieren. Als Gastgeber der Sendereihe, deren Leitung Schnitzler alsbald selbst übernahm, fungierte übrigens ein damals blutjunger Remigrant aus der Sowjetunion, der später lange Jahre stellvertretender Minister für Staatssicherheit sowie Spionagechef der DDR war und dort heute zu den eifrigsten Befürwortern einer "demokratischen Wende" zählt: Markus (Mischa) Wolf. (20)

Im April 1948 konnte Schnitzler, unterdessen SED-Mitglied, im Berliner Rundfunk seinen ersten politischen Kommentar sprechen. Als gut viereinhalb Jahre später, am 1. September 1952, das Staatliche Rundfunkkomitee der DDR gebildet wurde, erreichte Schnitzlers Karriere einen ersten Höhepunkt. Der gelernte Speditionskaufmann, der 1951 den Grundlehrgang an der Hochschule der Einheitspartei absolviert hatte, wurde Chefkomentator im neuen Rundfunkhaus an der Ost-Berliner Nalepastraße; seine scharfzüngigen Wortkaskaden, über den Deutschlandsender in Ost und West verbreitet, gehörten zur deutsch-deutschen Rundfunkrealität jener Jahre. (21) Am 2. Mai 1956, vier Monate nach dem offiziellen Beginn eines regelmäßigen DDR-Fernsehprogramms, kam der "Treffpunkt Berlin" als aktuell-politische Gesprächsrunde unter Schnitzlers Leitung erstmals auf die - damals kaum mehr als 50 000 - ostdeutschen Bildschirme, gedacht als Konkurrenz zu Werner Höfers "Internationalem Frühschop-

-
- 19) Einige Daten und Einschätzungen zu Schnitzlers Berliner Rundfunk­tätigkeit finden sich in Erich Richter: Entwicklungsetap­pen des Deutschen Demokratischen Rundfunks, Teil 1-3, in: Bei­träge zur Geschichte des Rundfunks 4. Jg. (1970), Nr. 2, S. 5-34; Nr. 3, S. 5-71; Nr. 4, S. 5-40
- 20) vgl. Werner Klein/Markus Wolf: "Treffpunkt Berlin", in: Bei­träge zur Geschichte des Rundfunks 5. Jg. (1971), Nr. 2, S. 47-55; ein Mitschnitt der kommunikationshistorisch aufschlußrei­chen Folge des "Treffpunkt Berlin" vom 13.3.1948 über "Die Ar­beitsbedingungen von Journalisten in der Westzone" (sic!) be­findet sich ebenfalls im NDR-Schallarchiv; vgl. Lotichius (wie Anm. 18), S. 16
- 21) vgl. die Kommentar-Sammlung Karl-Eduard von Schnitzler: Deutschland und die Welt. Berlin (Ost): Verlag der Nation 1956; Mitschnitte einiger seiner damaligen Kommentare befinden sich im Deutschen Rundfunkarchiv Frankfurt/Main. Vgl. u.a. Walter Roller (Bearb.): Tondokumente zur Zeitgeschichte 1946-1950 Frankfurt/Main 1979. - Zur kommunikationspolitischen Be­deutung des Deutschlandsenders, dessen Intendanz im September 1955 direkt der "Abteilung West" des SED-Zentralkomitees un­terstellt wurde, vgl. Heide Riedel: Hörfunk und Fernsehen in der DDR, Köln: Braun 1977, S. 50 f.

pen".(22) Zuvor hatte sich Schnitzler noch in einem anderen Metier versucht: als Drehbuchautor. 1951 war sein Skript über die DDR-Gründung von der DEFA abgefilmt und unter dem Titel "Der Weg nach oben" in DDR-Kinos gespielt worden. 1956 folgte das Drehbuch für den gegen die "Monopolbourgeoisie" gerichteten Montagestreifen "Du und mancher Kamerad".

Dieser Film kann wegen seines Prinzips der Montage von Bildsequenzen oder Filmausschnitten aus nicht näher bezeichneten westlichen Produktionen sowie ihrer Konterkarierung und Kommentierung als Prototyp des sicherlich bekanntesten Programms betrachtet werden, dessen erste Ausgabe Schnitzler am 21. März 1960 ins DDR-Fernsehen brachte: "Der schwarze Kanal". Die Sendung war als Reaktion auf die ARD-Sendereihe "Die rote Optik" (damaliger Moderator Thilo Koch) gedacht. Seitdem lief der "schwarze Kanal", in dem Schnitzler seine "Damen und Herren anblickt, als sollten sie Katz und Maus spielen, und er wäre gern die Katze" (Uwe Johnson), jeden Montagabend. Als acht Jahre darauf, am 4. September 1968, die Einrichtung eines Staatlichen Komitees für Fernsehen beim Ministerrat der DDR und damit die Trennung von Verwaltung und Zuständigkeit für Hörfunk und Fernsehen beschlossen wurde, machte man Schnitzler (als Chefkomentator) zum Mitglied dieser neuen Behörde für die Veranstaltung des Fernsehens in der DDR. Damit hatte seine publizistische Karriere in der Spätphase der Ulbricht-Ära ihren Zenit erreicht.

Aber nach der Unterzeichnung des Grundlagen-Vertrages Ende 1972 und der KSZE-Schlußakte von Helsinki drei Jahre später begann der Stern des Starkommentators merklich zu sinken. Denn der agitationsgestählte "Frontoffizier" (Schnitzler über Schnitzler) hatte bei der eisernen Verteidigung seines ideologischen Vorpostens das Ende des "kalten Krieges" verpaßt und ließ sich, unterdessen weit über 50 Jahre alt, nicht mehr recht für die gewandelte Medienpolitik des neuen SED-Generalsekretärs Honecker (23) umschulen. Vielleicht war der inzwischen weißhaarige Chefkomentator es auch einfach leid, sich als publizistischer Tanzbär des SED-Politbüros gegen die gewohnte Richtung zu drehen, wie er das etwa am 12. Juli

22) Die Attraktivität des "Internationalen Frühschoppen" konnte der "Treffpunkt Berlin" allerdings nicht erreichen. Der Münsteraner Publizistikwissenschaftler Hagemann, der 1961 in die DDR wechselte, monierte 1962, die Diskussionsrunde leide darunter, "daß sich die Teilnehmer vorher zu sorgfältig abgestimmt haben und daß sie in vielen Fragen eine übereinstimmende Ansicht äußern. Karl-Eduard von Schnitzler (...) sei empfohlen, vorwiegend kontroverse Themen zu wählen und Gesprächspartner heranzuziehen, deren Eigenwilligkeit eine harte Diskussion provoziert." Walter Hagemann: DDR-Nachrichten vielfältig und zuverlässig, in: Neue Deutsche Presse 16. Jg. (1962), Nr. 4, S. 15-17, Zitat S. 17

23) vgl. dazu neuerdings Rolf Geserick: 40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR. München: K.G. Saur 1989, S. 254 ff.

1953 tat, als er einen Monat nach dem Ost-Berliner "Arbeiter-Aufstand" vor dem Mikrophon des Berliner Rundfunks folgenden Kotau machte:

"Auch unser Rundfunk hat seit geraumer Zeit ernste Fehler begangen. (...) Es waren Fehler, die ihre Quellen nicht nur in den Fehlern haben, die unsere Regierung nunmehr mit ihrem 'Neuen Kurs' korrigiert. Sondern wir haben diese Fehler durch Schönfärberei, durch funkische Unbeholfenheit und Unzulänglichkeit oft noch vergrößert und uns darüber hinaus schon länger als seit dem vergangenen Sommer durch die Struktur unserer Programme und die Form unserer Sendungen manchmal vom Hörer entfernt, von Ihren Wünschen, Bedürfnissen und Ansprüchen, die zu stellen Sie berechtigt sind, wenn unser Rundfunk Ihr Rundfunk sein soll."(24)

Das Gespräch, das die ZEIT-Korrespondentin Marlies Menge anlässlich seines 65. Geburtstages im Frühjahr 1983 mit ihm führte, ließ spüren, daß Schnitzler im Fernsehzentrum in Adlershof auf dem Abstellgleis stand. Dieses Gespräch vermittelte das Bild eines einsam gewordenen Zynikers, der unumwunden zugab, es sei mühsam, mit dem "Schwarzen Kanal" die 17 Millionen DDR-Bürger überzeugen zu wollen, im gleichen Atemzug aber auch meinte: "Daß viele mich nicht mögen, nein, das schmerzt mich nicht."(25) 35 Jahre zuvor hatte der gleiche Karl-Eduard von Schnitzler noch zu Papier gebracht: "Wenn der (Kommentator) dazu beitragen will, den Menschen auf den richtigen Weg zu helfen, dann muß er überzeugen können - nicht überreden! -, überzeugen durch die Schlüssigkeit seiner Argumente, die Einfachheit und Verständlichkeit der Sprache, durch das Vertrauen, das er sich bei seinen Hörern erwerben muß."(26) Ob er dieses Vertrauen tatsächlich besaß, war für Schnitzler wahrscheinlich nicht immer von ausschlaggebender Bedeutung, wenigstens nicht solange, wie er der Rückendeckung durch das SED-Politbüro sicher sein konnte. Das war aber seit dem 18. Oktober 1989 offenbar nicht mehr der Fall, als gemeinsam mit dem SED-Generalsekretär auch der für Agitation und Propaganda zuständige ZK-Sekretär der SED, Politbüro-Mitglied Joachim Herrmann, den Hut nehmen mußte.

Wie auch immer: vor nicht allzu langer Zeit soll Schnitzler die Aufforderung eines Adlershofer Chefredakteurs, zurückzutreten, so gekontert haben: "Einen Auftrag des SED-Politbüros könne nur das SED-Politbüro entziehen."(27) Das ist am 30. Oktober 1989 geschehen.

24) Karl-Eduard von Schnitzler: Kommentar vom 12.7.1953, abgedruckt in: Walther (wie Anm. 18), S. 210

25) vgl. Marlies Menge (wie Anm. 2)

26) Karl-Eduard von Schnitzler: Das Wesentliche überzeugend deutlich machen, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 13. Jg. (1979), Nr. 2, S. 106 (Wiederabdruck)

27) Baum (wie Anm. 1)

Postskriptum:

"Karl-Eduard von Schnitzler, Berlin. - Wir haben am Montag, dem 30. Oktober, Ihren letzten 'Schwarzen Kanal' gesehen und möchten Ihnen unsere Achtung für Ihre Haltung aussprechen. Wir würden es begrüßen, wenn wir ähnlichem häufiger begegneten."

Die Weltbühne 84. Jg. (1989), Nr. 45, S. 1435

"Hey Schnitzler, du elender Sudel-Ede
Sogar, wenn du sagst, die Erde ist rund
Dann weiß jedes Kind: Unsere Erde ist eckig
Du bist ein gekaufter verkommener Hund
Und wirst du bald in der Erde liegen
In dich gehn nicht mal die Würmer rein
Der muß jetzt im Grab noch die Würmer belügen
Wird stehn auf deinem Mamorstein
Wir wollen dich nicht ins Verderben stürzen ..."

Aus Wolf Biermann: "Ballade von den verdorbenen Greisen".
Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 268 v. 17.11.1989, S. 33

Hans Rink

RHEINLAND-PFALZ ALS KERNRAUM AUDIOVISUELLER MEDIEN

Die Gründung des ZDF

Stadt der Medien ist Mainz, Hauptstadt des Bundeslandes Rheinland-Pfalz und im alten Reich Residenzstadt des gleichnamigen Kurfürstentums, nicht erst durch die Niederlassung von Hörfunk und Fernsehen geworden. (1) Es gehört zum kulturgeschichtlichen Allgemeinwissen, daß von der Moguntia Aurea aus die Druckkunst ihren weltverändernden Siegeszug angetreten hat, deren über 500jährige Wirkungsgeschichte das Gutenberg-Museum mit seinen Sammlungen eindrucksvoll belegt. Mit den Druckmedien Buch und Presse ist Mainz aber auch in der deutschen Verlags- und Pressegeschichte (2) und in den Traditionen der deutschen Lesekultur (3) angemessen vertreten. Die Mainzer "Allgemeine Zeitung" wurde 1949 konzeptionell und personell zur "Mutter" der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". (4) Zur Medienstadt und zum Medien-Kernraum im modernen, umfassenden Sinne des Begriffs sind Mainz und das Land Rheinland-Pfalz allerdings erst durch die Ansiedlung von Hörfunk und Fernsehen geworden. (5) Als Kulturinstitutionen und Wirtschaftsunternehmen haben die Rundfunkanstalten wesentlich zur Konsolidierung der damals noch immer von den Folgen ihrer schweren Kriegszerstörungen betroffenen Landeshauptstadt und des erst allmählich aus heterogenen Bestandteilen zusammengewachsenen "Landes aus der Retorte" beigetragen. Dabei nahm das Landesstudio des Südwestfunks das nach Auflösung der SWF-Studios in Koblenz und Kaiserslautern am 2. November 1951 in Mainz seinen Hörfunksendebetrieb begann und bereits 1959 eine Fernseh-Außenstelle erhielt (6), nicht nur zeit-

-
- 1) Zur Mainzer Mediengeschichte vgl. den knappen Überblick in der Begrüßungsansprache von Friedrich P. Kahlenberg zur Eröffnung der Jahrestagung 1985 des Studienkreises Rundfunk und Geschichte in Mainz, in: MITTEILUNGEN 12/1986, S. 20-23.
 - 2) Zur Verlags- und Pressegeschichte s. Rolf Dörflamm: Der Musikverlag B. Schott's Söhne. Ein weltbekanntes Unternehmen seit 1770 in Mainz, in: MAINZ 3/1983, 4, S. 36-42; Helmut Mathy: Mainzer Verlag mit internationalem Image. 200 Jahre Zaberndruck, ein Stück mittelrheinischer Pressegeschichte, in: MAINZ 6/1986, 1, S. 72-77.
 - 3) Jürgen Wilke: "Schriften an einem gemeinschaftlichen Orte". Schon vor über 200 Jahren ... Mainzer Lesegesellschaft, in: MAINZ 4/1984, 2, S. 111-118 (I); 3, S. 66-73 (II).
 - 4) Karl-Heinz Teubig: Ein Kapitel deutscher Pressegeschichte ... Mainz 1945-1950, in: MAINZ 3/1983, 2, S. 52-63.
 - 5) Zur aktuellen Situation der Massenmedien (Presse und Rundfunk) vgl. den Beitrag von Hans Mathias Kepplinger/Rainer Mathes: Massenmedien, in: 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, hrsg. v. Peter Haungs, Mainz 1986, S. 549-574 (Lit.).
 - 6) Zur Geschichte des Landesstudios vgl. das Kapitel "Der Südwestfunk in Rheinland-Pfalz", in: Franz-Josef Heyen/Friedrich P. Kahlenberg (Hrsg.), Südwestfunk. Vier Jahrzehnte Rundfunk im Südwesten, Düsseldorf 1986, S. 150-160; seine Entwicklung spe-

lich den ersten Platz ein. Mit Sendereihen wie den Beiträgen über Ereignisse und Persönlichkeiten aus der Vorgeschichte des neuen Landes (7) leistet es bis heute dem Wachsen eines historisch fundierten Landesbewußtseins gute Dienste. Zur "Fernsestadt" in der vollen Bedeutung des Wortes wurde Mainz, als die überregionale Nur-Fernsehanstalt "Zweites Deutsches Fernsehen" durch die Unterzeichnung des Gründungs-Staatsvertrages am 6. Juni 1961 und dessen Inkrafttreten für Rheinland-Pfalz am 1. Dezember in der Landeshauptstadt juristisch ihren Sitz nahm.(8) Von 1962 an wurde mit der Konstituierung der Aufsichtsgremien, dem Geschäftsfähigwerden der Anstalt durch die Wahl des ersten Intendanten sowie dem Aufbau der im Stadtgebiet nur dezentral unterzubringenden mittel- und langfristig arbeitenden Redaktionen aus der juristischen Ansiedlung allmählich eine faktische Realität.(9) Aber es sollten im ganzen 23 Jahre vergehen, ehe am 6. Dezember 1984 mit der Eröffnung des Sendebetriebsgebäudes auf dem Lerchenberg die Aktualitäts- und Sendebetriebs-Provisorien in Eschborn und von 1964 an in Wiesbaden beendet werden konnten (10) und damit die Bestimmung des Staatsvertrages "Die Anstalt hat ihren Sitz in Mainz" (§ 1 Abs. 3) ihre volle Verwirklichung fand. Bei der Vorbereitung des Staatsvertrages war die Entscheidung über den Standort noch auf der Stuttgarter Unterzeichnungs-Sitzung der Ministerpräsidenten im Juni 1961 umstritten gewesen - "verständlich, wenn man", so meinte der Altoberbürgermeister von Mainz und amtierende Fernsehratsvorsitzende Jockel Fuchs jüngst in seinen "Erinnerungen", "sich vergewärtigt, welche kulturelle und auch wirtschaftliche Bedeutung für eine Stadt, eine Region, ein Bundesland der Sitz einer solchen Fernsehanstalt hat".(11)

I. Das Ringen um eine Rundfunkneuordnung

Die Vor- und Gründungsgeschichte des Zweiten Deutschen Fernsehens ist weitgehend identisch mit den über ein Jahrzehnt (1950-61) andauernden Kontroversen um eine Neuordnung des deutschen Rundfunkwesens(12), die medienpolitisch eine neue Qualität und Zielrich-

ziell in Mainz behandelt Hans Kieffer: Vom Pulverturm zur Wallstraße. Dreißig Jahre Südwestfunk-Landesstudio Rheinland-Pfalz in Mainz, in: MAINZ 1/1981, 3, S. 46-53.

- 7) Dieter Lau/Franz-Josef Heyen (Hrsg.): Vor-Zeiten. Geschichte in Rheinland-Pfalz, Bd. I-III, Mainz 1985-1987.
- 8) Vgl. dazu den Katalog "20 Jahre ZDF. Eine Ausstellung zur Vor-, Gründungs- und Aufbaugeschichte des Zweiten Deutschen Fernsehens aus Anlaß des 20. Jahrestages der Unterzeichnung des ZDF-Staatsvertrages", hrsg. v. ZDF, Mainz 1982², S. 26-32.
- 9) S. im Ausstellungskatalog (Anm. 8), S. 34-41.
- 10) Katalog (Anm. 8), S. 84-96; vgl. zum "Weg des ZDF auf den Lerchenberg" die Schrift: ZDF Sendezentrum Mainz. Baugeschichte und Fernsehtechnik, hrsg. v. ZDF, Mainz 1984, insb. S. 10-65.
- 11) Jockel Fuchs: Mainzer Jahre - schöne Jahre. Erinnerungen. 11: Die Geburt der "Mainzelmännchen", in: "Allgemeine Zeitung" Nr. 76 v. 1.4.1989.
- 12) Vgl. als Darstellung im Rahmen der gesamten Nachkriegsgeschichte des deutschen Rundfunks: Hans Bausch, Rundfunkpolitik

tung erhielten, als 1956/57 technisch ein zweites Fernsehprogramm möglich geworden war und dessen Organisation zu Debatte stand.(13) Die Bundeskabinette Adenauer stießen mit ihren rundfunkpolitischen Bestrebungen auf den Widerstand nicht nur der betroffenen, in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, sondern auch der SPD-Opposition im Bundestag und vor allem der Länder als der bisherigen Inhaber der Rechtskompetenz für den Rundfunk.(14) Die Gründung des ZDF als einer ARD-unabhängigen, zentralen, öffentlich-rechtlichen Nur-Fernsehanstalt war das unerwartete Ergebnis einer von unterschiedlichen politischen und persönlichen Voraussetzungen, Motiven und Wirkungskräften bestimmten Entwicklung. Sie führte im Fernsehstreit von 1958/61 über das Karlsruher Verfassungsgerichtsurteil zu einer Konstellation, die eine solche Lösung der Krise juristisch möglich machte und politisch angebracht erscheinen ließ.(15)

Zu dem Themenkomplex "Rundfunkneuordnung/F Fernsehstreit/ZDF-Gründung" sind neuerdings zwei Arbeiten erschienen, die aufgrund der Erschließung neuer Quellen den Stand der Forschung z.T. beträchtlich erweitert haben. Heinrich Küppers stand für seinen Aufsatz "Adenauer und Altmeier im Fernsehstreit (16) erstmals die Aufzeichnungen Altmeiers aus dem Nachlaß im Landeshauptarchiv Koblenz und die Aktenüberlieferung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Archiv für christlich-demokratische Politik in St. Augustin bei Bonn zur Verfügung. Eberhard Bitz (17) konnte für seine Forschungen bislang unbekannte oder unveröffentlichte Akten der Staatskanzleien Rheinland-Pfalz und Hessen und der Stadtverwaltungen Mainz und Wiesbaden benutzen sowie Gespräche und Interviews mit wichtigen Zeitzeugen wie Franz Meyers, Kai-Uwe von Hassel, Fritz Duppré, Jockel Fuchs, Ernst W. Fuhr und Karl Holzamer führen.(18)

nach 1945. Erster Teil: 1945-1962 (Rundfunk in Deutschland, hrsg. v. H. Bausch, Bd. 3), München 1980, insb. S. 305-515.

13) Vgl. Katalog (Anm. 8), S. 10-25.

14) Zur Rundfunkpolitik des Bundes vgl. Rolf Steininger: Rundfunkpolitik im Ersten Kabinett Adenauer, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 21/1973, 4, S. 388-434; ders.: Rundfunk zwischen Bund und Ländern 1953-1961. Ein Beitrag zur Innenpolitik Adenauers, in: Politische Vierteljahresschrift 17/1976, 4, S. 474-519.

15) Die Vor-, Gründungs- und Aufbaugeschichte des ZDF hat, gestützt insb. auf die Aktenbestände des Historischen Archivs des ZDF, dokumentarisch fundiert dargestellt Klaus Wehmeier: Die Geschichte des ZDF. Teil I: Entstehung und Entwicklung 1961-1966. Mainz 1979.

16) Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 35/1987, 4, S. 625-659 (Lit.).

17) Die Bedeutung des Unternehmens ZDF für die Stadt Mainz. Diplomarbeit im Studienschwerpunkt Wirtschaftspolitik des Fachbereichs Management und Rechnungswesen der Fachhochschule Rheinland-Pfalz/Abteilung Mainz II, Wirtschaftswissenschaften, eingereicht am 11. Juli 1988, mit Dokumenten-Anhang, Quellenverzeichnis und Faksimile-Anlage, 157 S.

18) Herr Bitz hat mir gestattet, seiner noch nicht veröffentlicht-

II. Die Mainzer Länder-Fernsehanstalt

Das Land Rheinland-Pfalz war eine Schöpfung der französischen Besatzungsmacht, durch Dekret vom 30. August 1946 aus ehemals preussischen, bayerisch-pfälzischen, hessen-darmstädtischen und hessen-nassauischen Gebieten zusammengefügt.¹⁹⁾ Obwohl die Landesverfassung in der Volksabstimmung vom 18. Mai 1947 mit absoluter Mehrheit angenommen worden war, konnte von Zusammengehörigkeitsgefühl und eigenem Landesbewußtsein noch lange keine Rede sein. Dies zeigte sich z.B. darin, daß es 1950/51 einer zweifachen Abstimmung

ten Arbeit für diesen Beitrag Informationen und Zitate zu entnehmen.

Persönliche Erinnerungen steuerten bei:

Karl Holzamer: Das Wagnis. Zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt, Mainz 1979; Anders, als ich dachte. Lebenserinnerungen des ersten ZDF-Intendanten, Freiburg i. Br. 1983; Wie Mainz Fernsehstadt wurde. Zwanzig Jahre ZDF, in: MAINZ 1/1981, 2, S. 110-114; Am Ersten das Zweite ... des Sendebeginns vor zwanzig Jahren, in: MAINZ 3/1983, 2, S. 95-98.

Fritz Duppré: Ende des Monopols? Die Länder und die Rundfunkanstalten, in: Politik und Massenmedien (Kommunikationswissenschaftliche Bibliothek, Bd. 2, hrsg. v. Fritz Hufen), Mainz 1970, S. 57-71; F.D./Karl Holzamer: Mainz und das Zweite Deutsche Fernsehen, in: Mainzer Almanach 1966, Mainz 1966, S. 5-24 (Lit.).

Jockel Fuchs: Oberbürgermeister in der Landeshauptstadt, in: Rheinland-Pfalz persönlich. Erinnerungen und Begegnungen, hrsg. v. Sparkassen- u. Giroverb. Rheinland-Pfalz, Mainz 1987, S. 487-496; "So entstand das ZDF". Beitrag in der SWF-Sendereihe "Guten Morgen aus Mainz" vom 25.3.1988 (abgedruckt bei Bitz, S. 125 f.); Die Geburt der "Mainzelmännchen" - Erinnerungen, Folge 11 (Allgemeine Zeitung Nr. 76 v. 1.4.1988). An biographischen Würdigungen der Hauptakteure liegen u.a. vor:

Rudolf Morsey: Peter Altmeier (1899-1977), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 6, hrsg. v. J. Aretz u.a., Mainz 1984, S. 200-213/277 f. (Lit.); Karl Martin Graß: Politiker-Porträts (Peter Altmeier), in: 40 Jahre Rheinland-Pfalz, S. 255-259 (S. 288: Lit.).

Helmut Wirth: Am Ende einer bedeutsamen Epoche. Jockel Fuchs zum Abschied aus dem Amt als Oberbürgermeister der Stadt Mainz, in: MAINZ 7/1987, 2, S. 6-14.

Prof. Dr. Karl Holzamer wird 80. Programm-Intendant - Philosoph-Pädagoge. ZDF Presse Special, Mainz 1986, 17 S.

- 19) Vgl. dazu Klaus Rost: Eine französische Kreation. Zum vierzigsten Geburtstag unseres Bundeslandes Rheinland-Pfalz. in: MAINZ 7/1987, 2, S. 18-26. Einen Geschichtsabriß "Von der Gründung bis zur Gegenwart" gibt Helmut Mathy in der von Franz-Josef Heyen hrsgg. Gesamtdarstellung "Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz" (Territorien-Ploetz: Geschichte der deutschen Länder), Freiburg i. Br./Würzburg 1981, S. 131-168 (Lit.).

im Landtag bedurfte, um die hauptstädtischen Funktionen von Koblenz nach Mainz zu verlegen, wie dies bereits die Franzosen gewünscht hatten.(20) Das Land blieb in seiner Existenz weiterhin durch die Diskussionen um eine Neugliederung des Bundesgebietes nach Art. 29 des Grundgesetzes bedroht. Noch 1956 verliefen drei von fünf entsprechenden Volksbegehren positiv.(21)

In dieser Situation war es unbedingt erforderlich, mit Nachdruck auf der Eigenstaatlichkeit von Rheinland-Pfalz und seiner Kulturhoheit zu bestehen, die die Rundfunkhoheit einschloß. Der Rundfunk sollte als wichtiger Integrations- und Stabilisierungsfaktor der Konsolidierung des von innen und außen bedrohten Landes dienen. Die Rundfunkpolitik wurde zum Mittel landespolitischer Stabilisierungs- und Profilierungsbemühungen. Diesem Grunderfordernis hätte jeder Mainzer Regierungschef zu entsprechen gehabt.(22) Peter Altmeier, der zweite Ministerpräsident (1947-1969), tat das als überzeugter Föderalist mit Engagement.(23) Er kämpfte entschieden gegen jeden kulturpolitischen Oberhoheitsanspruch des Bundes. So entwickelte sich Rheinland-Pfalz unter seiner Ministerpräsidentenschaft geradezu zu einer Bastion der föderalistischen Staatsform, wie sie das Grundgesetz vorsah.

Starken Einfluß übte die Landesregierung bereits 1951/52 bei der Gestaltung des Staatsvertrages über den Südwestfunk aus.(24) Damals kam es zum ersten medienpolitischen Schlagabtausch mit der Bundesregierung. In einem Briefwechsel der Unterzeichner-Länder des Staatsvertrages mit dem Bundeskanzler (25) wies Altmeier ent-

-
- 20) Karl Martin Graß: Wie Mainz Landeshauptstadt wurde. Der Streit um die Metropole hatte nicht nur politische Gründe, in: MAINZ 1/1981, 2, S. 8-16. Die historischen Voraussetzungen aufgrund der Stellung von Mainz im alten Reich zeigt Helmut Mathy auf in seinem Beitrag "Mainz als Hauptstadt im Wandel der Zeiten", a.a.O., S. 21-31.
- 21) Vgl. Helmut Mathy in: Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz (Territorien-Ploetz), S. 141 ff. Erst durch die Volksentscheide vom 19.1.1975 wurde die Neugliederung nach Art. 29 GG für Rheinland-Pfalz praktisch endgültig abgelehnt.
- 22) Zu den "medienpolitischen Interessen" des Landes s. Küppers (Anm. 10), S. 627-629. Holzamer bezeichnet diese "föderalistische Grundüberzeugung" in Rundfunkfragen als "Kernstück rheinland-pfälzischer Kulturpolitik" (Stationen kultureller Entwicklung, in: Rheinland-Pfalz persönlich, Mainz 1987, S. 288 u. 289).
- 23) Küppers (Anm. 16), S. 628 f. u. 632; vgl. Morsey, Altmeier (Anm. 18), S. 211 f.
- 24) Küppers (Anm. 16), S. 628 u. 629; vgl. Karl Holzamer: Stationen kultureller Entwicklung, S. 287 f. (SWF); Staatsvertrag über den Südwestfunk in der abgeänderten Fassung vom 29.2.1952 ist abgedruckt in: Rundfunk-Gesetze. Textsammlung, bearb. v. Günter Herrmann, Köln/Berlin 1966, S. 129-138.
- 25) Briefwechsel vom 14.11.1951/15.2.1952, veröffentlicht in: Der Fernsehstreit vor dem Bundesverfassungsgericht. Eine Dokumentation des Prozeßmaterials, hrsg. v. Günter Zehner, 1. Bd.,

schieden den Vorwurf Bonns zurück, der Vertrag verletze in seiner ersten Fassung vom 27. August 1951 rundfunkrechtliche Positionen des Bundes nach Art. 73 Nr. 7 GG. Dieser Auffassung Adenauers hatte sich erstaunlicherweise auch die Bundestagsfraktion der im späteren Fernsehstreit so föderalistisch argumentierenden SPD mit einer Interpellation zum 15. November 1951 angeschlossen.(26) Entgegen den Absichten der französischen Besatzungsmacht, des ursprünglichen Initiators des Südwestfunks, wurde nicht Mainz, sondern Baden-Baden Sitz der Anstalt. Mainz erhielt das Landesstudio Rheinland-Pfalz.(27) Dieses rundfunkpolitische Defizit konnte Rheinland-Pfalz erst mit der Ansiedlung des Zweiten Deutschen Fernsehens in seiner Hauptstadt ausgleichen.(28)

Die bedeutendste Rolle wuchs dem Land Rheinland-Pfalz aber in der langjährigen Auseinandersetzung der Länder mit dem Bund um die Rundfunkneuordnung und die Organisation des zweiten Fernsehprogramms zu.(29) Nicht Bayern, dessen Landtag 1949 das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland abgelehnt hatte, sondern Rheinland-Pfalz wurde der hartnäckigste Widersacher der Hörfunk- und Fernsehpläne des Bundes. Sein Ministerpräsident verkörperte geradezu persönlich den Selbstbehauptungswillen der Bundesländer als Gliedstaaten. Für Altmeier kam nur eine öffentlich-rechtliche Organisation des zweiten Fernsehprogramms durch partnerschaftliches Übereinkommen von Bund und Ländern (Staatsvertrag oder Verwaltungsabkommen) in Frage. Rundfunkrechtliche Oberhoheit des Bundes und privatrechtlich-kommerzielle Trägerschaft waren für ihn gleichbedeutend mit dem Verlust an Eigenstaatlichkeit des Landes und föderalistischer Substanz. Als autorisierter Sprecher seiner Kollegen in Rundfunkfragen stand er von Dezember 1957 bis Juli 1960 im Briefwechsel mit dem Bundeskanzler, der zugleich der Bundesvorsitzende seiner, Altmeiers eigener Partei war, und wahrte den Länderchefs anderer Parteizugehörigkeit seine kollegiale Loyalität auch bei den fernsehpolitischen Beratungsrunden auf Unions-Ebene zwischen Dezember 1959 und Juli 1960. In den dramatischen Auseinandersetzungen um die Gründung der Deutschland-Fernsehen-GmbH am 25. Juli 1960 war Altmeier keineswegs das durch Adenauers

Karlsruhe 1964, S. 138-141.

- 26) Interpellation der SPD-Bundestagsfraktion vom 16.10.1951 betr. Staatsvertrag über den SWF (Drucksache Nr. 2692), behandelt in der Plenarsitzung vom 15.11.1951.
- 27) Die Verordnung Nr. 187 der französischen Militärregierung über die Errichtung des SWF hatte Mainz zum Sitz der Anstalt bestimmt (Kieffer, Vom Pulverturm zur Wallstraße, S. 46); § 2 des Staatsvertrages über den Südwestfunk entschied für Baden-Baden. Dem Land Rheinland-Pfalz wurde durch Art. 3 Abs. 1 der Satzung des SWF vom 20.6.1952 (Textsammlung Herrmann, S. 141) ein Landesstudio zugebilligt.
- 28) Holzamer bezeichnet die Ansiedlung des ZDF in Mainz als "eine Wiedergutmachung gegenüber dem Lande Rheinland-Pfalz und seinem damaligen Ministerpräsidenten auf dem Rundfunkgebiet" (Stationen kultureller Entwicklung, S. 288).
- 29) Küppers (Anm. 16), S. 630-647.

angeblichen "Alleingang" überfahrene "Opfer", sondern ein sehr bewußt agierender Herausforderer, der innerparteilich bis an die Grenzen des Bruches ging.(30)

Mit der Gründung des ZDF erreichte die Rundfunkpolitik des Landes ihr Ziel, auch in seiner Hauptstadt eine Rundfunkanstalt zu etablieren - zwar nicht als Landesrundfunkanstalt von Rheinland-Pfalz allein, aber als bundesweit ausstrahlende zentrale Fernsehanstalt aller Länder. Altmeier war vor und während der Ministerpräsidentenkonferenz vom 17. März 1961 Promotor bei den Bestrebungen, aus dem fernsehrechtlichen Sieg für die Länder in Karlsruhe baldmöglichst mit der Gründung einer ARD-unabhängigen, auf ein Kontrastprogramm verpflichteten öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt die Konsequenzen zu ziehen. Als Vorsitzender der auf dieser Konferenz errichteten Fernsehkommission brachte er für die Staatsvertragsberatungen einen Vertragsentwurf der Mainzer Staatskanzlei ein und trieb die Ausarbeitung zügig voran, so daß der Entwurf schon nach knapp drei Monaten zur Stuttgarter Unterzeichnungs-Konferenz am 5./6. Juni 1961 weitgehend unterschriftsreif auf dem Tisch lag.(31)

Aber nicht nur in der juristischen Gründungsphase, sondern auch und gerade in der schwierigen zweiten Phase der praktischen Gründung (Juni 1961 bis März 1962) (32) stand Rheinland-Pfalz der jungen, noch nicht geschäftsfähigen Anstalt als Beistand und "Zieh-vater" hilfreich zur Seite. Die Fernsehkommission übernahm unter Führung Altmeiers an Stelle eines Stabes die Leitung der vorbereitenden Aufbaumaßnahmen (15. Juni 1961). Sie richtete eine Geschäftsstelle in der Mainzer Staatskanzlei ein, zu deren Leiter Oberregierungsrat Ernst W. Fuhr berufen wurde (14. Juli 1961). Der Landtag ratifizierte am 11. Juli als erstes Landesparlament den Staatsvertrag und ermächtigte die Landesregierung, dem ZDF einen Kredit in Höhe von 20 Millionen DM zum Ankauf des Grundvermögens und der Fernsehtechnik der "Freies Fernsehen GmbH" in Eschborn bereitzustellen. Am 4. Dezember tätigte das Land für das noch nicht geschäftsfähige ZDF diese Käufe. Bei der konstituierenden Sitzung des Fernsehrates (6. Februar 1962) wurde der SPD-Politiker Jockel Fuchs zu einem der beiden stellvertretenden Vorsitzenden, bei der konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrates (27. Februar 1962) Ministerpräsident Peter Altmeier zum Vorsitzenden gewählt. Beide Gremien konstituierten sich in der Mainzer Staatskanzlei.

Bis weit in die Aufbauzeit des ZDF hinein (z.B. noch auf den Münchener Treffen am 20. Oktober 1965) standen Angelegenheiten der Fernsehanstalt, vor allem die schlechte finanzielle Lage des Un-

30) Vgl. Küppers (Anm. 16), S. 648-651. Aufgrund seiner Forschungsergebnisse kommt K. zu einer gegenüber Steininger und Bausch differenzierteren Bewertung der Kontrahenten und Positionen im Fernsehstreit (s. S. 656, Anm. 106).

31) Küppers (Anm. 16), S. 658 f.; Wehmeier (Anm. 15), S. 28-30 u. 35-45; Katalog (Anm. 9), S. 26-31.

32) Vgl. Wehmeier (Anm. 15), S. 55-80; Katalog (Anm. 9), S. 32-39; Bitz (Anm. 17), S. 7-15.

ternehmens, regelmäßig auf der Tagesordnung der Ministerpräsidentenkonferenzen; der Regierungschef von Rheinland-Pfalz erstattete dazu jedesmal den Bericht.(33)

III. Die Entscheidung über den Sitz des ZDF

Mit der Bestimmung des Staatsvertrages "Die Anstalt hat ihren Sitz in Mainz" (§ 1 Abs. 3) hatte die Rundfunkpolitik des Landes einen respektablen Erfolg erzielt. In seinem Beitrag "So entstand das ZDF" für den SWF-Hörfunk/I. Programm überraschte Jockel Fuchs am 25. März 1988 seine Hörer mit folgenden Erinnerungen: "Immer wieder werde ich gefragt, wie denn eigentlich das ZDF ausgerechnet nach Mainz gekommen sei. Eine sicher berechtigte Frage, auf die ich gern eine Antwort gebe, weil ich die ganzen Vorgänge von Anfang an aus unmittelbarer Nähe miterlebt habe... Die Ministerpräsidenten hatten sich verständigt,(34) daß diejenige Stadt Sitz des ZDF werde, die die Mehrheit der Stimmen der Ministerpräsidenten erhält. Viele Städte waren im Rennen, darunter auch Mainz. Als nach mehrmaligen Abstimmungen keine der Städte die Mehrheit erhalten konnte, sagte eines Tages der damalige Ministerpräsident Dr. Peter Altmeier zu mir: Sie kennen doch den hessischen Ministerpräsidenten Dr. Georg-August Zinn recht gut. Sprechen Sie doch einmal mit ihm, daß er lieber für Mainz stimmen solle, ehe Düsseldorf oder eine andere Stadt zum Schluß das große Los ziehe, zumal Frankfurt in diesem Rennen keine Chance hatte. So saß ich eines Tages mit Georg-August Zinn bei einem Glas Wein zusammen. Nach einigen Stunden und einigen Gläsern Wein war es soweit: Ministerpräsident Dr. Zinn, SPD, und Ministerpräsident Dr. Altmeier, CDU, setzten sich gemeinsam für Mainz ein. Dadurch waren sechs von elf Ministerpräsidenten-Stimmen gesichert und Mainz wurde Sitz des ZDF".(35)

Bezüglich der "mehrmaligen Abstimmungen" noch vor der Stuttgarter Konferenz liegt allerdings ein Irrtum in der Erinnerung von Fuchs vor. Die chronologische Übersicht (36) aller bisher bekanntgewordenen Daten und Fakten in der Sitz-Frage ergibt folgendes Bild:

2. Mai 1961: In einem bisher unbekanntem Vermerk der Hessischen Staatskanzlei für Zinn zur Ministerpräsidentenkonferenz am 4. Mai in Bonn wird ein "Sitz im Raum von Bonn oder Köln" wegen des dortigen "politischen Bundeseinflusses" und der "Präponderanz des Westdeutschen Rundfunks" abgelehnt. Ein Sitz in Frankfurt sei "aus politischen Gründen wünschenswert", aber risikoreich für den Hessischen Rundfunk. Als "Kompromiß" komme Berlin in Frage.

33) Wehmeier (Anm. 15), S. 171-192; Katalog (Anm. 8), S. 48-50 u. 106-109; Bitz (Anm. 17), S. 15-34.

34) Auf der letzten Sitzung ihrer Fernsehkommission zur Erarbeitung eines Staatsvertrags-Entwurfs am 25.5.1961 in Bonn.

35) Abgedruckt bei Bitz (Anm. 17), S. 125 f. (Anhang 12).

36) Zusammengestellt nach der "Chronologie der Ereignisse - Mainz und das ZDF" und dem Dokumenten-Anhang bei Bitz (Anm. 17), S. 5-7 u. 109-119) sowie den "Erinnerungen" von Jockel Fuchs.

Anfang Mai: Nach den Erinnerungen von Jockel Fuchs wird dieser von Altmeier anlässlich einer Landtagssitzung in Mainz gebeten, seine "guten, persönlichen Kontakte zum damaligen hessischen Ministerpräsidenten Zinn zugunsten von Mainz zu nutzen".

4. Mai 1961: Nach einem bisher unveröffentlichten Aktenvermerk des Leiters der Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz, Duppré, treffen sich die Regierungschefs der Unions-regierten Länder vor der Bonner Ministerpräsidentenkonferenz separat im Landeshaus Rheinland-Pfalz. Bezüglich der Sitzfrage sind sich alle Beteiligten einig über die Ablehnung von Berlin und Frankfurt. "Die neue Anstalt dürfe in keiner Stadt ihren Sitz haben, wo bereits eine der bestehenden Anstalten etabliert sei." Nach Erklärung des Desinteresses von Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein wird auf Vorschlag des Kieler Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel einstimmig "Mainz in Aussicht genommen" und Essen als evtl. Ersatzvorschlag vorgesehen. Wegen der Behandlung anderer strittiger Regelungen im Staatsvertrags-Entwurf kommt die Frage des Sitzes der Anstalt auf der Ministerpräsidentenkonferenz selbst offenbar nicht zur Sprache.

Etwa um den 10. Mai 1961: Jockel Fuchs führt nach seinen Erinnerungen mit dem hessischen Ministerpräsidenten Zinn "in einer Weinstube im Rheingau" ein "freundschaftliches Gespräch" u.a. über die Frage "Mainz oder Frankfurt?". Zinn vertritt die Ansicht, "wenn schon Frankfurt keine Aussicht habe, trete er lieber für Mainz ein, denn Mainz als Standort sei ihm schließlich lieber als irgendeine andere Stadt im Norden oder Süden der Bundesrepublik".

12. Mai 1961: Nach der Sitzung der Fernsehkommission in Bonn wird "bei einer Tasse Kaffee" gesprächsweise der Vorschlag Mainz gemacht.

25. Mai 1961: Auf der letzten Sitzung der Fernsehkommission in Bonn kommt es zu einer Diskussion über die Sitzfrage. Der Berliner Senator Günter Klein zitiert eine Äußerung des Bundespressechefs Felix von Eckardt: "Mainz käme doch überhaupt nicht in Frage, da es genau so wie Flensburg aus der Welt läge." Kurt Georg Kiesinger, von Hassel und Altmeier betonen "die Ernsthaftigkeit des Vorschlages ... Wer Frankfurt vorschlage, müsse auch für Mainz sein, denn beide Städte hätten in der Achse des südwestdeutschen Raumes dieselbe geographische Lage". Die "Sitzfrage" wird als "politische Entscheidung" der Ministerpräsidentenkonferenz überlassen. (Bisher unveröffentlichte Niederschrift über die Sitzung der Fernsehkommission in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Bonn)

31. Mai 1961: Der Mainzer Oberbürgermeister Franz Stein wendet sich brieflich an Altmeier. In der Presse sei vor einigen Tagen zu lesen gewesen, Altmeier habe "sich in den letzten Wochen sehr intensiv darum bemüht, die neu zu begründende Fernsehanstalt nach Mainz zu bekommen". Er begrüßt diese Haltung und versichert, daß Mainz das erforderliche Bauland und die notwendigen Wohnungsangebote für diesen Fall zur Verfügung halten werde. (Bisher nur aus-

zugsweise bekannter Brief in den Akten der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz; die Mainzer "Allgemeine Zeitung" berichtet über dieses Schreiben am 3. Juni 1961)

1. Juni 1961: Die Mainzer "Allgemeine Zeitung" meldet: "Mehrheit der Ministerpräsidenten einig: Stadt Mainz soll Sitz der neuen Fernsehanstalt werden."

2. Juni 1961: In einem bisher unbekanntem Aktenvermerk der Hessischen Staatskanzlei für Ministerpräsident Zinn zur Stuttgarter Ministerpräsidentenkonferenz heißt es unter Punkt V/Sitz der Anstalt: Der zu erwartende CDU-Vorschlag "Mainz" sei wegen der Benutzung der Einrichtungen der Freies Fernsehen GmbH "möglicherweise besser als Bonn oder Köln". bzw. der "Raum Bonn-Düsseldorf". Die Stadt Wiesbaden habe angeregt: Verwaltungssitz in Mainz, Studios in Wiesbaden/Unter den Eichen.

5./6. Juni 1961: Auf der Stuttgarter Ministerpräsidentenkonferenz erstattet Altmeier Bericht über die Arbeit der Fernsehkommission am Staatsvertragsentwurf und bemerkt zu § 1: Der Sitz der Anstalt sei offengelassen worden, da "es sich hier um eine letztlich von der Konferenz zu entscheidende Frage handele", die "Gegenstand unserer heutigen Besprechung sein" müsse.

In einer wohl von Ministerialdirektor Duppré verfaßten Aktennotiz vom 8. Juni wird zur Debatte über den Sitz der Anstalt berichtet: (37) Von den CDU/CSU-Länderchefs kommen die Vorschläge Mainz (5 Min.Präs.) und Düsseldorf (Min.Präs. F. Meyers). Die SPD-Länderchefs wenden zum Vorschlag Mainz ein, "die Stadt sei ihnen zu klein, zu provinziell, verkehrstechnisch schlecht gelegen"; sie schlagen Frankfurt vor.

Altmeier weist die Einwände zurück: "Wer für Frankfurt sei, könne nicht gegen Mainz sein." Im übrigen habe der Vorschlag "Mainz" seine Berechtigung. "Rheinland-Pfalz habe keine eigene Anstalt", während Hessen (Frankfurt) und andere Länder bereits Sitz einer Landesrundfunkanstalt seien.

Die 1. (offene) Abstimmung erbringt:

4 Stimmen für Frankfurt	(SPD-regierte Länder)
1 Enthaltung	(Niedersachsen)
6 Stimmen gegen Frankfurt	(CDU/CSU-regierte Länder)

Die 2. (offene) Abstimmung hat das Ergebnis:

5 Stimmen für Düsseldorf	(4 SPD-regierte Länder + NRW)
1 Enthaltung	(Niedersachsen)
5 Stimmen für Mainz	(CDU/CSU-regierte Länder außer NRW)

Min.Präs. Meyers ist - entgegen seiner am Vorabend für eine solche Situation gegebenen Zusage - nicht bereit, auf seinen Vorschlag "Düsseldorf" zu verzichten. Min.Präs. Zinn: Er sei vom Sachlichen

37) S. bei Bitz (Anm. 17), S. 116-119; Wehmeier (Anm. 15), S. 43 f.

her gegen Mainz, vom Persönlichen her aber für Mainz. Man müsse dem Kollegen Altmeier Dank wissen für seine jahrelangen loyalen Verhandlungen, die schließlich zum Vertragsabschluß geführt hätten.

Nach einer kurzen (nach Parteizugehörigkeit getrennten) Beratung erfolgt eine 3. (geheime) Abstimmung mit folgenden Ergebnis:

Mainz:	6
Düsseldorf:	5

Die Entscheidung für Mainz wird von der Konferenz akzeptiert und § 1 Abs. 3 des Staatsvertrages entsprechend formuliert.

Klaus Wehmeier hatte aus der Abstimmungsprozedur den Schluß gezogen, daß die Stimme des niedersächsischen Ministerpräsidenten Heinrich Wilhelm Kopf "den Ausschlag für Mainz gegeben" habe.(38) Ministerpräsident a.D. Franz Meyers bestätigte in seinem Gespräch mit Eberhard Bitz jedoch dessen Vermutung, daß nicht Kopf, sondern Zinn die für Mainz ausschlaggebende 6. Stimme abgegeben habe: "Dies habe Zinn ihm nach der Abstimmung mitgeteilt".(39) Damit sind die diesbezüglichen Erinnerungen von Jockel Fuchs als zutreffend bestätigt worden: "An jenem (Tag im) Juni 1961, dem für Mainz und Rheinland-Pfalz denkwürdigen Sitzungstag der Ministerpräsidenten in Stuttgart, konnten der CDU-Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Dr. Peter Altmeier, und der SPD-Ministerpräsident von Hessen, Dr. Georg-August Zinn, der einzig vernünftigen Entscheidung zum Durchbruch verhelfen."(40)

Die Stadt Mainz nahm die Entscheidung über den Sitz des ZDF mit einem Dankesbrief von Oberbürgermeister Stein an Altmeier vom 7. Juni 1961 zur Kenntnis und kündigte "umgehend konkrete Vorschläge" zu den "räumlichen und baulichen Erfordernissen" an, "die auf unsere Stadt zukommen."(41) Die Suche nach einem geeigneten Gelände für das ZDF-Sendezentrum zur zentralen Unterbringung von Programm, Verwaltung und Technik sollte sich noch sehr schwierig und langwierig gestalten. Die Konkurrenzstadt Wiesbaden brachte sich am

38) Wehmeier (Anm. 15), S. 273/FN 70). Der damalige persönliche Referent des niedersächsischen Ministerpräsidenten und heutige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Gottfried Mahrenholz, bezeugt, daß er seinem Chef nahegelegt habe, den Vorschlag "Braunschweig" einzubringen (s. Allgemeine Zeitung Nr. 293 v. 16.12.1988).

39) Bitz (Anm. 17), S. 119.

40) Fuchs, Erinnerungen, a.a.O. - Der damalige Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund, Hubert Hermans, relativierte auf dem Bonner Kolloquium allerdings die Darstellung von Jockel Fuchs mit dem Hinweis, daß für das Abstimmungsverhalten von Zinn das positive Votum von Rheinland-Pfalz für die SPD-Wahlvorschläge im Richterwahl-Ausschuß des Bundesrates (Besetzung eines Senats des Bundesverfassungsgerichts) ausschlaggebend gewesen sei.

41) Bitz (Anm. 17), S. 7 f.

22. April 1963 mit einer Broschüre "Wiesbaden - das kommende deutsche Fernsehzentrum?" als Standort für die technischen Anlagen des ZDF in Erinnerung.(42)

Begleitet von einem lebhaften Presseecho, mußten sich das ZDF, die Stadt Mainz sowie Ministerpräsident und Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz des öfteren mit dieser Thematik befassen, ehe am 25. Juni 1964 die notarielle Beurkundung des ZDF-Geländevertrags erfolgen konnte.(43) Zum Sendebeginn am 1. April 1963 hatte der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt wiederum versichert, "wie froh wir sind, daß wir diese bedeutende kulturelle Anstalt mit unserer Stadt verbunden wissen".(44)

IV. Das ZDF und die Konsolidierung von Rheinland-Pfalz

In der Ordnung der alten Reichsverfassung war der mainzische Kurstaat territorial gesamtdeutsch verklammert (45) mit dem fränkischen Oberstift um die Nebenresidenz Aschaffenburg, mit dem thüringischen Erfurt und Eichsfeld. Sein Landesherr machte als Erzkanzler für Deutschland seinen Einfluß beim immerwährenden Reichstag zu Regensburg und mit der Vizekanzlei am Wiener Kaiserhof geltend. Die Kirchenprovinz der erzbischöflichen Sancta Sedes Moguntina reichte im Hochmittelalter von Mainz bis Prag und von Verden an der Aller bis Chur in Graubünden. Von der erstiftischen Residenzstadt am Rhein ging dabei in dieses Geflecht von Beziehungen weniger realpolitische Macht als vielmehr kulturelle, geistig-geistliche Strahlkraft hinaus. Der revolutionäre Umbruch des französisch-napoleonischen Zwischenspiels (1792/93 und 1797-1814) hat von dieser Bedeutung wenig übriggelassen.(46) Mainz sank ab auf den Status der Hauptstadt des französischen Donnersberg-Departements und dann der hessen-darmstädtischen Provinz Rheinhessen. Sein Bischof wurde Suffragan des Freiburger Metropolitanverbandes. Die Lande im Raum Mittelrhein-Pfalz wurden zweimal umkämpfte Puffer in deutsch-französischen Konflikten. Erst die Bildung des "Bindestrichlandes" Rheinland-Pfalz 1946/47, durch französische Fremdbestimmung entstanden, dann aber von den Rheinland-Pfälzern in einem Prozeß historischer Bewußtseinsbildung politisch angenommen, hat dort wieder eigenstaatliches Leben entstehen lassen.

In diesem Prozeß der Integration und Konsolidierung spielte und spielt auch das ZDF eine Rolle. Als zentrale Länder-Anstalt strahlt es sein Fernsehprogramm bundesweit aus, wendet sich aber

42) Als Faksimile bei Bitz, a.a.O., Anlage (10 S.)

43) Vgl. die Chronik bei Bitz, a.a.O., S. 7-34.

44) Auf der Sitzung des Mainzer Stadtrates am 4.4.1963 (Bitz Anm. 17, S. 28).

45) Vgl. Anton Ph. Brück: Das Erzstift Mainz, in: Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz (Territorien-Ploetz), Freiburg i.Br./Würzburg 1981, S. 49-61.

46) Vgl. in demselben Sammelwerk die Abschnitte "Französische Zeit" (Wolfgang Hans Stein, S. 95-102) und "Vom Wiener Kongreß bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges" (Joachim Kermann/Bertram Resmini, S. 103-130).

nach § 2 Satz 1 des Staatsvertrages an die "Fernsehteilnehmer in ganz Deutschland". Die Funktion der Trägerschaft und der rechtlichen Verantwortung für das Gemeinschaftsprogramm 3sat öffnet ihm seit 1984/87 den gesamten deutschsprachigen Kulturraum.⁽⁴⁷⁾ Über heutige Grenzen und Souveränitäten hinweg hat Mainz als Landeshauptstadt damit wieder - in moderner Form mittels eines elektronischen Mediums - seine alte kulturelle Mittelpunktfunktion zurückgewonnen. Man mag darin so etwas wie die Wiedergutmachung eines historischen Unrechts sehen.

Bearbeitete Fassung eines Referates, das am 9.5.1989 im Rahmen des Kolloquiums "40 Jahre Bundesrepublik Deutschland - Beiträge des Landes Rheinland-Pfalz" in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Bonn gehalten wurde.

47) Zur Auslegung der gesamtdeutschen Bestimmungen von § 2 des ZDF-StV vgl. in dem von Ernst W. Fuhr hrsgg. "ZDF-Staatsvertrag", Mainz 1985², S. 99-112. - Der endgültige 3sat-Vertrag vom 16.12.1987 bezeichnet es als die gemeinsame Aufgabe der drei Vertragspartner ORF, SRG und ZDF, "ein Satellitenprogramm mit kulturellem Schwerpunkt für den deutschen Sprachraum zu veranstalten" (§ 2 Abs. (1) und weist "die Trägerschaft und die rechtliche Verantwortung für 3sat" dem ZDF zu (§ 1 Abs. (3)).

20. JAHRESTAGUNG IN KOBLENZ

Eröffnung, Geschäftsbericht, kritische Rückschau und Kamingespräch

Zur Eröffnung der 20. Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte begrüße ich Sie, die Mitglieder und Gäste, herzlich. Seien Sie bedankt, daß Sie zu dieser Jahrestagung nach Koblenz an den Sitzort eines Studios des Südwestfunks gekommen sind. Herrn Dieter Lau, den Direktor des Landesstudios Rheinland-Pfalz in Mainz, begrüße ich als Mitveranstalter und Gastgeber dieser Jahrestagung; nicht erst seit der Gründungsversammlung im Jahre 1969 in Ludwigshafen hat der Südwestfunk den Studienkreis tatkräftig unterstützt. Wilhelm Treue, der Ehrenvorsitzende des Vereins, wird in seinem nachfolgenden Referat bekennen, welche Rolle der Südwestfunks bei der Gründung des Vereins spielte. Es ist gewiß kein Zufall, daß die heute zu eröffnende Jahrestagung bereits die vierte im Sendegebiet des Südwestfunks ist und wir dabei doch noch nie eine Jahrestagung in Baden-Baden hatten: zweimal tagte der Studienkreis nach der Gründungsversammlung in Ludwigshafen in Mainz, 1972 und 1985, beidemale aber als Gast des ZDF; die 8. Jahrestagung 1977 fand in Tübingen, dem Sitzort eines weiteren SWF-Landesstudios, statt. Dem Südwestfunk gilt unser erneuter Dank für die Unterstützung der 20. Jahrestagung.

Die Wahl des Tagungsortes Koblenz war im Studienkreis schon seit Jahren im Gespräch, wobei neben dem Sitzort des SWF-Studios noch das Bundesarchiv und seine rundfunkbezogenen Archivbestände lockten. Inzwischen sind beide Institutionen in Neubauten untergebracht; der Südwestfunk nutzte vor einigen Jahren den Neubau des Kreishauses Mayen-Koblenz zur Einrichtung moderner und gut ausgestatteter Studioräume, der Neubau des Bundesarchivs wurde im November 1986 eingeweiht. In zweifacher Weise ist der Tagungsort Koblenz eine Premiere; einmal für den Studienkreis, denn zum ersten Mal seit der Gründungsversammlung tagen wir wieder ohne unmittelbare örtliche Anlehnung an die Einrichtungen einer Rundfunkanstalt oder eines Landesfunkhauses. Zum anderen ist diese Veranstaltung eine Premiere für das Bundesarchiv, denn zum ersten Mal findet eine mehrtägige Tagung mit etwa hundert Teilnehmern in diesem Gebäude statt. Sollte die Organisation noch nicht unter allen Aspekten befriedigend, der Service weniger als optimal empfunden werden, bitte respektieren Sie dennoch den guten Willen der Mitarbeiter in Haustechnik und Verwaltung, die ihr Bestes geben, aber sich auch noch lernen müssen.

An dieser Stelle begrüße ich besonders herzlich die Freunde des Studienkreises aus dem Ausland, aus den Niederlanden, aus Österreich und aus der Schweiz, die uns seit vielen Jahren die Treue halten. Schließlich begrüße ich mit Freude über ihr Kommen den Ehrenvorsitzenden des Vereins und langjährigen Vorsitzenden Prof. Dr. Wilhelm Treue und eines der Gründungsmitglieder des Vereins, meinen Amtsvorgänger Präsidenten des Bundesarchivs a.D. Prof. Dr. Hans Booms.

Die Eröffnung der Jahrestagung gibt dem Vorsitzenden an wechselnden Tagungsorten jeweils die Gelegenheit, einige Anmerkungen zur Situation und zur Geschichte der Medien vor Ort zu machen. In Bremen bei der vorausgegangenen 19. Jahrestagung war mir diese Aufgabe vom Programm abgenommen worden; dort hatten wir die Kommunikationslandschaft Bremen ausdrücklich thematisiert. Hier in Koblenz kann ich an die seit einigen Jahren geübte Praxis wieder anknüpfen.

Der Medienort Koblenz wird von jeher von der geographischen Situation an der Schnittstelle von West-Ost- und Nord-Süd-Verkehrswegen, durch den Zusammenfluß von Rhein und Mosel geprägt. Die "Kommunikationslandschaft" von Koblenz wird insoweit seit den Tagen der Römer in Germanien von "Durchreisenden", zivilen wie militärischen, bestimmt. Folglich gehört die mündliche Kommunikation, gehören Kneipengespräche, selbst Bargeflüster in Koblenz selbstverständlicher zum Alltag als anderswo. Daran ändert die Zentralfunktion als Verwaltungsort bis in die heutige Zeit wenig; Koblenz ist nach wie vor auch eine Garnisonsstadt beträchtlicher Größe.

Koblenz ist aber selbstverständlich auch eine Stadt der Presse - bis heute gab es seit dem 17. Jahrhundert, wenn ich es recht sehe, 76 verschiedene hier gedruckte bzw. hier redigierte Tages- und Wochenzeitungen. Unter Einschluß von Ehrenbreitstein, dem eigentlichen Residenzort der Kurfürsten von Trier bis ins 18. Jahrhundert, waren es sogar 80 Zeitungen! Statt sie an dieser Stelle aufzuzählen, kann ich auf eine ordentliche Monographie verweisen, nämlich auf die "Koblenzer Pressechronik" aus der Feder des ehemaligen Chefredakteurs der Rhein-Zeitung Helmut Kampmann, die 1988 im Mittelrhein-Verlag erschienen ist. Als unumgänglich empfinden an dieser Stelle indessen viele von Ihnen den Hinweis auf Joseph Görres, der im Jahre 1798 hier in Koblenz seine journalistische Karriere als 22jähriger mit der Herausgabe einer Monatsschrift "Das rothe Blatt" begonnen hatte. Er setzte sich mit seinen Freunden in Patriotischen Club für die Errichtung einer cisrhenanischen Republik nach den Grundsätzen der französischen Revolution ein. Da der junge Görres gegen Willkür und Inkompetenz der neuen französischen Verwaltung anschrieb, zog er die Aufmerksamkeit von deren Zensurbehörden auf sich. Vorübergehend konnte er mit einer neuen Monatsschrift, "Der Rübezahl", auf die Verfolgung antworten, dann aber folgte die juristische Ausschaltung des unbequemen Republikaners. Erst wenige Wochen nach dem für das 19. Jahrhundert definitiven Abzug der Franzosen vom Rhein wurde der Journalist Görres wieder tätig; am 23. Januar 1814 erschien die erste Ausgabe der von ihm herausgegebenen Zeitung "Rheinischer Merkur", die Napoleon bald als "fünfte Großmacht" bezeichnen sollte. So willkommen die scharfe Stellungnahme der großen politischen Zeitung gegen Napoleon auch in Preußen und in anderen deutschen Staaten begrüßt wurde, die eindeutige Option für eine freiheitliche Verfassung in einem künftigen Deutschen Reich unter klaren föderalistischen Vorzeichen wie die liberale Grundtendenz der Zeitung führten bald zu erheblichen Schwierigkeiten mit der Zensur. Im Januar 1816 wurde

der "Rheinische Merkur" durch die preußische Regierung verboten, noch für viele Jahrzehnte sollte die Pressefreiheit ein kaum erreichbares politisches Ziel bleiben.

Verlockend wäre für mich, an manch anderes kurzlebige Presse-Produkt aus der Zeit der Revolution von 1848/49 oder auch während der ersten Jahre der Weimarer Republik zu erinnern. Seit 1921 erschien in Koblenz die von der französischen Hohen Kommission 1919 in Mainz gegründete Wochenzeitung "L'Echo du Rhin", die erst im Oktober 1925 ihre Werbung für Frankreich im besetzten Rheingebiet aufgab und ihr Erscheinen einstellte. Von Hans Adam Dorten herausgegeben erschien von 1921 bis 1924 auch die Tageszeitung "Rheinischer Herold", die als Zeitung der Separatisten für die Neugründung einer rheinischen Republik eingetreten war. Stattdessen beschränke ich mich in meinen Hinweisen auf die jüngsten Epoche, auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine erste Lizenz erhielt der auch in der Rundfunkgeschichte bekannte Anton Tilmann Veit für den von August 1945 bis April 1946 erscheinenden "Mittelrhein-Kurier". "Unüberwindliche Schwierigkeiten" im Verhältnis zur Militärregierung führten zu Beginn des Jahres 1946 zur vorübergehenden Internierung Veits. Unterdessen erhielten Peter-Josef Stein, Walter Twer und Erich Schneider, die sämtlich bereits im "Mittelrhein-Kurier" mitgearbeitet hatten, eine Lizenz für die Herausgabe der "Rhein-Zeitung", die erstmals am 20. April 1946 erschien. Sie entwickelte sich im Laufe der Jahrzehnte zur bedeutendsten Tageszeitung im nördlichen Rheinland-Pfalz und erscheint heute mit einer Fülle von Nebenausgaben.

Eine andere Koblenzer Zeitungsgründung der unmittelbaren Nachkriegszeit ist von überregionaler Bedeutung, die für Franz Albert Kramer lizenzierte, am 15. März 1946 erstmals erschienene Wochenzeitung "Rheinischer Merkur". Sie verlegte schon 1951 den Sitz der Redaktion nach Köln, später nach Bonn, wurde aber weiterhin in Koblenz gedruckt. Daneben gab es andere, z.T. recht kurzlebige Zeitungsgründungen, u.a. solche rein parteipolitischer Prägung. Unerlässlich für die Koblenzer Presse-Situation der Gegenwart ist es, auf den seit 1964 erscheinenden "Koblenzer Schängel" zu verweisen, ein Anzeigenblatt mit unverwechselbarem Informationswert für die Bürger, insbesondere der eigenständigen lokalen Recherche wegen.

Koblenz ist auch ein Ort des Rundfunks; die Rundfunkgeschichte der französischen Besatzungszone begann nicht in Baden-Baden, sondern in Koblenz. Hier hatte die Militärregierung den nahezu unbeschädigten Funkturm des ehemaligen Nebensenders des Reichssenders Frankfurt vorgefunden. Lizenznehmer wurde Anton Tilmann Veit, der Zeitungsverleger, der, mit ungewöhnlichem Organisationstalent begabt, die Falckenstein-Kaserne in Koblenz-Lützel zum Studio ausbaute. Am 14. Oktober 1945 setzte der regelmäßige Programmbetrieb von Radio Koblenz ein, doch schon am 31. März 1946 wurde der private Verleger-Rundfunk Veits in den Südwestfunk integriert. Mit der Verlegung des Sitzes der Landesregierung von Koblenz nach Mainz folgte die Errichtung des Landesstudios Rheinland-Pfalz in

der Landeshauptstadt, das sich am 1. September 1951 erstmals mit eigenem Programm und dem Koblenzer Pausenzeichen meldete. Seit jener Zeit fühlt sich das nördliche Rheinland-Pfalz im Programm des Landesstudios in Mainz eigentlich zu wenig berücksichtigt, während die Kollegen in Mainz und in Baden-Baden sich wohl nicht immer vorstellen können, daß journalistische Arbeit im Westerwald, in Eifel und Hunsrück keine Idylle ist.

Schließlich gehört zur Realität der Medien in Koblenz die Nachricht vom Beginn des privaten Fernsehens in dieser Stadt, das 1982 mit der primär von dem Mittelrhein-Verlag finanzierten, von der Firma Rotavision produzierten Stadt-Straßen-Fernsehen begann. Es produzierte halb- bis einstündige Lokalberichte. Die Entscheidung von Rotavision für die Einrichtung eines eigenen Programmfensters bei RTL entzog dem Stadt-Fernsehen jedoch bald wieder die Grundlage. Der Mittelrhein-Verlag ist indessen dem privaten Rundfunk weiterhin eng verbunden. Seit dem 1. Mai 1986 sendet Studio Rheinland täglich 6 1/2 Stunden Unterhaltungsprogramm auf UKW - nach der Selbstaussage mit guter Resonanz und langfristiger Wirkungsperspektive.

Medienstadt Koblenz? Über die Lebensfähigkeit der privaten Zeitungsverlage wie der Rundfunkprogramme entscheidet mittel- und längerfristig gewiß nicht allein das Interesse der werbenden Wirtschaft, sondern allein die Qualität der journalistischen Arbeit. Der "Rhein-Zeitung" ist inzwischen der Sprung in die Landeshauptstadt gelungen, wo sie am Sitzort der "Allgemeinen Zeitung" seit etwa drei Jahren als "Mainzer Rhein-Zeitung" erscheint. Chefredakteur ist seit wenigen Jahren in Koblenz Hans Peter Sommer, der zuvor längere Zeit in gleicher Funktion die "Saarbrücker Zeitung" mit beachtenswertem journalistischem Qualitätsanspruch geführt hatte und nach wie vor um die Stärkung der Recherchenkapazität bei der Rhein-Zeitung bemüht bleibt.

Die 20. Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte eröffne ich nach dem erfolgreichen Auftakt des gestrigen Kaminabends nun auch förmlich. Die Leitung des Vormittags liegt bei Kollegen Dr. Fritz Hufen.

F.P. Kahlenberg

Aus der Arbeit des Vorstandes
Geschäftsbericht für die Mitgliederversammlung
am 22. September 1989

In der zwanzigjährigen Geschichte des Studienkreises erlebte der Verein bislang zehn Wahlperioden. Für die heute endende zehnte Wahlperiode erstatte ich für den in der Mitgliederversammlung in Frankfurt a.M. am 25. September 1987 gewählten Vorstand dem Souverän des Vereins, der heutigen Mitgliederversammlung, den Geschäftsbericht. Nach dem Referat des Ehrenvorsitzenden Wilhelm Treue, nach den Beiträgen der Kollegen Walter Först und Winfried B. Lerg und nach meinem eigenen Versuch einer Zwischenbilanz der Rundfunkgeschichte während dieser 20. Jahrestagung erbitte ich an dieser Stelle Ihr Verständnis, wenn ich keine weiteren Erklärungen zum Selbstverständnis des Vereins und des heute scheidenden Vorstands abgebe.

In der Mitgliederversammlung des Jahres 1987 teilte ich mit, daß die Zahl der Mitglieder bei gleichbleibender Fluktuation um 400 Personen schwanke. Ohne eine ausdrückliche, in anderen Vereinen und gelehrten Gesellschaften durchaus übliche Werbeaktion hat sich die Mitgliederzahl während der letzten zwei Jahre kräftig erhöht; sie beträgt heute nach Auskunft des Schriftführers 470 Personen. Die erfreuliche Steigerung, die für die Anziehungskraft der Vereinsziele wie der praktischen, aktuellen Arbeit zeugt, konnte dank des Engagements vieler Einzelmitglieder, dank ihrer werbenden Gespräche erreicht werden. Dafür dankt Ihnen der Schatzmeister, dafür dank Ihnen der Vorstand mit großem Respekt für Ihre Organisationskraft.

Der Studienkreis beklagt den Tod zwei seiner Mitglieder. Im August 1988 verstarb viel zu jung im 38. Lebensjahr unser Freund August Soppe, zuletzt Mitarbeiter im Deutschen Rundfunkarchiv. In dieser Woche, am 19. September 1989, beerdigten wir in Mainz Ludwig Kroll, Mitarbeiter in den Archiven des ZDF seit 1962, von 1973 bis 1979 deren Leiter. Ludwig Kroll gehörte dem Vorstand des Studienkreises von 1973 bis 1979 als dessen zweiter Vorsitzender an. In unserer Erinnerung bleiben die Kollegen lebendig.

Während der zurückliegenden Wahlperiode tagte der Vorstand elfmal, viermal in Köln am Sitzort des Schriftführers, je zweimal in Koblenz und in Grünberg, daneben in Frankfurt a.M., in Mainz und in Bremen. Vorstandssitzungen dienen nicht nur der inhaltlichen Vorbereitung der Kolloquien und Jahrestagungen, sie geben stets auch Gelegenheit zum Informationsaustausch über jüngste Entwicklungen rundfunkgeschichtlicher Forschungsarbeiten an unterschiedlichen Plätzen. Daß sie für einzelne Vorstandsmitglieder zugleich auch ein Ort der Orientierung in rundfunkpolitischen Fragen sein können, braucht nicht unerwähnt zu bleiben.

Mit dem Ablauf der 10. Wahlperiode bittet der Vorstand um die Entlatung durch die Mitgliederversammlung und scheidet aus dem Amt. Für die nachfolgenden Neuwahlen stehen aus dem bisherigen Vorstand

die Kollegen Dr. Harald Heckman und Dr. Arnulf Kutsch nicht mehr zur Verfügung. Kollegen Heckmann danke ich an dieser Stelle für lange Jahre seiner Tätigkeit in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden, vor allem auch persönlich für manch guten Rat, der nicht zuletzt Personalfragen und Einschätzungen für mich schwer zu beurteilender Vorgänge betraf. Ich benutze gleichzeitig die Gelegenheit, Herrn Heckmann namens des Vereins, der Mitgliederversammlung und des Vorstandes für die zuverlässige und regelmäßige Unterstützung des Deutschen Rundfunkarchivs und seiner Mitarbeiter bei der Produktion der MITTEILUNGEN zu danken. Ohne die konkrete Sachhilfe, die der Verein daneben auch durch den WDR und den NDR erfährt, wäre unsere Zeitschrift, die inzwischen im 15. Jahrgang erscheint, kaum zu realisieren. Dr. Heckmann, der weiterhin als Vorstand des DRA tätig ist, wird auch dem neuen Vorstand des Studienkreises gemäß Satzung als Beisitzer angehören.

Hingegen scheidet der Kollege Arnulf Kutsch definitiv aus der Vorstandsarbeit aus, wozu ihn die Rücksicht auf die vermehrten Belastungen zwingt, die sich aus seiner Lehrtätigkeit wie aus seinen wissenschaftlichen Projekten ergeben. Das große Engagement von Kutsch für die Rundfunkgeschichte, für die Ziele wie die Arbeit des Vereins ist vielen von Ihnen, nicht zuletzt aus früheren Kolloquien in Grünberg, bekannt. Ich erinnere an dieser Stelle ausdrücklich an das von Arnulf Kutsch gemeinsam mit Wolf Bierbach und Joachim Drengberg verfaßte Memorandum zur Arbeit des Studienkreises von Winter 1986/87 (MITT. 13/1987, S. 103-108) und an seinen Anteil an der inhaltlichen Vorbereitung dieser wie der zurückliegenden Jahrestagungen. Für seine wissenschaftlichen Aufgaben, für seine Zukunft wünschen der Vorstand wie die Mitgliederversammlung Herrn Kutsch jeden Erfolg. Gemeinsam mit den Kollegen der Redaktion der MITTEILUNGEN hoffe ich sehr, er möge seine für uns an dieser Stelle ganz unentbehrliche Arbeit beibehalten.

Forschungsinteressen der Mitglieder können sich in der Fachgruppenarbeit konkretisieren (vgl. § 7 der Satzung). Auch im Rahmen dieser Jahrestagung traf sich wieder die älteste unserer Fachgruppen, die unter der Leitung von Dr. Edgar Lersch tätige Gruppe "Archive und Dokumentation". "Ton- und Bildträgerverzeichnisse der Rundfunkanstalten - Öffentlichkeitsarbeit nur für den Dienstgebrauch?" - aus dieser zugespitzten Frage ist zu erkennen, daß die Benutzbarkeit der Archive der Rundfunkanstalten für alle programmbezogenen rundfunkwissenschaftlichen Forschungsarbeiten ein zentrales Anliegen bleibt. Die Fachgruppe Technik, bisher unter der Leitung des Kollegen Werner Hinz, steuerte zur 19. Jahrestagung in Bremen ein vielerorts beachtetes Symposium zur Alterungsbeständigkeit von Archivmaterialien bei und kündigte nach der gestrigen Sitzung hier in Koblenz weitere vielversprechende Themen zur Behandlung in der Fachgruppe wie in den nächsten Jahrestagungen an. Der Vorstand hofft, daß Herr Hinz trotz seines Rücktritts aus dem Vorsitz der Fachgruppe verbunden bleibt. Gestern tagte unter Leitung von Dr. Reinhold Viehoff auch die Fachgruppe Literatur mit Ludwig Harig als Gast. Sie führte ein Werkstattgespräch, das die Wechselwirkungen zwischen der literarischen Produktion und den Rundfunkarbeiten des Autors erkennen ließ; solche Auseinandersetzungen

zung sollte fortgesetzt werden. Schließlich ist während dieser Jahrestagung ein Treffen der Fachgruppe Musik unter Leitung von Prof. Dr. Rösing für April 1990 in Frankfurt verabredet worden, so daß auch deren Arbeit konkret zu werden verspricht. Nach wie vor bleiben die Mitglieder zur Mitarbeit in den genannten Fachgruppen aufgefordert. Aber auch die von der Satzung gebotene Chance der Bildung von Regionalgruppen sollte genutzt werden können; böte sich eine solche Initiative nicht zum Beispiel in Berlin an?

Während des Berichtszeitraums fanden in Grünberg/Hessen das 16. und 17. Doktoranden-Kolloquium unter Leitung der Kollegen Dr. Walter Klingler und Dr. Rüdiger Steinmetz statt. Als einen Gewinn empfindet der Vorstand, daß aus der Arbeit des Kolloquiums während der 20. Jahrestagung zum zweiten Male das sog. Studentische Fenster mit Berichten über wichtige, vor dem Abschluß stehende Forschungsarbeiten geöffnet werden konnte. Die fördernde und anregende Funktion des Kolloquiums für unsere jüngeren Mitglieder bleibt eine der wichtigsten Aufgaben des Studienkreises überhaupt. Der Vorstand ist den Organisatoren des Kolloquiums, den Kollegen Klingler und Steinmetz, zu besonderem Dank verpflichtet. Auf die Teilnahme möglichst zahlreicher Kolleginnen und Kollegen aus der Programmarbeit der Anstalten und aus den Universitäten hoffen wir für die Kolloquien der kommenden Jahre. Denn es ist der Dialog zwischen den erfahrenen Wissenschaftler und Praktikern auf der einen Seite, dem studentischen Nachwuchs auf der anderen, der den besonderen Anreiz der Kolloquien ausmacht.

Über die 19. Jahrestagung in Bremen im September 1988 und über die laufende 20. Jahrestagung erübrigt sich ein weiterer Bericht. Bereits an dieser Stelle kann aber die Einladung des Saarländischen Rundfunks für die Veranstaltung der 21. Jahrestagung 1990 erwähnt werden. Wir hoffen wiederum für September dorthin einladen zu können. Auch für die Jahrestagung 1991 liegt bereits eine Einladung vor, die vom Kollegen Karl-Friedrich Reimers an der Hochschule Fernsehen und Film in München ausgesprochen wurde. Der neu zu wählende Vorstand wird sich schon bald der Vorbereitung der beiden folgenden, der 21. und 22. Jahrestagung des Studienkreises zu widmen haben, wobei die Chance der Einbeziehung von Themen über private Rundfunkveranstaltungen beachtet werden sollte.

Vom Engagement der Mitglieder für die Rundfunkgeschichte zeugen am zuverlässigsten die MITTEILUNGEN, deren 14. Jahrgang 1988 abgeschlossen wurde und die 1989 in ihrem 15. Jahrgang stehen, wie stets in der verantwortlichen Redaktion des Kollegen Walter Först. Ihm wie den Kollegen im Deutschen Rundfunkarchiv, im WDR und im NDR gebührt der Dank des Studienkreises für die regelmäßige Produktion und den Versand der Vierteljahreshefte. Selbstverständlich wünschten wir uns noch viel mehr Abonnenten als wir Mitglieder haben. Aber viel wichtiger bleibt die Bereitschaft der Mitglieder zur regelmäßigen Mitarbeit, zu der der scheidende Vorstand erneut auffordert. Nützen Sie die Möglichkeiten der Satzung, der Veranstaltungen, der Veröffentlichungen des Studienkreises auch in der Zukunft!

F.P. Kahlenberg

Wilhelm Treue
ANMERKUNGEN ZUR GRÜNDUNG DES STUDIENKREISES

Zwanzig Jahre nach der Gründung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, also nach einer Zeitspanne, in der ein Mensch Kindheit und Jugend hinter sich gelassen hat und zu einem Erwachsenen geworden ist, soll ich Ihnen etwas über die nicht einfache Geburt dieses Studienkreises berichten - als Historiker, als Zeitzeuge, als Beteiligter. Weil aber Institutionen wie unser Studienkreis nicht nur eine Geschichte, sondern auch eine Vorgeschichte haben, möchte ich mit dieser anfangen.

Im Herbst 1966 hatte ich mit Hilfe der Fritz Thyssen-Stiftung zu einem Assistenten-Kolloquium in der Universität Hohenheim eingeladen. Themen des Kolloquiums waren u.a. "Die Geschichte des Pfluges" und "Die Geschichte der Düngemittel-Industrie". Die letztere gibt es übrigens auch heute noch nicht. Am Rande dieses Kolloquiums schlug der damalige Privatdozent und Archivar der Hochschule Hohenheim, Dr. Willi A. Boelcke, der gerade eine interessante rundfunkhistorische Studie veröffentlicht hatte, einem Doktoranden von mir, Wolfgang Hempel, vor, nicht über den "Adel als Unternehmer" zu promovieren, sondern sich beim Südwestfunk vorzustellen, dort die Geschichte dieser Rundfunkanstalt zu dokumentieren und über sie seine Doktorarbeit zu schreiben. Der Südwestfunk machte Herrn Hempel ein Angebot, ich stimmte dem neuen Thema zu und erfuhr auf diese Weise im Laufe des ersten Halbjahres 1967 viel über die Archivsituation in den Rundfunkanstalten. Auf dieser Basis kam mir bald der Gedanke, am Rande des Historikertages 1967 in Freiburg ein Kolloquium zur Rundfunkgeschichte und zur Funktion der Rundfunkanstalten als Chronisten des Zeitgeschehens zu veranstalten. Ich machte einen entsprechenden Vorschlag, der von dem damaligen Hauptabteilungsleiter Öffentlichkeitsarbeit des Südwestfunks, Horst Scharfenberg, und dessen Intendanten, Helmut Hammerschmidt, aufgegriffen wurde.

Am 11. Oktober 1967 fand ein solches Kolloquium im Landesstudio Freiburg des Südwestfunks statt mit dem Titel: "Die Rundfunkanstalten als Faktoren der Geschichte und als Objekte der Geschichtswissenschaft". Teilnehmer an der Gesprächsrunde waren zwei Intendanten, nämlich Hans Bausch und Helmut Hammerschmidt, leitende Mitarbeiter des Südwestfunks, Historiker, Archivare und Soziologen. Ein Protokoll dieses Kolloquiums liegt vor; es ist auch heute noch eine interessante Lektüre. Am Vorabend des Kolloquiums saß ich mit Wolfgang Hempel und zwei Studenten zusammen, die als Hilfskräfte damit beschäftigt waren, dem Südwestfunks ein historisches Archiv einzurichten. Ich äußerte den Gedanken, einen Studienkreis zu gründen, um Wissenschaftler und Rundfunkleute zusammenzubringen und die Rundfunkgeschichte voranzutreiben. Es war, wenn ich mich recht erinnere, im Gasthaus "Zum Lamm" in Neuweiler, und die beiden Studenten hießen Ansgar Diller und Bernhard Faber.

Ansgar Diller ist heute Rundfunkhistoriker beim DRA, Bernhard Faber hat eine zeitlang beim Südwestfunk als Rundfunkhistoriker gearbeitet, wurde dann Lehrer und ist bis heute dem Studienkreis treu verbunden geblieben.

Bedeutsam nicht für die Vorgeschichte, aber für die weitere Entwicklung des Studienkreises sollte ein Vorfall sein, der sich während dieses Kolloquiums ereignete. Zu den vielen offiziellen eingeladenen Gesprächsteilnehmern gesellte sich ein den meisten von Ansehen Unbekannter, aber vielen von der Stimme und von seiner journalistischen Arbeit her durchaus nicht Unbekannter: Walter Först, Leiter der Landesredaktion des WDR. Er hatte den Historikertag besucht, von dem Kolloquium erfahren und zum Glück für den späteren Studienkreis die Courage besessen, nicht nur einfach ohne Einladung zu der Gesprächsrunde zu stoßen, sondern sich auch sofort mit an den Tisch zu setzen, an dem die Intendanten Bausch und Hammerschmidt Platz genommen hatten. Zwar erregte er dadurch das Mißfallen des SWF-Intendanten, aber er war auf diese Weise sichtbar anwesend, und es wurde während dieses Abends deutlich: man mußte und konnte Walter Först für die Idee eines Studienkreises gewinnen.

Am Rande des Freiburger Kolloquiums blieb genug Zeit, um zu besprechen, wie man nach diesem ersten Gespräch zwischen Rundfunkpraktikern und Wissenschaftlern weiter verfahren solle. Ein kleiner informeller Kreis - Willi A. Boelcke, Wolfgang Hempel, Horst Scharfenberg, Hans-Joachim Weinbrenner, Vorstand des Deutschen Rundfunkarchivs, und ich - machte sich an die Arbeit. Ich schrieb am 5. November 1967 an den Referenten der Stiftung Volkswagenwerk, Dr. Flitner, einen längeren Brief, in dem ich die Wichtigkeit einer neuen Teildisziplin Rundfunkgeschichte darstellte und fragte, ob sie die Aussicht hätte, von der VW-Stiftung für vier Veranstaltungen ähnlicher Art wie die in Freiburg eine finanzielle Hilfe von insgesamt 10.000 DM zu erbitten. Es ging mir darum, zu vermeiden, daß Rundfunkgeschichte von vornherein mit Zuschüssen der Rundfunkanstalten finanziert würde, die ja besondere Eigeninteressen haben mußten. Herr Flitner winkte eigenartigerweise ab. Ich wandte mich an die Firma Robert Bosch GmbH, die sich schon seit längerer Zeit durch die Förderung wissenschaftlicher Projekte ausgezeichnet hatte, und erhielt die Zusage, die Reise- und Übernachtungskosten für die Teilnehmer einer Arbeitssitzung in Stuttgart im Frühjahr 1968 zu übernehmen.

Wenn ich heute manches Datum nicht präzise nenne, der eine oder andere Name nicht fällt, die eine oder andere Initiative nicht erwähnt wird, so liegt das daran, daß die Akten über die Vor- und Frühgeschichte des Studienkreises noch weit verstreut und nicht in einem Archiv gesammelt sind. Ich muß mich daher bei der Abfassung dieses Berichts auf mein Gedächtnis sowie auf Korrespondenzen und Notizen stützen, die mir erst in jüngster Zeit zugänglich wurden. Vielleicht würde es sich heute schon lohnen, die bisherige Geschichte des Studienkreises im Rahmen einer Magister- oder auch Doktorarbeit zu behandeln. Aber zunächst einmal müßten dafür alle Akten und anderen Unterlagen zusammengetragen werden, und dafür

wende ich mich an den derzeitigen Vorsitzenden des Studienkreises und neuen Präsidenten des Bundesarchivs, Herrn Professor Kahlenberg, mit der Frage, ob das Studienkreis-Archiv nicht seinen Platz im Bundesarchiv finden könnte und sollte.

Auf Einladung des Vorsitzenden der Historischen Kommission der ARD, des SDR-Intendanten Hans Bausch, trafen sich im Februar 1968 in Stuttgart die Mitglieder der Historischen Kommission, u.a. auch die Herren Pater Schmücker (heute unser Ehrenmitglied) und Weinbrenner, ein Vertreter der Robert Bosch GmbH und vermutlich die Historiker v. Aretin/Darmstadt, Kluge/Frankfurt, Morsey/Würzburg, Nitschke/Stuttgart, Pikart/Stuttgart, Schulz/Tübingen und Wehler/Köln. Ich sage "vermutlich", weil ich davon ausgehen muß, daß wohl doch nicht alle die genannten Historiker teilgenommen haben. Ich habe keine Unterlagen über diese Arbeitssitzung gefunden, nur meinen Brief vom 22. Januar 1968 an Herrn Dr. Bausch, in dem ich diesem vorschlug, die eben genannten Wissenschaftler einzuladen. Vermutlich wird es ein Protokoll in den Akten des Süddeutschen Rundfunks bzw. der Historischen Kommission der ARD geben. Vielleicht hat Herr Edgar Lersch Lust, sein Archiv zu durchforsten und einen Aufsatz über diese Arbeitstagung in den MITTEILUNGEN zu veröffentlichen. Eingeleitet wurde sie durch ein Referat von Willi A. Boelcke über "Die archivalischen Quellen zur Rundfunkgeschichte 1923 bis 1945" (veröffentlicht in RUNDFUNK UND FERNSEHEN, 15. Jahrgang 1968, Heft 2). Die Arbeitstagung ermunterte die erwähnte Arbeitsgruppe, die Gründung eines Studienkreises weiter voranzutreiben. Was dann im einzelnen alles mit diesem Ziel getan wurde, vermag ich bei der derzeitigen Quellenlage nicht zu beschreiben. Vieles dürfte im Gespräch und telefonisch erledigt worden sein.

Es muß wohl um diese Zeit der Plan bestanden haben, den Studienkreis schon 1968 zu gründen, denn während eines Englandsemesters im Frühjahr 1968 setzte ich mich mit Professor Asa Briggs in Verbindung, um ihn für einen Vortrag über die Geschichte der BBC zu gewinnen. Asa Briggs schrieb mir am 16. Mai 1968 (ich übersetze): "Haben Sie besten Dank für Ihre Karte, über die ich mich sehr gefreut habe. Im Prinzip würde ich sehr gerne im späten Herbst einen Vortrag über die Geschichte der BBC halten. Aber ich habe einen vollen Terminkalender, so daß wir uns rechtzeitig über das Datum absprechen sollten. Ich freue mich zu hören, daß Sie die deutsche Rundfunkgeschichtsforschung vorantreiben wollen, die mich sehr interessiert. Ich bedaure, daß ich meinen Vortrag englisch halten müßte, da mein gesprochenes Deutsch sehr schlecht ist." Ich schickte diesen Brief mit meiner Notiz an Herrn Hempel, der ihn am 28. Mai 1968 an Herrn Weinbrenner weiterleitete mit dem Hinweis: "Nicht nur wegen des Terminkalenders von Herrn Briggs, sondern natürlich auch wegen der Disposition der übrigen möglichen Teilnehmer an der für den späten Herbst vorgesehenen Konstituierungstagung müßten wir uns möglichst bald entscheiden, wann genau und an welchem Ort diese Tagung stattfinden soll."

Aus einem internen Brief des Hauptabteilungsleiters Scharfenberg an Intendant Hammerschmidt vom 14. Juni 1968 geht hervor, daß "nach einer inzwischen in Frankfurt abgehaltenen Tagung ... eine

Gründungsversammlung des Studienkreises ... nun im Spätjahr 1968" stattfinden sollte. Scharfenberg weiter: "Wir sehen für diese Gründungstagung einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil vor. Der öffentliche Teil findet am Vormittag in Mannheim in der Universität (Wirtschaftshochschule) statt, der nichtöffentliche mittags und nachmittags in Ludwigshafen. Unser Vorschlag für die Programmfolge: Öffentlicher Teil: Begrüßung durch die Gastgeber (Rektor oder Prorektor der Universität sowie Dr. Bausch), Festvortrag Prof. Asa Briggs, weitere Referate evtl. von Herrn Dr. Bausch, Herrn Dr. Boelcke, Herrn Gaus, Frau Prof. Noelle-Neumann, Herrn Prof. Harry Pross o.a. Zu dieser Veranstaltung hätten nicht nur die Mitglieder und Gäste der Gesellschaft, sondern auch Studenten Zutritt. Nichtöffentlicher Teil: Mittagessen im Kasino der BASF mit anschließender erster Mitgliederversammlung. Wir erreichen durch die Wahl Mannheim/Ludwigshafen, daß die Veranstaltung in beiden Sendegebieten stattfindet und zudem am Ort einer Hochschule. Ich darf betonen, daß diese Überlegungen noch völlig intern sind. Mit keiner der in Frage kommenden Stellen oder Persönlichkeiten wurde bisher Verbindung aufgenommen. Lediglich Prof. Briggs wurde von Herrn Prof. Treue, der augenblicklich als Gastdozent in Oxford weilt, gefragt, ob er einen Festvortrag übernehmen wolle, und dies wurde zugesagt. Falls Sie unseren Überlegungen zustimmen, wäre noch zu entscheiden, ob Sie dann einen Brief an Herrn Dr. Bausch schreiben oder ob ich einen solchen an Herrn Weinbrenner schicke." Dieser Brief wurde mir am 23. Juni von Herrn Hempel zugeschickt mit einem Begleitschreiben, in dem ich über den Stand informiert wurde: "Leider hat sich auf meine Briefe vom 21. und 28. Mai 1968 an Herrn Weinbrenner noch nichts gerührt. In einem Telefongespräch vor ca. zehn Tagen sagte mir Herr Weinbrenner zu, mir Nachricht zu geben, sobald Herr Dr. Bausch sich zu unseren Vorschlägen geäußert hätte. Mir ist das insofern etwas unangenehm, als wir ja nach Ihren Vorbesprechungen mit Herrn Prof. Asa Briggs nun bald einen Termin für die Tagung im November nennen müßten. Herr Scharfenberg hat ... den in Kopie beigefügten Brief an Herrn Hammerschmidt geschrieben, der ihn mit auf eine Reise nach Prag genommen hat ... Ich hoffe, daß dadurch vom SWF aus etwas mehr Druck hinter die Sache gemacht wird ..." Hammerschmidt hat den Vorschlag von Scharfenberg an diesen zurück mit dem Vermerk: "Einverstanden, schreiben Sie an Weinbrenner."

Scharfenberg setzte seine Vorschläge in eine Aktennotiz um, die mit Datum von 22. Juli 1968 und mit einem Begleitschreiben unter dem gleichen Datum Herrn Weinbrenner geschickt wurde. Er schrieb: "Lieber Herr Weinbrenner: Ich nehme Bezug auf das Protokoll der Sitzung des vorbereitenden Ausschusses zur Gründung eines Rundfunkgeschichtlichen Forschungskreises vom 6. Mai d.J. von Herrn Hempel. Ich glaube, wir müssen uns langsam an die Durchführung der in Frankfurt/Main am 18. und 19. April d.J. beschlossenen Vorbereitungs-schritte machen, wenn die Gründungsversammlung wirklich noch in diesem Jahr stattfinden soll. Auch muß Herr Prof. Briggs - dessen grundsätzliche Zusage, den Festvortrag zu halten, Ihnen in Photokopie vorliegt (Schreiben vom 16. Mai d.J.) - in Kürze einen verbindlichen Termin genannt bekommen. Gedanken über die Grün-

dungsversammlung wurden in einer Aktennotiz niedergelegt. Es wird Sie interessieren, daß Herr Intendant Hammerschmidt mit meinem Vorschlag einverstanden ist."

Im September 1968 scheinen wir uns damit abgefunden zu haben, daß die Gründung des Studienkreises bis zum Jahresende nicht mehr zustande kommen würde. Einem Brief, den ich am 30. September 1968 an Herrn Prof. Dr. Manfred Schlenke, Historisches Seminar der Universität Mannheim, schrieb, entnehme ich: "Die Reaktion aus dem Kollegenkreis auf meine Bitte um Mitarbeit in dem Studienkreis Rundfunk und Geschichte war außerordentlich positiv. Ich hoffe, Ihnen in Kürze eine Liste der potentiellen Mitglieder zuschicken zu können. Schwierigkeiten gibt es voraussichtlich jedoch hinsichtlich des Termins für die geplante Gründungsversammlung, so daß ich vermutlich vorschlagen werde, diesen auf Ende Februar 1969 zu verlegen."

Es sollte gelegentlich genau festgestellt werden, was der Grund dafür war, daß dann doch ganz plötzlich der Studienkreis Rundfunk und Geschichte gegründet wurde, und zwar nur von den unbedingt erforderlichen sieben Mitgliedern. Denn lt. Vereinsregisterauszug wurde am 27. Februar 1969 in das Vereinsregister des Amtsgerichts Frankfurt (Main) eingetragen:

"Studienkreis Rundfunk und Geschichte, Sitz in Frankfurt (Main)

Vorstand:

Wilhelm Treue, Vorsitzender

Hans-Joachim Weinbrenner, Leiter, Frankfurt (Main),

Stellvertreter Horst Scharfenberg, Journalist, Baden-Baden

Wolfgang Grospietsch, Hauptsachbearbeiter, Frankfurt (Main)

Dr. Willi A. Boelcke, Privatdozent, Echterdingen

Anneliese Betz, geb. Klinge, Archivarin, Frankfurt (Main)

Die Satzung ist am 9. Januar 1969 errichtet."

Verwirrend und für mich nicht mehr nachvollziehbar ist allerdings, daß es außerdem ein Versammlungsprotokoll einer "Gründungsversammlung" vom 22. November 1968 gibt, zu der keine Einladung zu finden ist und offensichtlich nur zwei Personen, die Herren Grospietsch und Weinbrenner, erschienen sind, die den "Verein Studienkreis Rundfunk und Archive" gründeten und dem Protokoll eine Satzung beifügten. Dieses Protokoll ist dann wohl den weiteren fünf Gründungsmitgliedern zugeschiedt worden mit der Aufforderung, den Gründungsvorstand durch schriftliche Erklärung zu bestimmen. Vorgeschlagen wurde ich als Vorsitzender, Horst Scharfenberg als Schriftführer, Herr Grospietsch als Schatzmeister und Herr Dr. Boelcke als Beisitzer. Das Protokoll endet mit der Feststellung: "Herr Weinbrenner ist als Geschäftsführer der Historischen Kommission der ARD ... Vorstandsmitglied (ständiger Vertreter der Vorsitzenden)." Am 7. Januar 1969 fand eine ergänzende Gründungsversammlung wieder nur durch die Herren Grospietsch und Weinbrenner statt, und es wurde protokolliert:

"Die Erschienenen erklären:

In der Versammlung am 22.11.1968 haben wir den oben genannten Verein gegründet und von dem lt. der Bestimmung § 6 der Satzung aus sechs Mitgliedern bestehenden geschäftsführenden Vorstand vier bzw. fünf Mitglieder gewählt.

Wir wählen hiermit als sechstes Vorstandsmitglied und als zweiten Beisitzer im Sinne der Bestimmung § 6 Ziffer 2 der Satzung:

Frau Anneliese Betz.

Die übrigen fünf Gründungsmitglieder des Vereins unterzeichnen, und zwar jedes Gründungsmitglied gesondert, die errichtete Satzung des Vereins und genehmigen ebenfalls in gesonderten Erklärungen die Beschlüsse der Versammlung vom 22.11.1968 und vom heutigen Tag laut den über sie errichteten Versammlungsprotokollen."

Gegründet wurde der Studienkreis demnach schrittweise vom 22. November 1968 bis zum 9. Januar 1969, und er bestand bis zur fälschlicherweise "Gründungsversammlung" genannten ersten Jahrestagung am 10. Januar 1968 in Ludwigshafen aus einem sechsköpfigen Vorstand und einem einfachen Mitglied, unserem heutigen Schatzmeister Wolfgang Hempel.

Das Verfahren, einen Verein mit der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestzahl von sieben Gründungsmitgliedern vorab zu gründen und damit auch die Satzung mit einem Minimum an Diskussion zu verabschieden, hatte vermutlich seinen Grund in der damaligen Situation an den Hochschulen. Wir befanden uns im Winter 1968/69. Die Gründer wollten wohl vermeiden, daß auf einer personell zahlreich besuchten und vielleicht auch "besetzten" Gründungsversammlung eine endlose, sehr kontrovers geführte Satzungsdebatte den gesamten Veranstaltungsablauf durcheinanderbringen würde.

Ich nähere mich dem Ende meiner auf 15 Minuten begrenzten Redezeit, die ich nur wenig überschreiten möchte. Darum kann ich auf die Vorbereitung zur ersten Jahrestagung des Studienkreises, die also nicht ganz richtig als "Gründungsversammlung" bezeichnet wurde, und auf deren Ablauf nur kurz eingehen. Das umfangreiche Protokoll dieser Tagung am 10. Juni 1969 ist noch in einigen Exemplaren verfügbar, die beim Tagungssekretariat ausliegen. Horst Scharfenberg bereitete mit seinen Mitarbeitern die Ludwigshafener Tagung sorgfältig vor. Unterstützung fanden wir bei der BASF, der Stadt Ludwigshafen und wieder bei der Robert Bosch GmbH, die dem Studienkreis für eine Anfangsfinanzierung einen Betrag von 3.000 DM zusagte. Der erste Etat des Studienkreises war von den fünf Stamm-Mitgliedern Boelcke, Hempel, Scharfenberg, Treue und Weinbrenner mit jeweils 100 DM Darlehen vorfinanziert worden.

Das Programm mußte immer wieder modifiziert werden, weil Referenten absagten. Noch am 24. März 1968 wurde mit dem Festvortrag von Asa Briggs gerechnet, der dann aber am 16. April wegen Terminschwierigkeiten absagte. Das geplante Referat "Geschichte der RAI" von Dr. Gian Franco Zaffrani mußte entfallen. Am 22. Mai, also 20

Tage vor der Versammlung, schrieb Hans-Joachim Weinbrenner an Horst Scharfenberg: "Wie ich Herrn Hempel gegenüber schon zum Ausdruck brachte, habe ich doch gewisse Bedenken zu unserer Veranstaltung in Ludwigshafen. Außer von Herrn Prof. Dr. Wilhelm Treue liegt keine Zusage von einem profilierten Redner vor. Der Versand der Einladungen läßt im großen und ganzen offen, was im eigentlichen dort zu erwarten ist."

Sie sehen, meine Damen und Herren, die Situation, in der sich der Vorstand des Studienkreises auch heute manchmal vor einer Jahrestagung befindet, hat eine alte Tradition. Erst am 23. Mai 1969 ging bei mir die Zusage von Dr. Hans Bausch ein, an der Tagung teilzunehmen und ein Grußwort zu sprechen. Durch die Vermittlung von Günther Bungert, Unterhaltungschef des SWF, konnte statt Asa Briggs Carl Brinitzer mit einem Vortrag "Zur Geschichte der Rundfunkpropaganda im Zweiten Weltkrieg - BBC gegen Goebbels" verpflichtet werden, nachdem ich vorher am 11. Mai noch versucht hatte, Sefton Delmer für ein Referat zu diesem Thema zu gewinnen. Durch Vermittlung meines Freundes Professor Brusatti, Wien, gelang es, am 21. Mai eine Zusage von Herrn Dr. Alexander Giese, Hauptabteilungsleiter Kultur, Wissenschaft und Volksbildung beim Österreichischen Fernsehen, für einen Vortrag "Zur Geschichte des Österreichischen Rundfunks" zu erhalten, und der Präsident der European Broadcasting Union, J.H. Broeksz, bestätigte mit Schreiben vom 19. Mai, daß der Direktor des Office Administratif der Europäischen Rundfunk Union, Herr H. Hahr, über "Aufbau und Organisation der EBU" sprechen würde., Die endgültige Einladung mit dem Programm wurde buchstäblich in letzter Minute gedruckt und verschickt. Wir waren gespannt, ob die Veranstaltung in Ludwigshafen ein Reinfluss werden würde oder ein wirklicher Beginn.

Als sich am Morgen des 10. Juni 1969 der Kammermusiksall im neuen Pfalzbau langsam erfüllte und eine stattliche Zahl von ca. 150 Teilnehmern zusammenkam, fielen den sieben Gründungsmitgliedern sieben Steine vom Herzen. Unter denen, die da zusammengekommen waren, befand sich übrigens auch Winfried B. Lerg, der also seit diesem 10. Juni 1969 Zeitzeuge für die Geschichte des Studienkreises ist und Ihnen noch heute Vormittag in einer kritischen Rückschau über die vergangenen 20 Jahre berichten wird.

Bevor ich nun diesen Platz dem Präsidenten dieses Hauses, Herrn Professor Kahlenberg, überlasse, möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß wir diesen Namenstag des Studienkreises als Gäste des Bundesarchivs und des Südwestfunks in Rheinland-Pfalz feiern dürfen - und möchte mich beim Südwestfunk dafür bedanken, daß er die Pläne und die Realisierung des Studienkreises von Anfang an gefördert und aktiv begleitet hat: Im südlichen Teil der Bundesrepublik 1967 durch das Freiburger Kolloquium, in Ludwigshafen 1969 durch die Gründungsversammlung, 1977 in Tübingen durch Ausrichtung einer Jahrestagung mit einem wichtigen Referat des damals neuen Intendanten Willibald Hilf und jetzt, 1989, in Koblenz mit der Jubiläumstagung. Ich möchte aber auch noch einmal ausdrücklich den Wirtschaftsunternehmen danken, die die Gründung und den Aufbau des Studienkreises von Anfang an finanziell und

personell aktiv begleitet und gefördert haben. Ohne das persönliche Engagement von Dr. Egon Braun, damals Vorstand der Abteilung Publizistik, Kultur- und Bildungswesen der Robert-Bosch-GmbH, und seines Nachfolgers Götz Küster, ohne die Hilfsbereitschaft des BASF-Direktors für Öffentlichkeitsarbeit, Prof. Dr. Albert Oeckl, Ihnen allen bekannt durch den "Oeckl", das Taschenbuch des öffentlichen Lebens, und seines für das Unternehmensarchiv und die Hauszeitschrift zuständigen Mitarbeiters Dr. Gerhard Wolf hätten wir die Gründungsvorbereitungen und die erste Tagung vor 20 Jahren in Ludwigshafen nicht abwickeln können. Und es war ein besonderer Glücksfall, daß Gerhard Wolf sich bereit fand, 1969 das Amt als Schatzmeister zu übernehmen. Wolf wurde Anfang 1972 in seinem Amt abgelöst durch den Direktor für Öffentlichkeitsarbeit der Firma AEG-Telefunken, Friedrich Bender. Und es war dann auch Friedrich Bender, der für die Finanzierung des ersten Doktoranden-Kolloquiums in der Sportschule Grünberg sorgte.

Ich wünsche dem Studienkreis, der eines meiner liebsten Kinder ist, weiterhin viele erfolgreiche Jahre wissenschaftlicher Arbeit und den Mitgliedern weiterhin den freundschaftlichen offenen Umgang miteinander, der 20 Jahre lang auch etwas Besonderes an diesem Kreis war. Mir selber wünsche ich, daß Sie mich noch an seiner Arbeit teilnehmen lassen.

Winfried B. Lerg

KRITISCHE RÜCKSCHAU:

Zwanzig Jahre Studienkreis Rundfunk und Geschichte

Geben Sie mir Pardon, wenn ich diese Rückschau Ihnen einmal nicht als Geschichte des Studienkreises in einer Nußschale anbiete. Wer von Ihnen mein Faible fürs historische und biographische Detail kennt, müßte womöglich aufseufzen, wenn ich mit einer aktensicheren Chronik daherkäme. Gleichwohl möchte ich Sie mit einer kritischen Rückschau herausfordern, allerdings wie ich sie verstehe. Nicht die annotierte Chronologie soll den Leitfaden abgeben, sondern ich möchte Sie zu einem Kreuzsprung verleiten: Von der zukunftsoptimistischen Geschichte des Studienkreises zu seiner geschichtskritischen Zukunft.

Als die Gründer des Studienkreises den Plan für eine wissenschaftliche Vereinigung faßten und diese nach allen Regeln des Bürgerlichen Gesetzbuches satzungsbewehrt am 9. Januar 1969 errichtet hatten, wollten sie nichts Geringeres als die Zukunft der Geschichte eines Mediums in die Hände nehmen und vorhersagbar machen. Nun wissen wir sehr wohl, daß Zukunft zwar immer erwartet wird, aber niemals geschieht. In diesem intellektuellen Dilemma müssen sich die Gründer befunden haben, als sie den Studienkreis auf seine beiden Beine - Rundfunk und Geschichte - stellten. Nicht um die Zukunft der Geschichte geht es mir im folgenden, sondern um die Geschichte dieser Zukunftserwartungen und damit um die Hintergründe für die Entstehung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte. Das ominöse Wort von der Krise des Geschichtsbewußtseins mochte seinerzeit die Gründer umgetrieben haben, ein Bewußtsein, dem sie mit der Frage entgegengetreten sind: Hat die Geschichte überhaupt noch eine Zukunft? Immerhin haben Wissenschaftler und Publizisten das Fragen gelernt. Die Gründer bildeten als historische Wissenschaftler und als publizistische Praktiker ein kongeniales Konsortium, und sie fragten ebenfalls: Was für eine Geschichte wird die Zukunft haben? Damit war der pragmatische Schritt von der Idee zur Wirklichkeit, von Zukunft der Geschichte zur Planung ihrer Wissenschaft getan. Sein Ergebnis war der Studienkreis Rundfunk und Geschichte.

Die Idee seines ersten Vorsitzenden, die Vereinigung "Studienkreis Rundfunk und Wissenschaft" zu nennen, sollte jedoch nicht verwirklicht werden. Ein solcher multidisziplinärer Zukunftsaspekt der Geschichte war den Gründungsmitgliedern dann doch nicht ganz geheuer. Dabei wollte Wilhelm Treue mit dieser Bezeichnung "Rundfunk und Wissenschaft" nur etwas ausdrücken, was für die einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch schon vor zwanzig Jahren eine erkenntnislogische Selbstverständlichkeit war: den Grundsatz der Interdisziplinarität von Lehre, Forschung und Studium. Für wissenschaftliche Vereinigungen indessen galt - damals jedenfalls noch - die traditionelle Maxime der Fachspezialität, der auch und gerade in der deutschen Geschichtswissenschaft gepflegte akademische Zunftgedanke. So mußte es denn (bis heute) beim Studienkreis Rundfunk und Geschichte bleiben. Wir wissen, daß dieses

die Literatur- und Musikwissenschaftler, die Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, ja sogar die Kommunikationswissenschaftler im weiteren nicht stören sollte. Der Studienkreis wurde zu einem Forum. Er bot und bietet, wie es sein erster Vorsitzender gefordert hatte, eine Gesprächsbasis für alle, die an einer Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Rundfunk interessiert sind.

Mit diesem Freifahrtschein von Wilhelm Treue am Hut, eröffnete sich dem Studienkreis ein sehr viel weiteres Wirkungsfeld, als es sich einige Gründer zunächst vorgestellt hatten. War mangelndes Vorstellungsvermögen als Bescheidenheit ausgegeben worden oder sollte Angst vor der Zukunft der Geschichte mit scheinbar risikofreien Aufgabenstellungen gebannt werden? Lassen wir diese Frage hier offen für die Geschichtsschreiber des Studienkreises. Jedenfalls haben sich schon die Mitglieder der Gründungsversammlung mehr vorgenommen, als nur den Rundfunk als Chronist und Quellenproduzent des Zeitgeschehens oder als Verbreitungsmedium historischer Stoffe oder wissenschaftlicher Themen in einem kleinen, ausgesuchten Kreis zu studieren, so wie es wohl einige der frühen Interessenten bei den Gründungsvorbereitungen eine Weile gehofft haben mochten.

Das Konzept der interdisziplinären Öffnung des Studienkreises versuchten seine Gründer mit zwei Strukturvorgaben einzulösen. Einmal durch die allgemeine Formulierung der Voraussetzungen für die Mitgliedschaft: Jede und jeder, der "die Arbeit des Vereins zu fördern bereit ist" (§ 3.1 der Satzung), kann beitreten. Zum anderen sollte durch zahlreiche Fachgruppen die wissenschaftliche Diversifikation gewährleistet werden (§ 7 der Satzung). Nun hätte ein Organisationsanalytiker vorhersagen können, was wir nach zwanzig Jahren wissen: Eine relativ offene Mitgliederorganisation auf der einen Seite und andererseits relativ geschlossene, zielorientierte Kleingruppen, das konnte auf die Dauer nicht gutgehen. Ich möchte hier nicht auf die zahlreichen Versuche der Vorstände und einzelner Mitglieder eingehen, diesem strukturellen Problem unserer Vereinigung beizukommen, sogar mit Satzungsänderungen. Ich möchte ebenfalls die Arbeit der früher einmal existierenden und der heute bestehenden Fachgruppen keinesfalls abwerten. Doch sie leisten als kleine Einheiten, als Suborganisationen, grundsätzlich nichts anderes als das, was ihre Dachorganisationen, der Studienkreis, ebenfalls zu leisten vermag: Sie stellen eine Gesprächsbasis dar, Fachforen für den Austausch unter Fachleuten über ein Fachgebiet der Rundfunkpraxis, der Rundfunkforschung oder der angewandten Rundfunk- und Medienforschung.

Irritationen freilich bereiten immer wieder falsche Erwartungen an die Fachgruppen, bereiten Mißverständnisse über ihre Funktion im Studienkreis, als seien die Fachgruppen exklusive Konventikel, in denen Spezialisten das tun dürfen oder sollen, was der Studienkreis für sich als wissenschaftliche Vereinigung immer und ausdrücklich ausgeschlossen hat: die Entwicklung und Ausrichtung von Forschung. Zugegeben, es gab auch schon Stimmen, die mit derlei Anmutungen dem Studienkreis ein anderes, vorgeblich attraktiveres, auf alle Fälle aber forschungspolitisch eindruckvolleres Gesicht verpassen wollten. Die Vorstände, Beiräte und Mitglieder haben

sich indessen klug und realistisch genug beraten, jenen Stimmen kein Gehör zu schenken. Ohne Zweifel, so wie der Studienkreis heute organisiert ist, kann und soll er nicht als Forschungsinstitution auftreten. Das haben übrigens die Autoren eines Reformpapiers über Aufgaben und Arbeit des Studienkreises genauso gesehen.(1)

Lassen Sie mich gleichwohl in diesem Zusammenhang anmerken, daß es dem Studienkreis selbstverständlich unbenommen sein muß, sein Organisationsziel zu konkretisieren, und zwar in der Weise, daß er sich die zur Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben, "die Erforschung und Darstellung der Rundfunkgeschichte sowie Arbeiten auf alle Rundfunk - (Hörfunk und Fernsehen) bezogenen Wissenschaftsgebiete zu fördern und zu betreiben" (Neufassung des § 2.2 vom 6. April 1972) - daß er sich also die zur Erfüllung dieser satzungsgemäßen Aufgaben erforderlichen organisatorischen Voraussetzungen schafft. Es gibt schließlich ungezählte Forschungseinrichtungen, die als eingetragene Vereine errichtet worden sind. Ich sage Ihnen gewiß nichts Neues, daß inzwischen öffentliche oder Stiftungsmittel für Rundfunk- und Kommunikationsforschung an Universitäten nicht nur nach wissenschaftlichen Kompetenz- oder Leistungsgesichtspunkten, sondern sehr oft nach standortpolitischer Opportunität verschoben werden. Dann muß allerdings die Frage erlaubt sein, ob nicht eine wissenschaftliche Vereinigung wie der Studienkreis sich der Herausforderung stellen und nicht nur als Forschungsförderer, sondern auch als Forschungsbetreiber - um die Worte aus unserer Satzung aufzugreifen - tätig werden sollte.

Sie werden inzwischen bemerkt haben, wohin mich meine "kritische Rückschau" geführt hat: In die Zukunft! Tatsächlich hat die Zukunft eine bestimmte und bestimmbare Geschichte. Sie verpaßt uns zwar nicht immer gleich jenen berüchtigten Schock. Aber die Geschichte der Zukunft lehrt, daß wir es mit einer höchst wirksamen politischen und publizistischen Idee zu tun haben. Nicht von ungefähr erreichte die Welle der Zukunftsforschung auch die Bundesrepublik in jenen Jahren, da der Studienkreis vorbereitet und gegründet worden ist. Sozialwissenschaftler erklärten damals ein Untersuchungsverfahren zu ihrer Königsmethode, das den Namen "Delphi-Befragung" trägt. Humanwissenschaftler verehrten Herbert Marshall McLuhan ob seiner Sprüche, darunter das Diktum: Die Verbesserung der Intuitionen ist eine höchst technische Angelegenheit! Und ein gewisser Harvey Brooks, Physiker (wo anders als am Massachusetts Institute of Technology?) erklärte lapidar: "History is a very poor guide; we have improved" (Geschichte ist ein schlechter Führer; da sind wir schon weiter). Hat die Vergangenheit wirklich keine Zukunft? Die Geschichtswissenschaftler - und nicht nur die deutschen, doch diese ganz besonders, ob ihrer eigenen Geschichte und Wissenschaft - waren einigermaßen ratlos. Sie bedurften dringend eines fachlichen Innovationsschubs, einer renovatio imperii. Eine der zukunftssträchtigen Ideen, die sich einstellten, waren die Rundfunkgeschichte und die Geschichte im Rund-

1) Wolf Bierbach, Joachim Drengberg, Arnulf Kutsch: (Memorandum zu) Aufgaben und Arbeit des Studienkreises. In: MITTEILUNGEN, 13. Jg., Nr. 2/April 1987, S. 103-108.

funk, ganz besonders die Zeitgeschichte im Fernsehen. Nicht von ungefähr galt der Zukunft des älteren Mediums Presse keineswegs das historische Interesse, obwohl, unter dem konventionellen Prinzip der bloßen Aufarbeitung gesehen, sich damals die Geschichte von Zeitung und Zeitschrift als ebenso bedürftig darstellte. Aber offensichtlich vermochte sich seinerzeit die Presse der Geschichtswissenschaft noch nicht als Zukunftsträger verständlich zu machen. Die apokalyptischen Schlagworte vom Vernichtungswettbewerb - noch bedrohlicher: Substitutionskonkurrenz - mit den neuen Medien begannen die Runde zu machen. Schon war der Anfang vom Ende der Bleizeit in Sicht, da gab es auf der Forschungskarte der Presse ungezählte weiße Flecken, aber keine Geschichte der Presse Zukunft. Da gaben die audiovisuellen Verteil- und Speichermedien nun doch ein ungleich optimistischeres Bild ab, mit dem sich vor trefflich Geschichte machen ließ. Am Ende gab es und gibt es heute einen Studienkreis Rundfunk und Geschichte, aber keinen Studienkreis Presse und Geschichte.

Dennoch hat sich der Studienkreis inzwischen gerade auf seinen Grünberger Kolloquien längst den intermediären und kommunikationsgeschichtlichen Fragen geöffnet. Zu den beiden letzten Jahrestagungen in Frankfurt und Bremen standen nicht mehr nur die örtlichen Rundfunkmedien, sondern der gesamte Kommunikationsraum mit Presse- und Funkmedien in Vorträgen und Aussprachen auf der Tagesordnung. Die Zukunft der Presse ist wiederentdeckt worden und hat dabei im Konzert mit den Rundfunkmedien neues historisches Selbstbewußtsein gewonnen. Vielleicht liegt das daran, daß die legendäre publizistische Gewaltenteilung unter den Medien aufgehoben werden mußte, weil sie geschichtlich unhaltbar geworden war.

Es war die Geschichte der Zukunft der Rundfunkmedien, die die Gründer des Studienkreises beflügelt hat, so meine These. Und ich habe dazu drei allgemeine Erklärungen anzubieten: 1. Zukunft als historische Mahnung, 2. Zukunft als publizistische Weissagung, 3. Zukunft als technologisches Ritual. Zur ersten These über die Zukunft als historische Mahnung: Zukunftsvorstellungen werden gern als Glaubensbekenntnisse vorgetragen. Die Zukunft wird veranstaltet in der Hoffnung, sie doch noch für sich zu gewinnen. Bei solchen Gelegenheiten gerät die Veranstaltung nicht selten zu einer Demonstration des Fortschritts. Die Geschichte der Deutschen Funkausstellungen seit 1924 offenbart regelmäßig die Zukunft der elektronischen Medien. Eine vergleichbare Presseausstellung gab es in Deutschland übrigens nur einmal in der Geschichte des Mediums, im Jahre 1928 in Köln. Die Funkausstellungen mit ihren Reden, Veranstaltungen und Exponaten vermitteln Selbstvertrauen und Fortschrittsoptimismus. Sie bestimmen den historischen Moment des Mediums als Mahnung an eine Zukunft für alle. Rundfunkpolitische Tagesprobleme verschwinden hinter solchen Herrschaftszeichen der Medienzukunft.

Zur zweiten These über Zukunft als publizistische Weissagung: Weissagungen über die Zukunft audiovisueller Medien haben längst die Voraussagen über die "Macht der Presse", wie es seit dem 19. Jahrhundert hieß, übertroffen. Die Funkmedien und ihre technischen

Derivate sind das Thema beinahe sämtlicher kulturkritischer Traktate und ihrer Gegenstimmen, der Fortschrittsprophetien. Hörfunk und Fernsehen genossen in den fünfziger Jahren ihren Ruf eines elektronischen Leviathan und seines wirkungsvollen Bezwingers zugleich. Wirkungen aber waren, sobald sich Geschichte der Publizistik anvertraute, schon immer etwas, das Historiker partout wissen wollten. Wirkungen weissagen die Zukunft. Wirkungsgeschichte fordert die prophetischen Phantasien nicht nur der Publizisten, sondern, bisweilen ungeduldiger, der Politiker und Literaten heraus. Und die Rundfunkpraktiker wollen ohnehin wissen, wie sie wirken und wirken könnten.

Zur dritten These über die Zukunft als technologisches Ritual: Zukunftsdesigner gefallen sich in wirkungsvollen Epochalisierungen und imponieren damit sogar manchem strengen Strukturhistoriker. Die Zeitrechnung in Kommunikationsrevolutionen, so schwer kalkulierbar sie auch sein mag, wird man wissenschaftlich noch durchgehen lassen. Doch das Zeitalter der "papierenen Macht", das "Kino-Zeitalter", das "Radio-Zeitalter", das "Zeitalter der Kommunikation" - sie alle haben ihre Geschichte. Dabei darf nicht überraschen, daß solche Epochaletiketten fast immer auf technikwissenschaftlichen (technologischen) Vorhersagen aufgebügelt werden.

Im Dezember 1968 referierten fünf Publizisten vor den Aufsichtsgremien des Westdeutschen Rundfunks Köln über "Zukunftsperspektiven des Rundfunks", doch sie lieferten keineswegs publizistische Zielvorstellungen für ihr Medium, sondern problematisierten seine Geschichte in Anbetracht dessen, was die kommunikationstechnische Zukunft bringen würde. (2) Technische Entwicklung wird als Investition in eine "neue" Zukunft, in eine "andere" Geschichte ritualisiert. Da konnte dem deutschen Verleger von Colin Cherry's 1957 erschienenem Buch "On Human Communication" sechs Jahre später, 1963, nur der pseudo-futuristische Titel einfallen: "Kommunikationsforschung - eine neue Wissenschaft". Das Lieblingsthema aller publizistischer Prophetie hieß ganz folgerichtig dann auch "Neue Medien". Es war und blieb indessen ein futuristisches Phantom, denn nirgendwo in der Medienlandschaft ist, wie wir alle inzwischen wissen, eine neue Species ausgemacht worden. Weshalb das auch gar nicht zu erwarten war, dies wiederum ist nur so zu erklären, daß, wie so oft in der Kommunikationsgeschichte, eine bloße technische Entwicklung zur Medieninnovation hochstilisiert worden ist. Das technologische Ritual erklärt die Zukunft zur Geschichte, noch bevor sie passiert.

Die Ideologie der Zukunft des Rundfunks als historische Mahnung, als publizistische Weissagung und als technologisches Ritual, das war der zeitgeistige Hintergrund, vor dem der Studienkreis Rundfunk und Geschichte vor zwanzig Jahren seine Arbeit begonnen hat. Wilhelm Treue, Historiker und spiritus rector unseres Studienkrei-

2) Westdeutscher Rundfunk Köln (Hrsg.): Zukunftsperspektiven des Rundfunks (Beiträge von K. von Bismarck, A. von Cube, H. Drück, I. Hermann, F.J. In der Smitten, A. Skriver) Köln 1969, 78 Seiten.

ses, schilderte die Situation in seinem Vortrag zum zehnten Jubiläum im Jahre 1979 so: "An diesem 10. Juni 1969 formierte sich ein Studienkreis, der sich die Formulierung und Einführung eines neuen historischen Forschungsbereichs in die deutsche Geschichts- und Sozialwissenschaft zur Aufgabe stellte. Für ein solches Vorhaben, das nach den Erfahrungen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte vor einigen Jahrzehnten und mit der Unternehmens- und Technikgeschichte in der jüngsten Vergangenheit und auch noch in der Gegenwart mit Zurückhaltung, Skepsis und mit direkter Ablehnung bei der institutionalisierten Geschichtsschreibung rechnen mußte, bedurfte es nicht nur eines ernsthaften Engagements, sondern auch der optimistischen Annahme, daß letztlich niemand die Existenz einer 'Geschichte des Rundfunks' bezweifeln und daß mindestens jeder Zeithistoriker die Berechtigung zur Erforschung und Darstellung dieser Geschichte anerkennen, daß er sich sogar an dieser Aufgabe beteiligen und sie nicht nur den Rundfunkanstalten und der Industrie überlassen werde." (3)

Soweit Wilhelm Treue als aktiver Zeitzeuge über die engagierten und optimistischen Zukunftsvorstellungen der Gründer vor zwanzig Jahren. Meine kritischen Rückschau zielt genau auf diese Zukunftsvisionen, und meine Kritik möchte ich als wissenschaftliche, als historisch-kritische Besichtigung eines Planes verstanden wissen. Sie werden meine zu Anfang vorgetragene Absicht erinnern, daß ich mich mitnichten auf eine Chronik des Studienkreises einlassen würde. Vielmehr galt mein Interesse jenem Plan für die systematische historische Erforschung eines bestimmten Kommunikationsmittels, eines in den Augen der Geschichte zukunftsorientierten, "neuen" Mediums, einen organisatorischen Platz zu besetzen. Solche Besetzungen werden oft auf dem Wege über Zukunftsprojektionen in Gang gebracht oder verhindert. Die Errichtung einer wissenschaftlichen Gesellschaft - mit Satzung und Gründungsrhetorik (oder Jubiläumsrhetorik) war die Besetzung eines "neuen" Forschungsgebietes über ein "neues" Medienpaar Hörfunk und Fernsehen. Was wir aber in den zwanzig Jahren Studienkreis erleben konnten, war die Entwicklung des Forschungsgebietes in beide Richtungen: zu den historischen oder diachronischen Wissenschaften und zu den sozialen oder synchronischen Wissenschaften. Die Fächervielfalt der studentischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Grünberger Kolloquien läßt sich unschwer als Beleg für diese These anführen, ebenso wie die Themen der Jahrestagungen. An dieser Interdisziplinarität war die bisweilen der usurpatorischen Präpotenz gezielte Kommunikationswissenschaft allenfalls und sehr sachbezogen als primus inter pares beteiligt.

Meine Damen und Herren: Eingangs hatte ich mir erlaubt, Sie zu einem Kreuzsprung zu verleiten - von der zukunftsoptimistischen Geschichte des Studienkreises zu seiner geschichtskritischen Zukunft. Ich meine, der Studienkreis hat diesen Sprung im Spagat über zwei Jahrzehnte geschafft. Er sollte dabei seine Geschichte

3) Wilhelm Treue: Rundfunkgeschichte nach zehn Jahren. Zum Jubiläum des Studienkreises. In: MITTEILUNGEN, 5. Jg., Nr. 3/Juli 1979, S. 127-143. Zitat S. 127.

im Auge behalten. Das erleichtert die Erwartung der Zukunft unheimlich. Sie wissen ja: Die Zukunft liegt oft nur eben um die Ecke, doch wenn wir hinkommen, fängt die Geschichte erst richtig an.

VON S W F UND S D R

Kamingespräch mit Jörg Rüggeberg

Kahlenberg: Guten Abend meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zum Kaminabend am Vorabend der 20. Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte hier in Koblenz. Kaminabend, dies ist die Tradition, die 1977 bei einer Jahrestagung in Tübingen begründet wurde, damals im Gästehaus der Universität Tübingen, unterstützt von dem weiland Studiodirektor des Südwestfunks in Tübingen, dem Kollegen Hubert Locher, der heute als Programmdirektor des Südwestfunks tätig ist. Als Gast hatten wir damals auch Hans Bausch.

Ich begrüße zu diesem Kaminabend ganz herzlich den Justitiar des Südwestfunks, Herrn Jörg Rüggeberg, der sich heute Abend im Kamingespräch mit Wolf Bierbach über die Zukunft des Rundfunks insbesondere im südwestdeutschen Raum äußern will. Und ich darf gleich und unmittelbar das Wort geben an den Kollegen Wolf Bierbach, Leitenden Redakteur im Westdeutschen Rundfunk und Kollege im Vorstand des Studienkreises.

Bierbach: Für diejenigen, die neu in diesem Kreise sind: Das war der Vorsitzende des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, Prof. Friedrich P. Kahlenberg, zugleich auch seit einigen Monaten hier Hausherr, nämlich Präsident des Bundesarchivs.

Das Thema unseres Abends: "Rundfunkpolitik im Südwesten, Rechtsgrundlagen und Perspektiven" hat zwei Dimensionen, auf die ich gleich noch eingehe. Ich will zunächst aber einen kleinen organisatorischen Hinweis geben: Wir haben uns darauf geeinigt, daß Herr Rüggeberg zuerst ein kurzes Statement abgeben wird. Wir wollen dann hier oben auf dem Podium diskutieren und relativ schnell, sobald Fragen aus dem Plenum kommen, in das Plenum gehen. Rundfunkpolitik im Südwesten, Rechtsgrundlagen und Perspektiven - das hat mindestens zwei Ebenen, nämlich eine aktuelle und eine historische, und man könnte auch noch eine dritte Ebene einziehen, nämlich das, was möglicherweise in den nächsten Jahren - und das hängt dann mit der zweiten, der aktuellen Ebene zusammen - auf uns oder auf die Bewohner im Südwestraum zukommt, nämlich die europäische Perspektive. Denn all das, was zur Zeit im Südwesten diskutiert wird: eine Fusion oder eine Kooperation von Südwestfunk und Süddeutschem Rundfunk, geschieht natürlich auch mit Blick auf die EG-Richtlinie, das sogenannte "Grünbuch" der EG-Kommission, und die Position der Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik in einem künftigen, geeinten Europa mit einem möglicherweise funktionierenden Binnenmarkt.

Rüggeberg: Schönen Dank, Herr Dr. Bierbach, und ein Wort des Dankes voraus an den Vorsitzenden, Herrn Prof. Kahlenberg. Ich fühle mich schon deshalb sehr geehrt, daß ich die Einladung hierher bekommen habe, weil ja nun verschiedene Anstalten, öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten betroffen sind von der aktuellen Diskussion - der Südwestfunk vielleicht nicht einmal am Hauptsächlichsten, so daß unter Umständen manche andere Anstalt neidisch wäre und gerne die Möglichkeit gehabt hätte, hier vertreten zu sein. Ich weiß nicht, ob jemand vom Süddeutschen Rundfunk anwesend ist - Sie wissen, daß hier natürlich gewisse Konfliktslagen bestehen -. Wenn ja, dann sollte er sich melden, wenn nein, dann sollten andere den Part übernehmen und notfalls heftig widersprechen. Jeder ist natürlich ein Gefangener seiner eigenen Perspektiven. Wenn es so hautnah um Existenz- und Zukunftsinteressen geht, dann kann es einfach nicht ausbleiben, daß man ein bißchen das Schicksal desjenigen Unternehmens im Blick hat, das einem allmonatlich ein ordentliches Gehalt zur Verfügung stellt. Das bitte ich nachzusehen. Aber ich will nicht zu weit ausholen, vielleicht ein bißchen stichwortartig die Entwicklung, gewisse Modellvorstellungen unterbreiten, auch um ein paar Reizworte und Stichworte loszuwerden! Rundfunkpolitik im Südwesten: solange es im deutschen Südwesten Rundfunkanstalten gibt, gibt es Debatten um deren Struktur und deren Zukunft. Das ist immer eine unruhige Gegend gewesen; man spricht von der medienpolitischen Wetterecke im Südwesten. Insofern hat man schon eine gewisse Gelassenheit demgegenüber entwickelt, vor allem deshalb, wenn man in Rechnung stellt, daß eigentlich außer Diskussionen, obwohl sie teilweise heftig waren, in Wirklichkeit nicht viel passiert ist gegenüber der entstandenen Struktur nach dem Krieg. Die Chance, daß auch dieses Mal überwiegend diskutiert wird, aber nicht viel geschieht, ist durchaus vorhanden. Aber ein paar neue Aspekte sind doch zu registrieren, denn wir haben hier erstmals keine historische Entwicklung, die an den unorganischen Gebietsgrenzen des Südwestfunks anknüpft, und mit der frühen Formierung zusammenhängt, daß sich hier ein kleiner Standort, da ein kleines Studio entwickelte - von Koblenz bis zum Bodensee - und man sich überlegte: wo soll man eigentlich den Schwerpunkt bilden? Diese Frage stellt sich so nicht mehr; der Schwerpunkt ist eigentlich vorhanden: in Baden-Baden und sehr festgemauert. Wer sich auskennt in Baden-Baden, weiß das. Es geht also jetzt um eine auf die Bewältigung von Zukunftsaufgaben hin orientierte Fragestellung, also insofern tatsächlich um eine neue Dimension. Aber ich gebe keine festen Prognosen. Es kann bei der Diskussion bleiben, doch könnte hier tatsächlich etwas Substantielles an Veränderungen bevorstehen.

Um Ihnen die Dramatik der augenblicklichen Situation zu schildern: Am kommenden Montag wird McKinsey in einer Besprechungsrunde mit den Ministerpräsidenten den Deckel etwas lüpfen. Und das besondere ist, daß das Gutachten am Montag nicht etwa übergeben oder ausgehändigt wird, eine etwas seltsame Konstellation. Es ist eine Pressekonzferenz der Ministerpräsidenten, Späth und Wagner, hinterher anberaumt, ohne daß ein Papier veröffentlicht sein wird. Welche diffuse öffentliche Diskussion das heraufbeschwört, wage ich nicht zu sagen. Jedenfalls wird die öffentliche Diskussion damit sehr

heiß anlaufen. Ziel ist es, am 10. Oktober das Gutachten den Länderchefs dann in schriftlicher Form zu übergeben. Damit ist dieses Gutachten also endgültig und öffentlich, auch im Text, und anders als bei anderen McKinsey-Gutachten, die ja berühmt oder berüchtigt sind und häufig unerkannt und geheimgeblieben bis heute in Schubladen verschwinden. Die "Stuttgarter Zeitung" von vorgestern hat bereits über die Modelle spekuliert, und insofern habe ich kein schlechtes Gewissen, wenn ich heute 'was aus der Schule plaudere.

Die Ministerpräsidenten haben erklärt: wir werden uns nach dem Ergebnis dieses Gutachtens richten, hier eine politische Entscheidung zu treffen. Der Gedanke der Fusion zwischen Südwestfunk und Süddeutschem Rundfunk sollte weiter verfolgt werden. Man darf vermuten, daß in den Untersuchungen weder für eine Fusion noch eine erweiterte Kooperation eine eindeutige Empfehlung herauszuschauen wird. Nur der Leser des Gutachtens wird auf jeder Seite darauf gestoßen werden, daß vermutlich die Überlegenheit einer Fusionslösung hier herausschimmert. Also keine klare Aussage, aber es ist wohl unvermeidlich, daß in der dauernden Gewichtung der beiden Modellüberlegungen die Fusion für diejenigen, die reinweg in Effizienzkriterien denken, die überlegene Lösung sein wird. Die Lage ist, um einem berühmten Zitat zu folgen, ernst, also sehr ernst. Und die Beunruhigung geht inzwischen, nachdem einige zunächst sehr gelassen waren, doch jetzt sehr hoch. Ich will nicht in die Geschichte zurückgreifen, aber vielleicht ist es wichtig, die "Michelkommission" zu erwähnen, die schon einmal dieselbe Frage untersucht hat, Anfang der siebziger Jahre. Bemerkenswert ist eben daran: es ist nichts geschehen, die Voten der sieben Mitglieder waren sehr unterschiedlich, und es sind dann zehn Jahre ins Land gegangen, in denen der Süddeutsche Rundfunk, der Südwestfunk und auch der Saarländische Rundfunk sich kräftig entwickelt haben, autonom entwickelt haben, alles ordentliche Mitglieder des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems, so daß nicht eigentlich an größere Veränderungen zu denken war. Aufgeschreckt wurde diese Landschaft dann aber doch zehn Jahre später durch den Ministerpräsidenten Vogel. Der sann 1983 in einer Regierungserklärung etwas nebulös über Notwendigkeiten nach, einer Veränderung der Rundfunkstruktur im Südwesten. Sehr ungewöhnlich für eine Regierungserklärung, so eine allgemeine Erklärung. Die Geschichte hat sich auch relativ rasch wieder gelegt, beruhigt; es waren einige Zugeständnisse erforderlich - Richtung Rheinland-Pfalz -, um die Funktionen des Landesstudios Rheinland-Pfalz des Südwestfunks zu stärken; der Südwestfunk hatte hier gesündigt, er hat das eingesehen, wie es überhaupt ja die Kunst der Führung des Südwestfunks ist, mit seinem Hauptstandort in Baden-Baden zwischen den Interessen des Landes Rheinland-Pfalz und denen des Landes Baden-Württemberg eine vernünftige Balance zu halten, die soweit geht, daß das Land Rheinland-Pfalz kriegt, was ihm rundfunkpolitisch eigentlich auch gebührt, ohne daß nun die Schlußfolgerung: "machen wir doch gleich eine eigene selbständige Landesrundfunkanstalt" sich daraus geradezu aufdrängt. Aber durch verschiedene Programmaßnahmen, die noch in der Luft lagen und zu der Zeit auch zu finanzieren waren, konnte hier einiges beruhigt werden. Überraschend dann, daß Ministerpräsident Späth - auch in Abstimmung mit Rheinland-Pfalz - 1988

die Frage neu aufwarf und in viel klarerer Tonart eine Fusion der beiden Anstalten Südwestfunk/Süddeutscher Rundfunk - vom Saarländischen Rundfunk war plötzlich keine Rede mehr - zum Regierungsziel erhoben hat. Ich habe das damals nicht für möglich gehalten. Ich habe sogar - was ich selten tue - gewettet, drei Tage vor dieser Regierungserklärung, weil einige meinten, da komme was von Späth in der Regierungserklärung, was nach Fusion aussieh, und gesagt, das ist undenkbar, denn in einer Regierungserklärung werden Handlungsziele dargestellt und nicht irgendwelche Erwägungen angestellt oder Pläne erwogen. Und ein solches Handlungsziel kann es eigentlich nicht geben. Es gab es dann doch! Und bemerkenswert war, wie hier in der Tat eine neue Motivation für solche Überlegungen aufschimmerte: Die europäische Perspektive, von Herrn Dr. Bierbach schon erwähnt, ist ganz stark in den Vordergrund gerückt worden. Auch wieder typisch für diese Südwestlage Deutschlands. Dieses Gebiet versteht sich ja ein bißchen als Zentrum der europäischen Entwicklung, sehr offen zu den Grenzen, sicher ist da auch etwas dran. Es gibt also viel schwächere Motive, die bei den Fusionsüberlegungen mitspielen; die europäische ist nicht zwingend. Sie führt auch nicht unmittelbar zu einer Fusion zwischen diesen beiden Anstalten. Das ist nicht ganz schlüssig, aber sie ist beachtlich. Und dann kommt das Stichwort der sogenannten Synergie; eines der großen politischen Schlagworte, vielleicht noch mehr als ein Schlagwort. Man erwartet aus größeren Einheiten eine nicht nur in der Summe der beiden Teile bestehende Schlagkraft, sondern einen Zuwachs über diese Summenbildung hinaus. Im übrigen muß man nicht nur die Regierungen ansprechen wenn man sieht, wer will denn da was verändern? Und jetzt kommt hier das Warnzeichen für Stuttgart - oder man muß mich bremsen -, die immerwährende Forderung des Intendanten des Süddeutschen Rundfunks, immer ganz offen auch angesprochen, trotz aller freundschaftlichen, nachbarschaftlichen Beziehungen: eigentlich sei der Südwestfunk ein Fremdkörper im Land. So ist das zwar nicht gesagt worden, sondern: das Land brauche seinen Landessender, es müsse eine Identität mit den Landesgrenzen da sein, und eine Rundfunkanstalt gehöre in die Hauptstadt des Landes und nicht in das Tal der Oos, nach Baden-Baden. Das ist eine offene, stets hochgehaltene Forderung des Süddeutschen Rundfunks, der sich deshalb jedenfalls nicht wundern kann, wenn Bewegung in die Rundfunklandschaft gebracht wird und solche Überlegungen zur Struktur einmal aufgegriffen werden. Aber ich will jetzt nicht darüber spekulieren; das ist ein Thema für sich.

Sie werden nun fragen: wie entschlossen sind denn die Kräfte, die hier agieren? Das ist schon unterschiedlich zwischen Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Wie geschlossen sind die Mehrheitsfraktionen, die CDU-Landtagsfraktionen? Da mag man schon einige Zweifel haben, ob sie bereit sind, den Ministerpräsidenten wirklich zu folgen. Andere Parteien, das kann man grundsätzlich sagen, sind nicht für diese Fusionsgedanken zu haben. Ein bißchen unsicher ist das bei der FDP in Rheinland-Pfalz, die ja Koalitionspartner ist, also hier mitbestimmt. Hier gibt es immer wieder Erklärungen: wie wäre es denn nicht doch mit einer Landesrundfunkanstalt? Die betroffenen Städte, vor allem Stuttgart, haben sich sehr heftig ins Zeug gelegt, allen voran Oberbürgermeister Rommel.

Wie man daran denken könne, aus einer Landeshauptstadt wie Stuttgart eine so wichtige kulturelle Einrichtung wie die Rundfunkanstalt abzuziehen und sie woandershin zu verlagern? Noch einen anderen Blick darf ich werfen, weil die Haltung der betroffenen Belegschaften wichtig ist. Betroffen ist hier wirklich ein sehr ernstzunehmendes Wort: Die Belegschaften sind es nämlich, die das notfalls auszubaden haben, was hier an Strukturänderungen erfolgen soll. Und die Belegschaften haben sich sehr klar - seltsamerweise unter Führung der Südwestfunk-Belegschaft - gegen die Fusion ausgesprochen. Beim SDR liegt das auf der Hand, weil die Zentrale ja in Baden-Baden sein soll. Daß aber gerade der Baden-Badener Personalrat sich außerordentlich heftig gegen den Fusionsgedanken wendet, ist deshalb überraschend, weil für den Südwestfunk hier die Chance einer langfristigen Stabilisierung liegen könnte, weit über das hinaus, was er je erlebt hat. Der Südwestfunk, das muß man wissen, unterliegt derzeit einer einjährigen Kündigungsmöglichkeit, um nicht zu sagen Kündigungsdrohung; keiner hat sie ausgesprochen, aber die latente Gefahr muß man immer sehen. Wenn man bedenkt, was das heißt, und wenn man bedenkt, ob nicht vielleicht auch die ganze Struktur abhängig ist von der Homogenität von politischen Glaubensrichtungen in Stuttgart und Mainz und vielen Fraktionen und so was sich ändern könnte, dann müßte eigentlich die Frage: "Ist der Südwestfunk mit dem Sitz in Baden-Baden so sicher?" etwas skeptischer gesehen werden. Es lag nahe, wenigstens auszuloten, ob in den Fusionsdebatten nicht eine bedeutende Chance für den Standort Baden-Baden liege. Aber, wie gesagt, Ablehnung war nach der Parole, die immer schnell zur Hand ist: "Hände weg vom Südwestfunk", die erste öffentliche Aussage, die man überhaupt hörte. Die Gremien, wichtige Träger der Entscheidungsgewalt in den Rundfunkanstalten, haben den Gedanken der Fusion beim SDR zurückgewiesen, und beim Südwestfunk sehr zögerlich, sehr gespalten aufgenommen. Es ist unübersehbar, daß die Identität der Auffassungen zwischen Intendant und Rundfunkrat nicht immer geschlossen ist. Man hat sich aber darauf verständigt, daß die Fusion unter bestimmten Prämissen als etwas Sinnvolles angesehen werden könnte. Diese Prämissen sind: eine gestalterische Autonomie, die Organisationsgewalt und eben der starke zentrale Sitz in Baden-Baden, der nicht nur als Verwaltungsholding gesehen werden soll, sondern als ein Ort, wo eben auch und im wesentlichen Programm stattfindet. Die Intendanten, vor allem der des SDR, sind voll gegen eine Fusion. Allerdings wird der Status quo seltsamerweise in Stuttgart nicht als ein erstrebenswertes Ziel angesehen, sondern man ist auf jeden Fall für eine Veränderung, die soll in einer verstärkten Kooperation der beiden Anstalten liegen. Mit Kooperationen haben wir sehr viel Erfahrungen mit dem Süddeutschen Rundfunk im Bereich des Fernsehens, im Zweiten Hörfunkprogramm, alles ist kooperiert. Nicht alle Beteiligten sind damit täglich glücklich, und daher ist es etwas verwunderlich, daß so sehr der Kooperation das Wort geredet wird. Aber das hängt damit zusammen, daß natürlich die drohende Perspektive - Auflösung des SDR in Stuttgart, Fusionierung mit Sitz in Baden-Baden - dringend nach Alternativen ruft. So ist es wohl eine taktisch verständliche Haltung, hier für verstärkte Kooperation einzutreten.

Ich kann jetzt nicht zu ausführlich reden, sonst verderbe ich den Charakter eines Kamingesprächs, aber ein paar Eckwerte sollte ich, wenn Sie die Geduld haben, noch sagen können, um Ihnen die Modelle

Bierbach: Ich denke, das ist sinnvoll, weil viele in diesem Kreis diese Details mit Sicherheit noch nicht wissen oder verfolgt haben. Man muß ja schon sehr intensiv die medienpolitische Szene und Entwicklung verfolgen.

Rüggeberg: Ich wollte Ihnen die Modelle ein bißchen vorstellen, die diskutiert werden, sehr konkret, und die Diskussionen der nächsten Wochen sehr stark beherrschen werden, weil hier am handgreiflichsten wird, um was es geht. Sie beziehen sich auf den Hörfunk, so als wenn die Schicksalsschlachten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in seiner Behauptung gegenüber dem kommerziellen Rundfunk überhaupt auf dem Felde des Hörfunks lägen. Das glaube ich allerdings nicht; die Schlachten werden natürlich im Fernsehen geschlagen, und sie werden nicht im Regionalen geschlagen, auf das wir so fixiert sind, auch im Südwesten, sondern in nationalen Programmen und in den großen, ja sogar internationalen Zuschnitten und Zusammenschlüssen, die hier zu beobachten sind. Trotzdem wird die Debatte im Südwesten vornehmlich vor dem Hintergrund der Hörfunkprogramme geführt. Der Süddeutsche Rundfunk verfolgt dabei ein Modell, nach dem SDR 1 für ganz Baden-Württemberg senden soll, d.h., das erste Hörfunkprogramm des Südwestfunks soll aus Baden-Württemberg verdrängt werden, was vor allem Fragen für die großen Studios aufwirft - Tübingen ist erwähnt worden, Freiburg, die hängen etwas in der Luft. Das Zweite Programm, ein anspruchsvolles kostenträchtiges Kulturprogramm, soll aus der Sicht des SDR-Kooperationsmodells noch intensiver als bisher gemeinschaftlich veranstaltet werden, mit einer starken Stellung des Standortes Stuttgart, weil einfach die Vorstellung besteht, nur dort finde einfach mehr statt an Kultur, dort sei mehr Kreativität, mehr kreatives Potential als in Baden-Baden. Das ist so sicher richtig, nur machen wir ja nicht Programme für Stuttgart und für Baden-Baden, sondern fürs ganze Land, so daß sich solche Fragen natürlich sehr schnell neutralisieren. Das Dritte Programm - auch sehr wichtig, und das ist der eigentliche Zankapfel, man höre und staune, wie die Wertigkeit dieser Programme eingeschätzt wird - soll unverändert bleiben. Also da soll nicht dran gedreht werden, der SDR soll sein SDR 3 behalten, der Südwestfunk sein Drittes Programm. Sie sehen: der Effekt ist eigentlich die Verdrängung des Ersten Programms des Südwestfunks aus Baden-Württemberg. Es soll kompensiert werden durch eine sogenannte Kette für leichte Klassik, die aber wenig Frequenzen hat, und ein regionales Mantelprogramm, eine Art viertes Programm, in das man lokale subregionale Fenster hängen kann. Das Manko ist nur, daß es dafür keine vollständigen Frequenzketten gibt, also das sind Rumpfketten, Rumpfprogramme, die allenfalls aufgezogen werden können. Das ist das Kooperationsmodell, und das kehrt auch bei McKinsey mit geringen Variationen dann wieder. Der SWF, habe ich gesagt, ist fusionsbereit unter bestimmten Prämissen. Er hat insofern dem des SDR ein eigenes Programmmodell entgegengestellt, das ebenfalls eine Art Kooperations-

modell ist. Und dieses sieht so aus (Wir nennen es das Zwei-plus-Zwei-plus-Zwei-Modell): Zwei Hörfunkprogramme in der Zentrale, das ist praktisch die Farbe des Zweiten Kulturprogramms, und das Dritte Programm, SWF3, einfach weil es das Erfolgsprogramm ist und insofern keine regionalen Bezüge aufweist. Aber eben auch zwei Hörfunkprogramme in Stuttgart und Baden-Württemberg und in Mainz für Rheinland-Pfalz. Die eine Farbe das Erste Programm, so wie der SDR das auch gewünscht hat, und dazu ein regionales Mantelprogramm für subregionale Elemente, aber eben landesbezogen, nicht als ein zentrales Programm. Das besondere ist, daß, wenn das Dritte Programm zusammengelegt wird, hier tatsächlich Frequenzreserven erschlossen werden können, die es erlauben, ein 4., ja ein 5. Programm aufzuziehen, ohne daß wir zusätzliche Frequenzen beanspruchen müssen, die wir im Ernstfall auch nicht bekommen würden. Hier ist eine zielorientierte Fächerung von vier, fünf Programmfarben denkbar, die vielleicht überlegener ist als die bisherigen zwei mal drei Programme, die aber in sich relativ gleich waren. Ein Problem entsteht freilich dort, wo alle sechs Programme empfangen werden, das sind immerhin 60 Prozent des Gesamtsendegebiets in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die empfangen schon mal sechs Programme dieser beiden Landesrundfunkanstalten. Da wird natürlich beklagt: da könnten vier oder fünf Programme, auch wenn sie anders zugeschnitten sind, eine inhaltliche Verarmung bedeuten.

Kurzes Stichwort, damit es nicht untergeht: die Haltung des Saarländischen Rundfunks, der kooperiert nämlich bei uns mit dem Zweiten Hörfunkprogramm und im Dritten Fernsehprogramm. Da gibt es keinerlei erkennbare Aktivitäten - weder von seiten Baden-Württembergs und Rheinland-Pfalz in Richtung Saarland, noch aber seltsamerweise umgekehrt. Offenbar geht man in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz davon aus, es sei besser, erstmal zu zweit zu organisieren, um zu sehen, was geht, und es dann gegebenenfalls dem Dritten zu überlassen, der sich dann allerdings seiner sehr beengten Situation bewußt werden müßte, von sich aus hier aktiv zu werden. Die ARD schließlich als Gesamtverbund hat keine erkennbare Meinung, vor allem keine offizielle Meinung zu diesem Vorgang. Natürlich sieht man mit Spannung darauf, was sich hier tut. Veränderungen von Kraftfeldern innerhalb dieser ARD, die ja als ein sehr heikles, schwierig ausbalanciertes Gebilde angesehen wird, schafft natürlich immer eine gewisse Beunruhigung. Also die bloße Vorstellung: da bildet sich u.U. eine stärkere Kraft, und das tut uns allen gut, die ist keineswegs spürbar. Abhaken kann ich Fragen der Fernsehprogramme. Ich habe vorhin gesagt, eigentlich müßten die doch im Vordergrund stehen. Seltsamerweise ist das nicht der Fall. Freilich wohl auch deshalb, weil hier wenig Möglichkeiten für Veränderungen gesehen werden; die Fernsehprogramme sind ohnehin schon sehr stark kooperiert.

Dies also ist das Szenarium, mit dem wir im Moment zu tun haben, und wenn jemand meint, dies sei eine besonders klare Schlachtordnung, kann ich ihm nicht folgen. Es ist also sehr, sehr unklar, wohin eigentlich die Entwicklung geht; deshalb die großen Erwartungen jetzt an das McKinsey-Gutachten. Hier müßte doch nun die Erleuchtung kommen für all das, was bisher nur diffus empfunden

wird, und was an Motivation nicht ganz glaubwürdig geworden ist, bisher nicht ganz verständlich, das erschließe sich alles aus dem McKinsey-Gutachten. Nun ist also der spannende Moment, soll ich nun sagen, was da insoweit drin steht. Ich will es mal versuchen. Es gibt eine Ausgangsanalyse, die McKinsey hier macht und die sagt, was wir alle schon im Grunde wissen, welche Einflußfaktoren auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nachteilig einwirken. Es kommt das Publikum im Grunde abhanden, weil sich das Gesamtpublikum ganz anders aufteilt auf 20/30 verschiedene Programme. Die Unterhaltungsprogramme werden absolut vorrangig werden, der berühmte Unterhaltungsschlalom findet statt. Wir werden wachsende technologische Anforderungen mit großen Kostenschüben haben. In den Vordergrund wird zum Beispiel gestellt die Einführung des HDTV-Systems, das aus dem Bestand gar nicht mehr bewältigt werden könne.

Bierbach: Wer es nicht kennt: "High Definition Television", also hochauflösendes Fernsehen.

Rüggeberg: Die Schnelligkeit in der Abfolge von technischen Generationen stellt ganz neue Voraussetzungen, wenn man hier immer das Neueste und das Modernste wirklich wahrnehmen will. Gebührenerhöhungen lassen sich, was Wunder, immer schwerer durchsetzen, auch das ist mit den Händen greifbar, und entsprechend sinken durch schwindende Reichweiten die Werbeeinnahmen. Und das alles in einer europäischen Entwicklung, in der durch die Freizügigkeit der Niederlassung ganz andere Größenordnungen entstehen werden, als uns bisher bekannt sind, und insbesondere große Medienkonzerne, die auf sehr vielen Medienebenen tätig sind und international verschränkt sind, ein Tempo vorlegen werden und ein Gewicht an Finanzierungskraft aufweisen werden, daß die kleinräumig organisierten Landesrundfunkanstalten in große Schwierigkeiten geraten würden. Nun ist das alles sicherlich ganz richtig und ganz interessant, nur es ist überhaupt nicht neu. Die schwierige Kurve wird sein, daraus zu begründen, warum nun diese ganze Entwicklung durch eine Fusion von zwei Anstalten im Südwesten oder sogar durch deren erweiterte Kooperation angehalten werden könnte. Es ist doch zu sehen, daß sich die Zwangsläufigkeit solcher Entwicklungen mit ganz anderen Maßnahmen vermeiden ließe. Vorhin, draußen im Gespräch, fiel schon das Stichwort "Aufhebung der Werbegrenzen" und "Ist die Gebühr wirklich schon so hoch ausgereizt, wie das immer behauptet wird?" Nun, man kann dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wenn man ihm helfen und wenn man ihn stärken will, wie hier behauptet wurde, ganz anders helfen als durch die Fusion. Insofern verpufft ein bißchen diese groß angelegte Ausgangsanalyse. Sie rechtfertigt nicht unbedingt die Schlußfolgerungen. In dem Gutachten wird dann auch alles in monetäre Größen umgesetzt werden; da fehlt eben dann möglicherweise doch die Beziehung zu der Ausgangsanalyse. Die Gefahr, daß das Wort Synergieeffekt gleichgesetzt wird mit Einsparung, ist sehr groß. Es kann sein - das ist aber meine persönliche skeptische Vermutung -, daß das Gutachten doch insofern ein echter McKinsey wird, als eben am Schluß Einsparungspotentiale, Rationalisierungspotentiale ausgewiesen werden; das ist immer schon die Aufgabe gewesen von denen. Nun will ich das

nicht abqualifizieren; wir gewinnen daraus auf jeden Fall sehr viel Erkenntnisse, selbst wenn keine Fusion oder Kooperation stattfände. Da steht sehr viel Bedenkenswertes drin - daß wir in unseren Organisationen Speck angesetzt haben und daß hier Potentiale vorhanden sind. Das will ich nicht bestreiten. Aber wenn die ganze Frage der Entwicklung der Radiokultur und der Fernsehkultur und der Programmviefalt zu der Fragestellung gerinnt, ob nun eine Einsparungsmöglichkeit von 50 oder 100 Millionen DM im Jahr oder so besteht - ich will mich wirklich jetzt nicht auf Zahlen festlegen -, dann mag man die Sorge haben, daß das doch ein bißchen eine Blickfeldverengung ist. Aber, und das ist auch zu sehen: Wenn in der Zeitung stünde - und das geht in die Zeitung -, hier wäre die Möglichkeit gegenüber den Gebührenzahlern, ein Einsparungspotential, d.h. künftige Aufgaben zu übernehmen, ohne die Hand aufhalten zu müssen für Gebührenerhöhungen in Wertigkeiten von einigen zig Millionen Mark, dann mögen die Kunden hier sagen: Was sind zig Millionen Mark gegenüber einem Gesamtetatvolumen des SWF und des SDR von zusammen eineinhalb Milliarden, was sind dann 50 oder 100 Millionen? Das ist weniger als die potentielle Fehlermarge der Einschätzungen eines solchen Gutachtens. Es hilft alles nichts: Man steht mit dem Rücken an der Wand. Die Diskussion wird allein unter diesem Aspekt geführt werden. Da besteht die Möglichkeit, eine solche Einsparung zu leisten, und was tun die Verantwortlichen und die Anstalten? Sie haben nur Probleme, widersetzen sich, wehren sich. Das kann also sehr leicht Eigengewicht entfalten. Eine solche Zahl in der Öffentlichkeit und auf Jahre hinaus kann bedeuten, daß, wann immer wir meinen, wir bräuchten mehr Geld für irgendeine neue Aufgabe, gesagt werden wird: Entschuldigung, wir haben euch doch nachgewiesen, welche Reserven in euren großen Organisationen stecken, aktiviert die und verlangt nicht nach mehr Geld. Das wäre also ein etwas bedauerliches Ergebnis, wenn es dabei bliebe.

Nur ist die Frage: sind diese Modellbetrachtungen nicht überhaupt Sandkastenspiele? Hier fühle ich mich nun doch eingeladen und berufen, auf die rechtliche Seite ein bißchen einzugehen, die, seltsam genug, bisher überhaupt kaum thematisiert worden ist. Auch bei Rückfragen von McKinsey: interessiert euch nicht die Einschätzung rechtlicher Möglichkeiten? Nein, das ist vorrangig mal nicht die Frage, man weiß, die Juristen machen sich zum Schluß sowieso über alles her, damit wollen wir uns nicht schon in der ersten Minute Fesseln anlegen lassen. Gut, das mag so sein. Aber man muß natürlich jetzt sehen: ginge denn die eine Kooperationslösung im Wege der Kooperation wirklich zu realisieren oder ginge das Fusionsmodell des Südwestfunks im Wege der Kooperation oder auch im Wege einer gesetzlichen Umformung? Da, meine ich, wird die Sache wenigsten auf den ersten Blick relativ einfach. Eine Kooperation ist ja nur möglich auf vertraglicher, auf freiwilliger Grundlage. Und ich kann mir soviel politischen Druck, der ja natürlich kommt, nicht vorstellen, daß das SDR-Kooperationsmodell für den SWF oder das SWF-Modell für den SDR annahmefähig sei, einigungsfähig sei. Fazit: Die Kooperation wird nach diesen Modellen - Zwischenlösungen sehe ich da nicht - nicht stattfinden. Frage also: Wie kann das auf gesetzlichem Wege erzwungen werden? Gesetze können die Rund-

funkstruktur verändern, aber das geht nicht in der Form, daß inhaltlich etwa von Gesetzeswegen vorgeschrieben wird: in diesem Bereich wird jenes Programm gemacht, das muß diese und jene Ausrichtung und Farbe haben, da dürfen dann 35 Prozent aus Stuttgart und 45 Prozent aus einem anderen Standort kommen. Solche Feinheiten und Festlegungen der Organisationen sind meines Erachtens dem Gesetzgeber aus verfassungsrechtlichen Gründen verwehrt. Er kann Rundfunk nur öffnen und seine Aufgabe beschreiben, er muß aber die Binnenorganisation den Entscheidungen der Binnenorgane einer solchen Rundfunkanstalt überlassen, sonst ist das Bild vom staatsfreien Rundfunk dahin. Hier kann also allenfalls in den Vorschlägen des Gutachtens ein Modell liegen, ein Beispiel, mögliche Gestaltungsformen. Aber ob das dann im Falle der Fusion so auch geregelt würde, ist allein Sache der dann zu wählenden und zu bestimmenden neuen Organe. Und das ist auch besser so als eine gesetzliche Festschreibung, denn die Organe wären dann dafür verantwortlich, daß wirtschaftlich verfahren wird, daß eine wirtschaftliche Binnenorganisation aufgezogen wird, die nicht zwanghaft zu großen Verlagerungen von Aufgaben führt, sondern mit den bestehenden Einrichtungen, mit dem vorhandenen Personal arbeitet und, all das in Rechnung stellend, die Dinge so organisiert, daß allenfalls nach einem langen gleitenden organischen Übergangsprozeß eine starke Einheit daraus hervorgeht. Aber dies im Detail zu regeln ist nicht Sache des Gesetzgebers. Es kommt eine Reihe weiterer rechtlicher Betrachtungen dazu, vor allem vom Arbeitsrecht her. Auch hier zeigt die Kooperation Schwächen. Ich kann - auf eine freiwillige Kooperation gestützt - nicht Hunderte von Mitarbeitern umsetzen oder Änderungskündigungen aussprechen. Dies ist anders - was jetzt nicht zynisch klingen soll -, sondern rein sachgesetzlich so, wenn dahinter ein gesetzgeberischer Wille steht und die Parlamente das so beschließen. Dann allerdings ist ein Zwang unvermeidlich, der sich auch auf die Beschäftigungsverhältnisse von Mitarbeitern auswirkt. Dann werden zwar weitere soziale Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle spielen müssen, aber es ist dann nicht ganz ausgeschlossen, daß Umsetzungen, Versetzungen, Aufgabenübertragungen, neue Aufgaben die Konsequenz sein werden. Schließlich ist die Kooperation auch für den Südwestfunk nur gesetzlich möglich, weil er - ich habe das vorhin andeutungsweise erwähnt - im Südwesten Landesstudios unterhalten muß, so in Freiburg und Tübingen, die nach dem Kooperationsmodell, das ja das Landesprogramm ganz in Stuttgart sieht, völlig in der Luft hängen mit ihrer Funktion. Mindestens müßte also dann der SWF-Staatsvertrag geändert werden, was auch nicht im Sinne der Erfindung ist. Nach allem dem ist das ganze nicht so leicht, selbst wenn politische Kräfte meinen, diese Fusion sollte nun kommen. Sie hat ihre Haken, sie hat ganz bestimmten Grenzen des Machbaren, was die inhaltlichen Vorgaben betrifft. Die Gesetzgeber müßten dann auch wirklich den Mut haben, dieser vereinigten Rundfunkanstalt ihre Binnenorganisation und ihre Aufgabendefinition selbst zu überlassen. Ob dazu Mut und Bereitschaft besteht, muß man sehen, das muß man ausloten; vielleicht ist das dann doch wieder nur ein weiterer Beitrag in der Diskussion. Allerdings vor den heraufdämmernden Zusammenhängen der europäischen Entwicklung wäre, wenn jetzt nichts dabei herauschaut, eben so sicher zu erwarten, daß die

Diskussion in fünf Jahren neu begäñne. Und ob sie dann nochmal auf den deutschen Südwesten beschränkt bliebe oder sich nicht vielmehr rasch ausweiten würde auf die Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland im ganzen, das ist anzunehmen, ist leicht möglich, wie auch geargwöhnt wird: was soll diese Strukturveränderung im Südwesten? Käme sie, dann zöge sie natürlich zwangsläufig mindestens eine lebhafte Diskussion an anderen Ecken des Landes nach sich; das kann man mit Händen greifen! Die Unruhe, die diesen Beruf, in dem wir arbeiten, so schön macht, kommt uns mit Sicherheit nicht abhanden, wie immer die Lösungen auch aussehen mögen.

Bierbach: Ich will jetzt hier keine historischen Diskussionen beginnen, aber weil Sie gerade zum Schluß noch einmal darauf gekommen sind, Herr Rüggeberg: es hat mal den Artikel 29 Grundgesetz gegeben, Länderneuordnung, weil die ja völlig ungleichgewichtig sind. Nehmen wir Bremen, das ja nur per Zufall gegründet ist, weil es eine Enklave der amerikanischen Besatzungsmacht in Norddeutschland war, die einen Überseehafen brauchte, oder nehmen wir das Saarland, das ja viel später gekommen ist, und die schwierige Staatsgründung im Südwesten aus den verschiedenen Ländern 1952. Der Artikel 29 des Grundgesetzes schrieb zwingend eine Länderneuordnung vor. Das haben die Länder und der Bund dann nicht mehr hingekriegt, aus dem einfachen Grunde, weil sich die Strukturen schon verfestigt und stabilisiert hatten. Dann hat man aus dieser Mußvorschrift eine Kannvorschrift gemacht. Wir haben vorhin schon die "Michel-Kommission" erwähnt, man hätte auch noch das "Luther-Gutachten" zur Länderneuordnung heranziehen können, was vorher gekommen ist. Parallel zu diesem Gutachten hat es die Diskussionen gegeben, auch die Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik etwa gleichgewichtig zuzuschneiden. Es hat ein Modell von etwa fünf öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten für die Länder gegeben, unabhängig vom ZDF. Dazu ist es auch nicht gekommen. Wenn wir heute den Zustand der ARD nehmen, dann befindet sich diese in einer gewissen Schiefelage: Sie hat sehr große Anstalten, ich nenne mal Ihr Haus als erstes, dann vor allem Westdeutscher Rundfunk, Bayerischer Rundfunk, Norddeutscher Rundfunk usw. Würde diese ARD nicht besser funktionieren können, wenn man zu etwa gleichgewichtigen Einheiten kommen könnte?

Rüggeberg: Ja, da bin ich nicht so sicher. Das wird immer angenommen, aber wir haben es halt' mit gewachsenen Strukturen zu tun. Wenn man den Rundfunk neu erfinden, neu organisieren würde, dann würde man sicher einen anderen Zuschnitt wählen. Aber wir haben nun mal diesen, und der funktioniert - manche sagen, nur leidlich; ich bin immer noch der Meinung: er funktioniert hervorragend. Dieses größte Rundfunksystem der westlichen Welt, mit seinen unerhörten Programmleistungen, immer noch ein riesiger Erfolg, immer noch international angesehen, beneidet, ist natürlich längst nicht so schwach und so schlecht, wie immer geredet wird! Insofern würde jeder Neuzuschnitt mit dem Ziel, gleichgewichtig große Einrichtungen zu schaffen, ein außerordentliches Maß an Ablenkung von den eigentlichen Aufgaben dieser Anstalten bedeuten, weil sie jahrelang mit strukturellen Auseinandersetzungen und Umformungen zu tun hätten. Wo das aber ohne allzugroßen Kraftakt gelingen kann, wo

die Chance besteht, sollte sie immerhin wahrgenommen werden. Ich denke auch, daß sich die ARD vom finanziellen Aufkommen her mit einigermaßen gleichgewichtigen Partnern in ihrer Entscheidungsbildung viel leichter täte als zur Zeit. Das ist keine Kritik, sondern sachnotwendig so: In den dramatischen Veränderungsprozessen, bei denen wir auch den Eindruck haben, ständig neue Dinge machen und sehr vieles verändern zu müssen, sind die finanzschwächeren Anstalten in der Regel gehalten zu sagen: um Gottes Willen, wir haben keine Mark, wir können dies oder das nicht mitmachen. So scheitert jede strategische Entwicklung innerhalb der ARD schnell am Widerspruch einer einzelnen Anstalt. Das Fünf-Anstalten-Modell, ich habe das in Erinnerung, aber wir haben aber auch andere Aussagen, so z.B. den Politologen Wilhelm Hennis, der davor gewarnt und gesagt hat: die ARD ist ein so heikles Gefüge und das geht überhaupt nur dadurch gut, daß es einige etwas hegemonistische Anstalten gibt, die den Geleitzug anleiten und führen, WDR, NDR, BR. Aber es würde die Balance außerordentlich gefährden, wenn neben diesen großen andere sich plötzlich in ihrem Gewicht verändern würden. Ich teile diese Auffassung nicht, aber auch sie gibt es. Die von Ihnen angesprochene Länderneugliederung war eben mal der historische Zusammenhang auch zur Rundfunkneugliederung, aber so wie die Länderneugliederung eigentlich tot ist, ist eben auch die Rundfunkneugliederung tot. Rundfunk hat meines Erachtens allerdings mit Ländergrenzen nicht mehr sehr viel zu tun. Gut, das ist der Organisationshintergrund, und die Länderinteressen müssen bedacht, die Länderbevölkerungen müssen bedient und versorgt werden. Nur die dramatische Änderung ist doch, daß jedwedes Rundfunkprogramm, Fernsehen und Hörfunk, nicht mehr kleingebietsweise nebeneinander verbreitet wird, sondern im Grunde keine Verbreitungsgrenzen mehr bestehen. Wir befinden uns im Moment gerade - ich kam heute aus dem Bundespostministerium herüber, wo wir über die Verträge über Satelliten-Hörfunk gesprochen haben - durch den Satellitenhörfunk in einer fundamentalen Veränderung der gesamten Struktur. Dies ist erstmals etwas, was wir im Bundesgebiet, vom Deutschlandfunk abgesehen, noch gar nicht hatten: Nationale oder fast darüber hinausgehende Hörfunkangebote von Rundfunkanstalten, die bisher immer gewohnt waren, sich wechselseitig keine Konkurrenz zu machen, sondern schön nebeneinander gleichartige Programme zu plazieren.

Bierbach: Aber der SWF konkurriert seit Jahren ganz schön gegen den WDR. Das gilt natürlich vice versa.

Rüggeberg: Ja, aber hat eine ganz andere Dimension, wenn jedes Programm im Grunde bundesweit ausgestrahlt werden kann. Der Rundfunk-Staatsvertrag hat da Grenzen gesetzt. Werbeprogramme, da würde die Konkurrenz sehr schnell sehr interessant werden. Stichwort SWF 3, natürlich in Nordrhein-Westfalen ein Erfolg. Über Satellit verbreitet, wäre es eine ungeheuere Versuchung. Aber die haben nicht nur wir, die hätten im selben Moment auch andere Rundfunkanstalten, und jeder wird ahnen, was das für diesen Zusammenschluß der ARD an Binnenkonflikten heraufbeschwören würde. Jetzt hat man sich schnell darauf verständigt und sagt: na ja, wir machen alle unsere Kulturprogramme, was Debatten auslösen wird über diese Art

von sehr aufwendiger Programmgestaltung; 15 gleichartige Kulturhörfunkprogramme, die alle in sich sehr teuer sind, nebeneinanderzusetzen, fällt spätestens dann als problematisch auf, wenn man jedes einzelne über Satellit verbreiten kann. Und wenn acht demnächst verbreitet werden, wird jeder sagen: was ist denn das für eine aufwendige Kultur, die hier betrieben wird? Die Programme gleichen sich wie ein Ei dem anderen. Trotzdem stehen acht nebeneinander mit jeweils riesigem Millionenaufwand. Ich will sagen, die Konsequenzen, die aus einem solchen einfachen, scheinbar kleinen Schritt heraufdämmern für die gesamte Grundstruktur und den Zusammenhalt in der ARD, sind ungeheuer. Deshalb ist mindestens der Gedanke gleichgewichtiger, aufeinander nicht eifersüchtig wachender, selbstbewußter öffentlich-rechtlicher Rundfunksysteme in der ARD kein falscher Gedanke. Man muß auf die Machbarkeit setzen, habe ich eingangs gesagt, man darf das nicht überstrapazieren, aber die Idee als solche ist sicher logisch.

Bierbach: Wenn Rundfunk schon längst nicht mehr an Ländergrenzen, also an den Grenzen der Bundesländer halt macht - das hat er rein technisch auch natürlich schon vorher nicht getan -, dann ist ja auch denkbar, daß er demnächst aus der Kulturhoheit herausfällt. Ich denke an die EG-Richtlinie, durch die wir möglicherweise ein ganz anderes Mediensystem bekommen werden. Sie sagten ja eben schon, wenn diese Diskussion in fünf Jahren noch einmal kommt, dann wird sie eine ganz andere Dimension haben.

Rüggeberg: Kulturhoheit der Länder bleibt davon unberührt, selbst wenn der Rundfunk großflächiger wird. Dann können eben nicht mehr die Länder für sich jeweils allein den Rundfunk regeln. Dann tun das zwar immer auch noch die Länder, allerdings durch Staatsverträge. Sehr umständlich, aber die Länder haben die Möglichkeit, ihre Kulturhoheit auch bundesweit wahrzunehmen, indem sie sich durch Staatsverträge verabreden, und das ist dann hier eben auch erforderlich.

Bierbach: Der Medienstaatsvertrag.

Rüggeberg: Der Staatsvertrag der Länder ist ja ein deutlicher Beleg. Na ja, deutlicher Beleg? Es ist ein Beleg. Es hat immerhin fünfzehn Anläufe der Ministerpräsidenten bedurft, bis er verabschiedungsreif war. Aber es ist gelungen, und das ist der richtige Weg. Die EG erwirbt meines Erachtens keine Kulturhoheit, das will sie auch gar nicht. Sie sagt: Rundfunk ist ein Wirtschaftsgut, ist ein Dienstleistungsvorgang und unterliegt deshalb unserer Kompetenz. Wir werden, wenn die EG-Richtlinie zustandekommt, bundesintern wahrscheinlich ein Verfahren beim Bundesverfassungsgericht haben, und ich glaube noch nicht, daß es der EG gelingt, diese Kulturhoheit der Länder wirklich zu überrollen. Da gibt es inzwischen doch zuviel Aufmerksamkeit für diese Frage auch in anderen Ländern, ob die EG mit ihrem Hang zur Regulierung wirklich der berufene Gestalter der Rundfunklandschaft in Europa sein kann. Ich glaube, daß sich das deshalb wieder beruhigen wird, weil es den Europarat gibt, dem wir hier viel eher eine kulturelle Aufgabenstellung zugestehen und beimessen, die hat er auch per defini-

tionem. Vor allem hat er nicht das Defizit, daß nur ein Teil der europäischen Länder dazugehört, sondern die wirklich große Mehrzahl der Länder einschließlich der deutschsprachigen Bereiche, Österreich und Schweiz gehören dem Europarat an. Dessen Konvention über eine Vereinheitlichung gewisser Grundsätze der Programmgestaltung ist von der Sache her notwendig. Natürlich brauchen wir internationale Regeln, internationale Verabredungen, damit nicht durch unterschiedliches Recht nationale Medienordnungen überrollt werden. Aber das kann die Europaratskonvention schaffen, und deshalb wird sich zeigen, daß wir die EG-Richtlinie nicht eigentlich brauchen. Ich kann natürlich nicht behaupten, sie käme nicht. Wenn sie kommt, dann löst sie hier im Lande noch erhebliche rechtliche Auseinandersetzungen aus.

Bierbach: Eine andere Frage, da wollte ich noch etwas vertiefend nachfragen. Sie sagten eben schon, sechs Programme gibt es im Süd-West-Raum, also von Südwestfunk und vom Süddeutschen Rundfunk verbreitet und jeweils in 60 Prozent der Sendegebiere zu empfangen. Wäre es da nicht im Sinne einer rationellen Sendepolitik notwendig und sinnvoll, diese nun wirklich so sauber zu sortieren, möglicherweise auch durch Einrichtung von reinen Spartenprogrammen, von ein oder zwei reinen Spartenprogrammen? Es könnte ja beispielsweise ein reiner Nachrichtenkanal eingerichtet werden, in dem ich von morgens bis abends informiert werde?

Rüggeberg: Empfänger der jetzt zwei mal drei Programme liegen dazwischen und hören je nach Lust und Laune an diesem Tag das eine und das andere an jenem Tag, ohne einzuräumen, das sei das Gleiche. Insofern können die zwei mal drei Programme je nach Geschmack auch von einzelnen Teilnehmern als sechs verschiedene Programme empfunden werden, also eine interessante Auswahl. Aber auf jeden Fall wäre auch dieser Zufallskonstellation gegenüber ein Fächer von fünf oder sechs zielgruppenorientierter Programme die bessere Lösung. Das ist auch unsere Meinung. Deshalb halte ich, was hoffentlich durchgeklungen ist, ein bißchen etwas von dem Gedanken dieser Fusion. Es läßt sich hier für das Publikum ein Mehr von Informationen erzielen, wenn man die Frequenzen in dieser Form geeignet nutzt. Die Zielgruppenausrichtung - dafür bin ich selbst zu wenig Programmman, um zu entscheiden, ob ein reiner Nachrichtenkanal das wäre, was wir brauchen. Im Fernsehen halte ich das für an der Zeit, im Hörfunk nicht unbedingt. Wir planen aber neben diesen Programmen über die Mittelwelle eine häufigere Auseinanderschaltung, um vor allem Großereignisse, langdauernde Ereignisse, Bundestagsdebatten, große Geschehnisse hier großflächig anbieten zu können. Diese Zielgruppenorientierung haben wir im Blick - mit Jugend, mit Bildungsprogrammen, mit Kulturprogrammen. Vor allem die Kultur, jetzt wage ich mich doch einmal auf das Programmfeld: Für mich wäre es von großem Vorteil und für viele andere auch, wenn man die Kulturprogramme in Musik- und Wortprogramme trennen könnte. Wer sich in England auskennt, weiß, daß die BBC mit dem 3. und 4. Programm so vorgegangen ist und damit große Erfolge erzielt. Das 3. und 4. Hörfunkprogramm gesplittet, hat in England ungefähr 15 Prozent ständige Zuhörer. Ich will jetzt die Parallelzahl für unsere Zweiten Kulturprogramme hier im Lande nicht nen-

nen; sie ist erheblich niedriger. Es besteht immer die Gefahr, daß, wenn ich Musik hören will, zwei Stunden Wort höre, und will ich Wort hören, höre ich zwei Stunden Musik. Eine Trennung der Kultursparten im Sinne großflächiges Wort, großflächige Musik könnte einen großen Vorteil bringen. Das geht aber bei dem Bestand an Frequenzen nicht. In Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz haben wir das Problem, daß man anders als in anderen Ländern uns Frequenzketten für 4. oder gar 5. Programme, die es teilweise schon gibt, nicht überläßt, weil der private Rundfunk sich hier entfalten soll. Das wäre natürlich gestaltbar, wenn wir alle Frequenzen hätten. Nur wir kriegen sie nicht. Und insofern hülfe uns in der Tat, um diese Zielgruppenorientierung zu ermöglichen, nur ein Neuzuschnitt dieser Programme, und der ist eben, wie sich an den Modellen zeigt, durch Kooperation kaum zu erreichen. Der würde dann schon die Planung, die Entscheidung aus einer Hand und damit auch die Gestaltbarkeit aus einer Hand bedingen.

Bierbach: In welchem Kontext steht denn diese Diskussion nach Ihrer Einschätzung mit dem verstärkten Auftreten der privaten Konkurrenz? Es hat ja auch bei Ihnen im Sendegebiet lange Diskussionen, Gutachten und Rechtstreitigkeiten darüber gegeben, welche Reichweiten die jeweiligen Systeme erreichen.

Rüggeberg: Das spielt in der Diskussion keine sehr entscheidende Rolle. Natürlich ist das ganze auch vor dem Hintergrund geboren worden, daß wir ein duales Rundfunksystem haben werden. Aber ich kenne nicht jede Seite des Gutachtens, ich kenne nur einige, doch gibt es dafür keinen Anhaltspunkt, keine Rationalisierungsempfehlungen, weil andere etwa rationeller arbeiten als wir. Dieser Zusammenhang wird eigentlich nicht in den Vordergrund gerückt. Das Gutachten ist eine Binnenbetrachtung der Leistungsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Systems für sich. Es wird nur gesagt: wir werden uns behaupten müssen und der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird es schwer haben. Und die Regierungen versichern, sie seien angetreten, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch imstande zu halten, die Konkurrenz zu Privaten zu bestehen, just durch diese Fusion. Ich wünschte ja, man könnte dem so ohne weiteres folgen und Glauben schenken, diesem ernstesten Willen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu stärken. Leider krankt die Diskussion vor allem in Baden-Württemberg ein bißchen an der letzten Gebührenerhöhungsdebatte. Sie werden sich erinnern, daß es just eben dieselbe Regierung war, die der Gebührenerhöhung heftig widersprochen hat, so entscheidend, daß diese fast am Widerstand des Landes Baden-Württemberg gescheitert wäre. Also hier will man zwei Dinge in einem regeln. Man will nicht zu Lasten des privaten Rundfunks die finanziellen Ressourcen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ausweiten, der seine Chance behalten und durch Rationalisierung in der Lage sein soll, wenn trotzdem die Konkurrenz bestehen zu können. Vielleicht ist das allerdings die Quadratur des Kreises.

Bierbach: Eine andere Frage, die sich vielleicht nach zwei Seiten wenden läßt. Ich habe gestern in einem Kommentar gesagt: es gibt Ministerpräsidenten, die zwar immer sagen, sie wollten den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhalten, und das sei ja auch ein hohes

Kulturgut, aber im Grunde genommen alles tun, um ihn zu schwächen. So kann man argumentieren, man kann aber auch argumentieren, jetzt auf den Süd-West-Raum bezogen, hier werde im Grunde genommen ein parteipolitisches Komplott geschmiedet, nämlich eine, ich sage mal, konservative Medienpolitik fest und auf Dauer verankert. Ich weiß nicht, ob Sie sich dazu dezidiert äußern mögen.

Rüggeberg: Das kann ich. Ich sehe es nur nicht so. Ich kann mich nicht in dem Sinne äußern, daß ich Ihrer Fragestellung zustimme. Das ist zu wenig greifbar; es ist nicht vorhersehbar, wie neue Gremien sich zusammensetzen, das hängt von vielen Dingen ab. Man kann durch die Fusion die Situation einer Partei, nehmen wir mal hier die Mehrheits- oder die regierenden Parteien, das sprechen Sie ja an, eigentlich nicht stärken. Ich wundere mich immer, daß die im Lande Baden-Württemberg nicht mit zwei Rundfunkanstalten zufriedener, fröhlicher und glücklicher sind als mit einer. Wieso also die Machtentfaltung, um es beim Namen zu nennen, der CDU durch eine so fusionierte Rundfunkanstalt größer und stärker werden sollte, weiß ich nicht. Gegenüber dem Argwohn, man wolle nur das liberale SDR-Gesetz durch ein weniger liberales SWF-Gesetz ersetzen und damit die Frage der Staatsvertretung in den Gremien besser regeln, ist sofort glaubwürdig bestritten worden. Die Regierung von Baden-Württemberg hat erklärt, daß in der neu gestalteten Rundfunkanstalt keine Regierungsvertreter sitzen würden. Das ist etwas, was auch Herr Prof. Kahlenberg in einem Vortrag Anfang dieses Jahres geargwöhnt hat, daß dies ein starker Motivationsteil der ganzen Neuregelung sein würde, das ist aber durch nichts zu erhärten. Ich kenne jedenfalls keine Dokumente, keine Erklärungen, die dies erhärten könnten. Und wieso man mit einer Anstalt leichter spielen könne als mit zweien, wenn denn die Absicht bestände oder die Möglichkeiten überhaupt nur da wären, das ist nicht nachvollziehbar für mich.

Bierbach: Hier ist jetzt ein Zettel von Herrn Kahlenberg auf's Podium hochgereicht worden, auf dem steht: bitte die Diskussionen für's Plenum öffnen. Ich habe auch schon die ganze Zeit ins Plenum geguckt, ob es irgendwelche Wortmeldungen gibt. Prof. Albertin hat sich jetzt gemeldet, dann Herr Hasper.

Albertin: Herr Rüggeberg, ich darf noch einmal auf dieses Stichwort der europäischen Perspektive zurückkommen und fragen, ob es nicht im Grunde genommen der zureichende Grund bei dieser Diskussion, die eine Motivforschung ist, sein könnte? Sie haben gesagt, der Südwesten sei das Zentrum dieser Entwicklung. Das ist historisch gerechtfertigt, wenn Sie etwa Rheinland-Pfalz nehmen, es hat sehr früh nach dem Zweiten Weltkrieg die erste Partnerschaft mit der Bourgogne aufgenommen. Baden-Württemberg ist das Land der Bundesrepublik, daß die intensivsten politischen, ökonomischen, kulturellen Verbindungen mit Frankreich hat. Die Franzosen sind ganz nervös, wenn es um die Regionen geht, sie denken schon wieder daran, die Regionen zum Teil neu zuzuschneiden, damit diese Disparitäten mit Blick auf die deutschen Bundesländer ausgeglichen würden. Sie sprachen von der Niederlassungsfreiheit. Wenn also der gemeinsame Markt 1993 kommt, kann ich mir eigentlich als Laie, der

all diese rechtlichen und sonstigen organisatorischen Dinge nicht so kennt, gar nicht vorstellen, daß dieser Zustand ohne die Fusion und die Konkurrenzfähigkeit hält im europäischen Horizont. Das ist die erste Frage, eigentlich eine rhetorische Frage im Sinne einer - wie ich empfand - einer Option, die Sie fast schon ausgesprochen haben im Blick auf die Fusion. Und die zweite Frage bezieht sich auf Ihr Stichwort von der gestalterischen Autonomie. Sie haben ja die Organisationsgewalt ausführlich dargelegt, historisch und mit Blick auf das Gutachten. Was meint eigentlich gestalterische Autonomie, wenn Sie andererseits die rechtlichen Zwänge nannten, die es im Grunde genommen nur den Binnenorganen gestatten, kulturell nun Inhalte zu bestimmen? Sie sagten, auch kulturelle Autonomie würde intensiver werden, wenn ein bestimmtes Modell durchgesetzt werden könnte. Ich würde ganz gerne hören: wo liegen eigentlich inhaltliche Akzente mit Blick auf diese neue Vision gestalterischer Autonomie, gleich welches Modell Sie nehmen?

Rüggeberg: Die europäische Perspektive habe ich in der Tat zugestanden als etwas Wichtiges, als etwas Wesentliches, als etwas Aktuelles und Neues, was hier einschlägig ist. Nur: wer ist dann stark genug, sich in dieser europäischen Landschaft zu behaupten? Muß man dann nicht auch darauf sehen, daß ein Gesamtsystem wie die ARD in der Lage ist, hier aktiv zu werden? Nur der ganz große Zusammenschluß kann das überhaupt bewältigen. Ich habe gefragt: was bringt insofern ein Zusammenschluß gerade zweier Anstalten in Baden-Württemberg? Das verändert die Landschaft noch nicht so sehr, daß wir sagen, nun haben wir eine Größenordnung, jetzt kann sich europäisch der Markt entwickeln wie er will, hier werden wir uns immer behaupten können. Ich will das nicht abschwächen, es wäre vor diesem Hintergrund ein Vorteil, wir hätten eine größere Einheit. Aber daß damit schon die Bewältigung der Anforderungen Europas Ende der neunziger Jahre eingeleitet wäre, da habe ich meine graduellen Zweifel, keine prinzipiellen Zweifel, aber jedenfalls graduelle Zweifel. Die Frage bleibt eben: warum gerade der Zusammenschluß dieser beiden Anstalten? Dann muß man größer denken, und dann muß man eben auch das Entscheidungshandeln der ARD, also die Frage der zentralen Entscheidungskompetenzen innerhalb der ARD oder solcher Reformen mitbedenken, solche Schritte mindestens parallel und alternativ mitdiskutieren, um hier dann zu beantworten, welches der geeignete Weg ist.

Zur gestalterischen Autonomie: Das habe ich nicht als etwas Neues darbringen wollen, sondern als einen Befund aus dem Verfassungsrecht, daß einer staatsunabhängigen Rundfunkanstalt nicht von Staats wegen vorgeschrieben werden kann, wie ihre Programmtätigkeit, von welchen Standorten aus, auszusehen hat. Dies ist etwas, was ich für vorgegeben ansehe. Vielleicht kann man aber auch nicht alles auf die gestalterische Autonomie einer solchen Anstalt und Ihrer Gremien beziehen. Ich gehe vielleicht da auch ein bißchen zu weit. Der Gesetzgeber kann in gewissem Rahmen auch Vorgaben treffen. Er kann nicht alles im Detail regeln wollen, aber wir haben z.B. hingenommen, das ist ein konkretes Beispiel, daß im Rundfunkstaatsvertrag der Länder uns aufgegeben ist, einen Kulturkanal mit europäischer Komponente, mit europäischer Gesamtbeteiligung

mit zu tragen und mit zu unterstützen. In diesem Sinne ist eine positive Vorgabe vom Gesetzgeber her gegenüber autonomen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten möglich. Nur in Baden-Württemberg geht die Diskussion ganz anders: Also sehr detaillierte Zuordnungen von Aufgabenstellungen innerhalb eines bestimmten Programms, möglicherweise noch mit Nennung der Zahlen der Mitarbeiter, die hier und dort sein können, der Standorte, die hier und dort mit 20, mit 30, mit 40 Prozent zu berücksichtigen sind. Da ist meines Erachtens der gesetzliche Rahmen überschritten. Die Länder, also die Parlamente können allgemeine politische Vorgaben machen in dem Sinne, was auf jeden Fall der öffentlich-rechtliche Rundfunk leisten soll, aber sie dürfen dies nicht abschließend organisatorisch regeln. Ein Kernbestand an Organisationsautonomie muß einer Rundfunkanstalt zugestanden bleiben, sonst wäre sie keine nach dem Bild unserer Verfassung, jedenfalls in der Ausprägung, wie die fünf berühmte gewordenen Fernsehurteile des Bundesverfassungsgerichts dies inzwischen definiert haben.

Bierbach: Jetzt Herr Hasper bitte, Medienjurist wie Herr Rüggeberg:

Hasper: Meiner Meinung nach spielen die Praxisüberlegungen, die Sie angestellt haben über wünschenswerte Programme, nur dann eine Rolle, wenn ein Konsens vorhanden ist. Das hatten Sie ja angesprochen. Sobald der Dissens da ist, und der besteht ja zwischen SWF und SDR, besteht zwischen Regierung und Opposition in den Landtagen, kommt doch sehr schnell die praktische Frage, ob das rechtlich überhaupt durchzusetzen ist, was Späth vorhat. Ich glaube, daß man nicht genug darauf hinweisen kann, daß die Landtage bzw. die Landesregierungen initiatorische Befugnisse haben im Rundfunkbereich, aber eben, daß die begleitende Rechtgebungskompetenz der Landtage fast auf Null zurückgeführt ist durch die Bestimmung, daß Gesetzesänderungen oder Grundlagenänderungen - und Organisationsänderungen sind ja Grundlagenänderungen - nur zu dem Zwecke von Herstellung oder Maximierung von Rundfunkfreiheit möglich sind. Und da wage ich doch ganz entscheidende Zweifel anzumelden, ob das unter diesen Voraussetzungen gelingt. Zumal ja das Bundesverfassungsgericht in seinem fünften Urteil ausdrücklich eben darauf hingewiesen hat, daß die Ansicht der Landesregierung von Baden-Württemberg, daß die begleitende Gesetzgebungskompetenz weiterbesteht, eben nur dieser kleine Rahmen da ist. Und dann möchte ich noch darauf hinweisen, daß hinter allem eben die Frage der Gebührenhoheit steht. Solange die nicht geklärt ist, wird es keine freie Entscheidung im Rundfunkbereich geben, wenn immer noch die Drohung mit der Verweigerung von Gebührenerhöhungen weiterbesteht. Anders ausgedrückt: Wenn die Gebührenhoheit weiter bei den Landtagen bleibt und nicht - wie in der Vorlage an das Bundesverfassungsgericht angeregt - auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten übertragen wird. Wenn Sie dann auch noch kurz wenigstens sagen wollten, was das fünfte Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum baden-württembergischen Landesrundfunkgesetz bzw. zum Begehren des Süddeutschen Rundfunks, ein Rundfunk-Regionalprogramm zu machen, ist.

Rüggeberg: Und des Südwestfunks, und das kenne ich ja gut, weil ich selber beteiligt war in diesem Verfahren. Es ging kurz um das Landesmediengesetz Baden-Württemberg, das erstmals gewisse Programmarten und Tätigkeiten den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten untersagt hatte. Gegen diese Untersagung sind wir vorgegangen, in dem Sinne, daß der Gesetzgeber Vorgaben positiver Art machen kann. Er kann sagen, sie sollen dies und jenes tun, aber ein Verbot gegen eine bestimmte Programmtätigkeit, hier regionale Programme, aufzuziehen, steht dem Gesetzgeber nicht zu Gebote. Das war die wichtige Erkenntnis aus diesem fünften Fernsehurteil, das im übrigen in der Tradition der anderen Urteile gleichen Ranges gesehen werden muß. Trotzdem, Herr Hasper, ganz kurz, aber das ist eine sehr fundamentale Frage, die angesprochen worden ist, Sie verfechten ja gewissermaßen die Theorie: der Staat, der Gesetzgeber kann zwar den öffentlich-rechtlichen Rundfunk schaffen, er hat sich dann aber tunlichst herauszuhalten aus jeder organisatorischen Umgestaltung; das heißt, was einmal geschaffen ist, hat gewissermaßen Ewigkeitsanspruch. Dieser Rundfunk ist nur noch sich selbst verantwortlich, es kann kein anderer mehr in ihn hineinregieren. Er ist sich selbst, und da natürlich gestützt durch die Zuständigkeit seiner Organe, aber im wesentlichen selbst verantwortlich. Und das kulminiert dann noch in der Vorstellung, die Rundfunkanstalten sollten sich auch noch die Gebühren selber bewilligen können. Ich würde Ihnen ja gerne folgen in dieser Sicht. Nur, das ist zu schön, um wahr zu sein. Es kann nicht sein, daß wir ein System sind, daß keinerlei wirtschaftlichen Zwängen ausgesetzt ist, dem Wettbewerb, sondern öffentliche Gebühren erhält und trotzdem jeder Steuerungsmöglichkeit derselben öffentlichen Hand, die diesen Rundfunk geschaffen hat, entzogen wird, prinzipiell. Ich habe das mit Aufmerksamkeit gelesen, was Sie auch sehr ausführlich im "Funkreport" dargelegt haben und es sind sehr wichtige Hinweise darin enthalten; aber ich folge diesem Grundgedanken nicht bis zuletzt, aber graduell sehr wohl. Der Gesetzgeber kann nicht alles mit diesem Rundfunk machen, da folge ich Ihnen. Er kann hier nur Rahmenbedingungen schaffen, und er kann Änderungen nur vornehmen, wenn diese Änderungen in der Tat dazu bestimmt sind, der Entfaltung der Rundfunkfreiheit zu dienen, bestimmt sind, das heißt, ihren Hintergrund haben in der Entfaltung, und das ist die höchste Pflicht, die der Gesetzgeber hat, Rundfunkfreiheit zu gewährleisten. Eine Veränderung, die darauf angelegt wäre, Rundfunkwahrnehmungsmöglichkeiten in diesem Bereich durch gesetzliche Verbote einzuengen, erfüllt nicht die Voraussetzung der Bereitschaft, die Rundfunkfreiheit auszuweiten, zu entfalten, und dies ist ein wichtiger Schutz selbstverständlich. Nur wir haben vorhin darüber diskutiert, daß die Fächerung von Programmen, der Neuzuschnitt von Programmen natürlich seinen Hintergrund auch durchaus vor berechtigten Erwartungen des Publikums hat, die ein neues Angebot, einen neuen Angebotszuschnitt erhalten können. Ob das wirklich eintritt, ist eine andere Frage. Es muß für den Gesetzgeber genügen, daß jedenfalls die Absicht besteht und die tatsächliche Chance gegeben ist, daß hier Verbesserungen für den Teilnehmer herauszuschauen. Wenn das gewährleistet ist, dann kann er anders organisieren. Er muß einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorsehen und unterhalten! Aber der muß nicht so zugeschnitten sein

wie der jetzige. Insofern gilt also dann doch für den Gesetzgeber der Satz: Der Herr hat's gegeben, der kann's auch wieder nehmen. Er kann das auch verändern.

Bierbach: Ich will jetzt hier keinen medienjuristischen Disput eröffnen, der sich langsam abzeichnet, wobei ich sagen muß: bisher konnte man auch als Nichtjurist ja noch ganz gut folgen, was bei Juristen ja nicht immer unbedingt gegeben ist; das gilt dann auch für andere Berufe. Herr Hasper hat noch mal das Wort:

Hasper: Ich habe ich meinen Darlegungen die historische Entwicklung dieser Vorstellungen genau nachgezeichnet. Aber das, was ich meiner Meinung nach an neuem eingebracht habe, ist eben der Hinweis, daß der Souverän des Rundfunks eben nicht mehr der Staat ist, der ihn geschaffen hat, sondern die Allgemeinheit. Und das hat das Bundesverfassungsgericht ja auch nachdrücklich festgehalten. Wenn diese Verantwortungsverlagerung nicht eingetreten wäre, könnte oder müßte zwangsläufig Ihre These greifen. Wo bleibt sonst die Trennung, also die Staatsferne des Rundfunks, wenn Zweckmäßigkeitsüberlegungen von Landesregierungen Strukturen des Rundfunks verändern könnten? Meine Vorstellung von der Verlagerung der Gebührenhoheit auf die Rundfunkanstalten ist ja nicht so, daß damit den Intendanten das Recht gegeben würde, Geld zu drucken. Ich habe deutlich gesagt, daß die Gremien dann nicht mehr wie bisher ernannt werden können, sondern eine demokratische Legitimierung durch eine Direktwahl bekommen müßten. Erst dann würde der Satz des Bundesverfassungsgerichts greifen, daß die Öffentlichkeit durch die Gremien vertreten ist.

Rüggeberg: Es führt wirklich in ein staatsrechtliches Kolleg hinein. Der Satz, die Allgemeinheit sei der Träger des Rundfunks, ist so vom Bundesverfassungsgericht nicht gefallen. Die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist nicht absolut, sie ist doch auch ein Widerspruch in sich: Wie soll denn etwas öffentlich-rechtlich sein, aber absolut staatsfern: Keine Partei, keine Regierung, kein Parlament darf Einfluß auf diesen Rundfunk haben, der sich öffentlich-rechtlich nennt. Einem öffentlichen Zweck zu dienen, und was öffentliche Zwecke sind, ist natürlich zu definieren, das ist die eigentliche und die vornehmste Aufgabe von Parlamenten. Es mag sein und vielleicht belehrt mich sogar das Bundesverfassungsgericht in dieser Gebührenfrage, daß ich das falsch sehe. Nur ich bin zutiefst davon überzeugt, diese Funktion, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu entwickeln, seine Freiräume zu sichern, dabei aber auch Vorgaben zu machen, die läßt sich den Parlamenten nicht nehmen. Alles andere ist eine dritte Ebene, die der nur noch Sich-Selbst-Verantwortlichkeit, und das kann einfach nicht unsere Lösung sein. Aber wir sind trotzdem so weit nicht auseinander. Die trotzdem bestehende Staatsferne des Rundfunks schützt vor inhaltlicher Gängelung. Der Rahmen ist aufzuweisen durch den Staat und kann verändert werden. Die Staatsferne wird umso intensiver, je mehr es um konkrete Programmgestaltungsfragen geht. Da sind wir sehr sehr frei. Aber in unserer eigenen Organisation jedwede Intervention durch Gesetzgeber zurückzuweisen, das wird nicht möglich sein.

Bierbach: Diese Meinungsverschiedenheit bleibt heute wohl unausgeräumt. Eine weitere Wortmeldung. Ich kenne Ihren Namen leider nicht:

Fragner: Herr Rüggeberg, Sie sagten vorhin, im SDR-Modell mit seinen zwei Landeskettten hingen die Südwestfunk-Landesstudios Freiburg und Tübingen nun doch ziemlich in der Luft. Man sollte zur Erklärung sagen, daß die Landesstudios Freiburg und Tübingen seit 40 Jahren für den Südwestfunk die landespolitische Berichterstattung aus Baden-Württemberg machen. Und das ist sicher eine landespolitische Berichterstattung, die in vielen Aspekten anders aussieht als die landespolitische Berichterstattung, die der SDR aus Stuttgart macht. Das ist gar keine Wertung. Landespolitik sieht aus dem südbadischen Freiburg sicherlich anders aus als in Stuttgart. Deswegen die Frage: Welchen Platz hat explizit die landespolitische Kompetenz von Tübingen und Freiburg im Südwestfunk-Konzept? Sie wissen sicher auch, daß die Kollegen in Freiburg und Tübingen sich ein bißchen von Baden-Baden im Regen stehengelassen vorkommen.

Rüggeberg: Ja, zu Unrecht, wie ich meine; ich kann verstehen, daß dort eine besondere Betroffenheit herrscht, weil eben diese beiden Studios in der Tat im Südwestfunk die landespolitische Berichterstattung fast vollständig tragen, dazu auch bestimmt sind. Und sie hängen nach dem SDR-Modell völlig in der Luft. Nur in Freiburg, und gerade in Freiburg und Tübingen fürchtet man nichts so sehr wie die Fusion und wendet sich dagegen. Gegenüber der Kooperation habe ich soviel Widerspruch nicht gehört. Im Falle der Fusion sehen wir in unserem Modell die Funktion dieser Studios ganz ungeschmälert. Es gibt allerdings einen dann anderen organisatorischen Zusammenhang. Wäre Stuttgart das Landesfunkhaus der großen zentralen Anstalt, ähnlich wie Hannover oder Kiel für den NDR, dann wären dieser Stelle, diesem Landesfunkhaus alle Studios im Lande zugeordnet, die hingen dann nicht mehr an der Zentrale, sondern sie hingen an diesem Landesfunkhaus. Aber das schmälert natürlich ihre Funktion überhaupt nicht, Im Gegenteil: Durch das Aufziehen einer vollständigen Landeswelle, die das Erste Programm dann wäre für ganz Baden-Württemberg plus einem Mantelprogramm des Funkhauses für subregionale Fenster, die ja auch erst in der Entwicklung sind, - in Freiburg gibt es ein solches mit dem Radio Breisgau -, aber nur dort stärkt das Fusionsmodell des SWF die Stellung der Studios. Die Studios sind wirklich ein zentraler, integraler Teil des Südwestfunks. Ich habe gesagt, der Südwestfunk muß sie sogar halten. Sich vorzustellen, wir würden die im Stich lassen, ist zwar in der Tat in Freiburg und Tübingen bei einigen Kollegen in dieser nervösen Situation spürbar, aber es ist nicht eigentlich verständlich. Nur gegenüber dem SDR-Modell bimmeln natürlich alle Alarmglocken, denn dort sieht man ein Landesprogramm Baden-Württemberg aus Stuttgart mit 90 Prozent, das dann zu 10 Prozent noch Zulieferungen aus Studios erhält, nicht nur aus Tübingen und Freiburg, sondern auch noch aus Mannheim und Karlsruhe, um die Studiosituation in Baden-Württemberg im Ganzen zu beschreiben. Das

wäre ein ernster Funktionsverlust und das ist eines der Hauptargumente, weshalb wir der Meinung sind, daß wir als Südwestfunk dem Kooperationsmodell des SDR nicht zustimmen können.

Bierbach: Danke schön, jetzt ist Herr Zilius dran:

Zilius: Auf mich macht diese Diskussion einen unerhört theoretischen Eindruck, Herr Rüggeberg. Aber das gehört natürlich auch zum Gebiet des Justitiars. Also jedenfalls sehr programmfern, auch was Sie zu den verschiedenen Programmen gesagt haben. Da haben wir in der Programmpraxis ganz andere Erfahrungen, das können drei, das können sechs oder zwölf Programme sein. Für den Hörer ist ein ganz bestimmtes Programm sehr wichtig. Und dem hält er die Treue, das kann das Zwölfte sein, das kann aber auch das Dritte sein. Aber das nur so am Rande. Nach meinen Erfahrungen, die jetzt nun einige zwanzig Jahre zurückreichen, ist immer dann, wenn an der Schraube der ARD gedreht wurde und an der Landschaft der Rundfunkanstalten, waren das allein und ausschließlich politische Gründe. Und zwar machtpolitische Gründe auf Länderebene. Alles andere waren vorgeschobene Argumente. An die europäische Karte glauben Sie nach Ihren Ausführungen selber nicht. Aber was ist denn schon dies Zusammenlegen dieser beider Anstalten in einer europäischen Perspektive? Die Programme sind nicht entscheidend für Änderungen, nur der politische, so oder so gelegene Länderwille. Das läßt sich ja nachweisen an der norddeutschen Landschaft, am NDR, wie sich Niedersachsen in's Spiel gebracht hat, wie sich Schleswig-Holstein in's Spiel gebracht hat. Das sind doch machtpolitische Entscheidungen. Entscheidend allein ist der Machtwille von Ministerpräsidenten und Landtagen. Würden Sie Ihre Ehrlichkeit auf die Spitze treiben und dem etwa zustimmen und dann ganz knapp sagen: wie liegen denn nun die politischen Machtverhältnisse und nach welcher Richtung läuft es dann?

Rüggeberg: Also ich fühle mich nicht so sehr angesprochen und verantwortlich dafür, denn ich habe mit den machtpolitischen Konstellationen, die hier natürlich festzustellen sind, herzlich wenig zu tun. Es sind nicht die Rundfunkanstalten, die diese Veränderung irgendwo angezettelt haben, sondern es sind die Regierungen. Ich habe versucht darzulegen, warum Regierungen mit Hilfe ihrer Parlamente eben rechtlich in der Lage sind, hier gestalterisch einzuwirken. Ich räume ohne Weiteres ein, daß z.B. die Abnabelung des Saarländischen Rundfunks aus dieser Debatte überhaupt nur aus unterschiedlichen parteipolitischen Konstellationen bei den Regierungen und in den Landtagen zu erklären ist. Das gilt aber wechselseitig. Vom Saarland aus hat man kein erkennbares Interesse, mit Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz über diese Frage zu sprechen, und umgekehrt. Ich räume Ihnen gern ein, das ist ein Indiz, daß hier auch parteipolitische Überlegungen eine Rolle spielen, aber nicht in dem Sinne, wie jetzt der Rundfunk parteipolitisch und das Programm in den Griff genommen werden kann, sondern auf welcher Ebene man sich denn verständigen und einigen kann über Änderungen. Und da ist es natürlich unter Partnern gleicher Parteizugehörigkeit leichter. Mich trifft aber sehr, wenn mir von einem Programmkundigen entgegengehalten wird, daß ich als Ju-

rist natürlich nur in Grenzen Programmverständnis haben kann. Daß ich so wenig habe, wie Sie annehmen, trifft mich schon etwas. Ich habe nur aus Zeitgründen noch nicht anbringen können, daß die Programmtreue etwas ist, was wir zu registrieren haben und im Grunde gegen jede Veränderung spricht oder sie erschwert. Das ist ganz klar. Wir haben darüber Erfahrungen. Die 20, 30 Hörfunkprogramme, die in der Luft sind, werden bei Leibe von den Teilnehmern nicht wahrgenommen. Die sind oft nur auf ein einziges Hörfunkprogramm eingeschworen. Anders ist das beim Fernsehen, wo man mit der Fernbedienung freihändig operieren kann. Gerade der Hörfunkhörer hat eine außerordentliche Kanaltreue. Nur dies zu respektieren, zwingt zu der Einsicht, daß Veränderungen nicht möglich sind in diesen Programmen. Man muß sehen, ob nicht ein überlegenes Programm trotzdem seine Hörer findet. Die Tatsache, daß es dem privaten Rundfunk gelingt, uns Hörer in einem nicht ganz unbeträchtlichen Umfang abzunehmen, beweist natürlich, daß es den Vorgang der Treulosigkeit gegenüber Hörfunk- und Fernsehprogrammen leider eben doch gibt. Das heißt, man muß immer nach besserem suchen. Aber es ist sehr richtig, daß bei der Vorstellung, die ganzen Frequenzen neu zu bündeln und alle Programme quasi auf neue Programmketten zu legen, ein außerordentlich gefährvolle Stunde Null auf uns zukommt, bei der die Hörer nämlich aus ihrer Treue herausfallen, sich erstmals neu orientieren und dabei u.U. auf neue Programme stoßen, die gar nicht unsere Programme sind, und die sie dann vorziehen. Ich sehe diese Gefahr.

Bierbach: Herr Zilius hat sich noch mal zur Gegenrede gemeldet:

Zilius:

Ganz kurz, natürlich bin ich nicht der Meinung, daß man Programme nicht ändern kann: wir haben viel geändert. Wir sind vom Kästchensystem zum Magazinprogramm gegangen - ob das nun gut oder schlecht war, die Hörer sind uns jedenfalls gefolgt. Im Gegenteil: Ich wünschte mir stärkste Innovationskraft innerhalb der Programme, also nicht treue Hörer und immer auf der gleichen Schiene. Nur: das wird nicht gesteuert von mehr Programmen, sondern das ist im bisherigen System durchaus zu leisten. Es heißt, bessere Programmangebote zu machen. Nur das meinte ich.

Rüggeberg:

Ich widerspreche auch gar nicht, das steht für sich; das ist nur nicht das Gesamtproblem.

Bierbach:

Die nächste Wortmeldung waren Sie, Herr Tussek, vom ORF:

Tussek:

Ich bin in den letzten anderthalb Jahren durch alle ARD-Anstalten und das ZDF sehr ausführlich gereist, weil wir eines der ältesten Archive einer öffentlich-rechtlichen Anstalt innerhalb eines Jahres nach vorne katapultieren mußten - einfach auch unter dem Druck der hereinströmenden Satelliten- und Kabelprogramme der Konkurrenz und weil diese zentrale ORF einige Vorteile hat, die ich bei der ARD als Außenstehender ganz besonders beobachtet habe: Die

Gefälle der verschiedenen Archive, der verschiedenen Ausbildungsstätten, die Gefälle der Innovationsfähigkeit sind unheimlich groß. Da kommt man von Berlin nach Hamburg, nach Köln, in den Süden, das sind völlig unterschiedliche Strukturen in ganz banalen zentralen Bereichen. Für mich sind Archive zentrale, aber banale Bereiche, die aber für die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Anstalten ganz entscheidende Impulse geben werden, auch in Ausbildungsfragen und auch im Rollenverständnis des Dokumentars. Und ich glaube, daß die Diskussion, die ich hier gehört habe, für mich ganz absurd ist. Es müßte der ARD stärker gelingen, sich zu zentralisieren - und dazu die Regionalisierung auch zu betreiben und zu intensivieren. Es gibt einfach zu wenig corporate identity in der ARD. Da ist alles sehr unterschiedlich, auch im Design. Ich glaube, daß hier eine Antwort der ARD gegeben werden müßte, auch in der Verkaufspolitik. Und die sehe ich eigentlich nicht. Ich sehe sehr starke, sehr moderne, sehr aufgeschlossene und dann weniger aufgeschlossene, auch eher dem ORF sich annähernde Anstalten, aber keine ARD-Zentralinstitution.

Rüggeberg:

Also wir hatten ja mal einen Reichsrundfunk; den wollen wir sicherlich nicht wiederhaben. Da war dann irgendwann der "Großdeutsche Rundfunk", und da war dann Österreich mit drin. ARD heißt Arbeitsgemeinschaft, dies ist nicht mehr als eine Arbeitsgemeinschaft. Es fehlt an einer eigenen Rechtsform. Der Wille zusammenzuarbeiten und geschlossener zu handeln, Konzernstrategien zu entwickeln ist ungeheuer. Es gibt keinen Intendanten, der das nicht ständig auch aus Überzeugung vertritt. Nur, bei jeder kleinen Entscheidung, die ansteht, bestehen unterschiedliche Einflüsse, unterschiedliche Interessen, unterschiedliche Gremieneinflüsse, unterschiedliche finanzielle Möglichkeiten. Man möchte die ARD in den Vordergrund rücken, man möchte aber auch keinesfalls, daß der Name der eigenen Rundfunkanstalt dahinter untergeht. Das ist die ARD. Man muß sich eigentlich wundern, daß sie in dieser Verfassung ein so außerordentliches Schwergewicht in der Medienlandschaft bleiben konnte, und das spricht für den Charme dieser sehr komplizierten Struktur. Darin steckt natürlich auch sehr viel an Kreativität, an Potential. Das darf man nicht unterschätzen, die Mängel durchaus gesehen. Die Frage von Herrn Bierbach war: gelingt es nicht, durch mehr Gleichgewicht - vielleicht auch durch eine kleinere Zahl von ARD-Anstalten - diese Geschlossenheit stärker zu entwickeln? Die habe ich bejaht. Aber das alles sind Dinge, die haben wir nicht in der Hand.

Bierbach:

Ein Beispiel: Die ARD wird im nächsten Jahr 40 Jahre alt. Sie hat es in diesen 40 Jahren noch nicht geschafft, sich überhaupt einen richtigen Namen zu geben. Sie heißt in der Langfassung immer noch "Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland". Es muß korrekt heißen - und damit würde dann auch die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unterstrichen - in der Bundesrepublik. Aber nicht mal dieses kleine Problem hat die ARD hingekriegt.

Rüggeberg:

Ja, muß man hinnehmen. Ich habe heute die stolze Zahl gehört, daß die ARD 23.000 Mitarbeiter hat. Das wird noch etwas übertroffen durch die BBC in England, ist aber natürlich weltweit eine einsame Spitzenstellung. Große Organisationen dieser Art, die über Jahrzehnte hin existiert haben, die nicht, wie andere Unternehmungen, ständig einem ökonomischen Kalkül folgen müssen, ihre Wirtschaftlichkeit nicht ständig an Jahresergebnissen erkennen können, setzen Speck an. Also ich bitte, das nicht überzubewerten. Wenn McKinsey vorrechnet, hier seien 20 oder 50 Millionen einzusparen, dann bin ich natürlich der Meinung, bei dem entsprechenden Willen oder Zwang sind solche Einsparungen in der Summe auch erbringbar, ohne daß sich an der Struktur dieser Rundfunkanstalten irgendetwas ändert. Da liegt ein Scheineffekt der Fusion oder Kooperation, wenn etwas vorgerechnet wird, was wir auch ohne diese organisatorischen Veränderungen leisten könnten.

Ulf Scharlau:

Sie hätten am Anfang, Herr Rüggeberg, die Kollegen aus Stuttgart gebeten, sich einmal zu äußern. Ich will das gerne tun. Ich glaube, Sie haben die Situation in Ihrem Referat, soweit ich sie beurteilen kann, sehr objektiv dargestellt und auch so, wie wir sie kennen - auch die zu erwartenden Vorschläge oder Empfehlungen, wie immer man das nennen will. Ein Aspekt ist, glaube ich, ein bißchen zu kurz gekommen, der für die Stuttgarter Situation und auch für die Stuttgarter Haltung wichtig gewesen ist und den meines Erachtens auch die baden-württembergische Landesregierung einkalkuliert hat, als sie diese Diskussion begonnen hat, nämlich die sehr schwierige Finanzausstattung des Süddeutschen Rundfunks, die relativ wesentlich schlechter ist als die des Südwestfunks. Das hängt ganz einfach damit zusammen, daß das Sendegebiet des Südwestfunks, so wie es heute aussieht, wesentlich größer ist. Wenn ich mich nicht sehr täusche, belaufen sich die Gebühreneinnahmeunterschiede pro Jahr auf etwa 100 Millionen. Und insofern beantwortet dies auch die Frage, die Sie selbst gestellt haben. Wieso ist denn der Süddeutsche Rundfunk auf ein Kooperationsmodell aufgesprungen? Die Situation ist, so wie ich sie sehe und wie ich auch die Diskussion in unserem Hause kenne, einfach die: Der Südwestfunk könnte es sich leisten, zu sagen, wir können mit dem status quo aus wirtschaftlichen Gründen, ich lasse die programmlichen mal außer Acht, wir können aus wirtschaftlichen Gründen mit dem status quo weiterleben, das heißt, er hat wirtschaftlich im Grunde genommen nichts zu verlieren. Der Süddeutsche Rundfunk hat diese Möglichkeit nicht. Der Süddeutsche Rundfunk kann nicht sagen: Auch wir können mit dem status quo weiterleben. Wir können das nicht auf die Dauer. Wir sind darauf angewiesen, daß sich in irgendeiner Form, auch was die wirtschaftlichen Grundlagen betrifft, etwas ändert. Und insofern ist ganz einfach zu erklären, daß man dieses Kooperationsmodell gemacht hat. Daß man in Stuttgart von einem Fusionsmodell nicht begeistert sein kann, das die Zentrale in Baden-Baden ansiedelt, ist verständlich. Genauso wie es verständlich ist, daß Baden-Baden sich darum bemüht, diese Zentrale zu werden. Ich will nun nicht die Sprüchlein meines Intendanten hier zitieren, der

sagt, Baden-Baden hat ja nicht mal einen eigenen Bahnhof, und niemand käme auf die Idee, den Bayerischen Rundfunk von München nach Bad Tölz zu verlegen. Aber ein klein wenig ist schon dran.

Rüggeberg:

Das ist jetzt ein starkes Stück Konkretisierung unserer wirklichen Interessenpolarität, die da natürlich besteht. Und das ist auch ganz verdienstvoll, daß das so offenbart wird. Das Stichwort "nicht mal ein Bahnhof in Baden-Baden" habe ich irgendwo auf meinem Zettel hier stehen, das sind natürlich nicht gerade Dinge, die in Baden-Baden sehr gut ankommen. Oder was das Flüsschen Oos im Tal der Oos betrifft, da habe ich auch Herrn Bausch schon mal gesagt: Es geht hier um eine Rundfunkanstalt und nicht um ein Wasserwerk. Wir leben in der Zeit elektronischer Kommunikation, die ja nicht eine lokale Funktion hat. Sie können heute von jedem Standort aus mit technischen Mitteln jedes Ereignis der Welt wahrnehmen und an jeder Ecke der Welt wiedergeben; Sie müssen nur eine entsprechende technische Einrichtung haben, und die ist nun mal beim Südwestfunk stark entwickelt. Es ist sehr wichtig, daß sie darauf hingewiesen haben: Warum hat der Süddeutsche Rundfunk nicht die Optionen des status quo? Das kann für alle Beteiligten sehr gefährlich werden, was sich hier abspielt. Wir haben immerhin gesagt: Gut, die Fusion, wie sie Herr Späth angekündigt hat, soll uns recht sein, aber für uns ist auch der status quo eine Alternative. Der SDR hat gesagt: Für uns bewußt nicht. Damit wird erkennbar, und Sie haben es offengelegt: Es geht auf jeden Fall um eine Verbesserung der Situation im Verhältnis zum SWF, um dessen in der Tat etwas größeres und vor allem sich scherenförmig auseinanderwickelndes finanzielles Potential zu neutralisieren. Nur warum? Ich meine, das kann ich aus der Interessenlage des SDR verstehen; nur aus objektiven Gesichtspunkten heraus gibt es keinerlei Gebot, daß beide Anstalten gleich viel Geld haben müssen. Das haben andere ARD-Anstalten auch nicht. So leisten wir inzwischen unterschiedliche Beträge in den Finanzausgleich, und da kann noch sehr Vieles aufgefangen werden. Aber der SWF hat auch höhere Aufwendungen. Der SWF hat ein ganz anders geschnittenes Sendegebiet. Wenn Sie mal drauf sehen, was wir allein für Sendertechnik im Jahr ausgeben müssen, was unsere sehr komplizierte landsmannschaftliche Struktur vom Bodensee bis hier nach Koblenz und Bonn betrifft - das hat schon die Michel-Kommission, um sie hier noch mal zu zitieren, erkannt und hat damals im Vergleich gesagt: Es ist in Ordnung, wenn der Südwestfunk nach der damaligen Regionalstruktur 350 Mitarbeiter mehr hat als der Süddeutsche Rundfunk. Es ist zugestanden, daß wir mit der Aufgabenstellung, die wir haben, einen unverhältnismäßig höheren Aufwand haben. Aber das bedeutet noch keine stärkere Leistungskraft, was die Programmfinanzierbarkeit betrifft. Ich glaube, daß der SDR und der SWF sich hier ziemlich die Waage halten. Mich wundert, daß in dem Modell, welches der SDR uns vorstellt, dieser Zusammenhang mit keinem Wort erwähnt wird. Das heißt, daß es als selbstverständlich angesehen wird, daß hier diese Verlagerung von Einkünften eigentlich einer der Effekte einer solchen Neugliederung ist. Von Stuttgart her würde ich auch so denken. Nur führt das eben dazu, daß ein solches Modell nicht einigungsfähig ist. Und weil es nicht einigungsfähig ist, wird eben doch der Fusionsgedanke so schnell nicht zur Ruhe kommen und

gewinnt vielleicht die Oberhand. Der Gesetzgeber kann in der Tat die alten Anstalten auflösen, eine neue bilden und sagen, auf welche Weise die Organe dieser neuen Anstalt zu bilden sind, und es denen überlassen, wie sie dann den Binnenbereich regeln. Ich weiß durchaus um das Risiko für Standortüberlegungen. Ein solcher Rundfunkrat wäre wahrscheinlich im Verhältnis Baden-Württemberg/Rheinland-Pfalz zahlenmäßig dominiert durch Mitglieder aus Baden-Württemberg. Da muß man dann schon über Minderheitenschutz und so etwas nachdenken.

Bierbach:

Gut, man sagt am Ende einer solchen Diskussion häufig ganz gerne, man könnte noch stundenlang weitermachen. Könnten wir in diesem Falle sicherlich auch. Ein bißchen Mediengeschichte haben wir gehört, eine Menge über Medienpolitik, eine Menge von Informationen, auch teilweise kontroverser Informationen, die uns sicherlich auch helfen werden, in den nächsten Wochen und Monaten die spannende rundfunkpolitische Situation im Südwesten der Bundesrepublik besser verstehen zu können. Ich bedanke mich ganz herzlich - und hoffe, auch in Ihrem Namen - bei Herrn Rüggeberg, der es auf sich genommen hat, heute Abend zwei Stunden hier mit uns zu diskutieren, obwohl er schon den ganzen Tag mit der Post in Bonn verhandelt hat. Herzlichen Dank Herr Rüggeberg, es war ein sehr informativer Abend.

„Erst ein Trampelpfad zur Kommunikationsgeschichte“

Studienkreis Rundfunk und Geschichte tagt in Koblenz

-Is-Im Rahmen der 20. Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, zu Gast im Bundesarchiv in Koblenz, widmete sich dessen Hausherr, Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg, zugleich Vorsitzender des Studienkreises, in einem Vortrag dem Thema „Bilanz und Perspektiven der Rundfunkgeschichtsforschung“.

Als eine der Hauptaufgaben dieser noch vergleichsweise jungen Forschungsrichtung nannte er die „kritische Begleitung aller Vorgänge in den Rundfunkanstalten“, bedeutsam „für die Bewahrung der demokratisch-politischen Kultur schlechthin“.

Rundfunkgeschichtsforschung werde teilweise von den Anstalten selber getragen. Kahlenberg erinnerte die Tagungsteilnehmer hier an Projekte wie „30 Jahre Deutsche Welle“ oder „Rundfunk in Niedersachsen“. Zum anderen hätten sich an verschiedenen Universitäten im Zuge der Professionalisierung und Weiterentwicklung der Forschungsarbeit Schwerpunkte herausgebildet. So laufe gegenwärtig an der Hochschule in Siegen das Projekt „Ästhetik - Pragmatik der Bildschirmmedien“, das sich, sehr stark produktbezogen, beispielsweise mit verschiedenen Typen von Sendungen, mit Werbespots oder mit dem Aspekt „Autoren im Fernsehen“ auseinandersetze.

In Mannheim arbeiteten Wissenschaftler, stärker an den Produktionsprozessen als an den Produkten orientiert, unter dem Oberthema „Fernsehen - Institutionen - Produkte - Öffentlichkeit“. Kahlenberg selber ist bei diesem Projekt mit zwei Fragestellun-

gen beteiligt, u. a. mit dem „Bild des Nachbarn im Bild“, einer Untersuchung über die Berichterstattung über Polen und Frankreich. Überhaupt gebe es, wie der Referent mit Genugtuung feststellte, insgesamt recht enge Beziehung der Mitglieder des Studienkreises zu den Sonderforschungsberichten an den Hochschulen und Universitäten.

Rundfunkgeschichte könne, dies zeige sich bei allen Projekten, nur interdisziplinär betrieben werden, im Gespräch, im Austausch der verschiedensten Disziplinen, von der Publizistik über die Wirtschafts- und Sozialwissenschaft bis zur Sprach- und Literaturwissenschaft oder Publizistik. Ihre Methode, das historisch-kritische Vorgehen teile sie mit der traditionellen Geschichtsforschung. Gerade in diesem Zusammenhang sei die Berücksichtigung vorhandener Quellen der Rundfunkanstalten äußerst wichtig, damit aber auch die Notwendigkeit gegeben, Archive für die Forschung zugänglich und nutzbar zu machen.

Rundfunkgeschichte sei, so zitierte Kahlenberg den Aufsatz eines Kollegen, „noch keine real existierende Kommunikationsgeschichte, sondern allenfalls ein Trampelpfad zu dieser“. Einer, der auch zu ganz neuen Aspekten und Wegen führen könne und müsse, etwa zu den mit den privaten Anbietern im Medienbereich zunehmend bedeutsamen ökonomischen Voraussetzungen, ein Thema, das bislang noch zu den Forschungsdefiziten der Rundfunkgeschichte gehöre.

Michael Philipp

"VOM SCHICKSAL DES DEUTSCHEN GEISTES"

Wolfgang Frommels oppositionelle Rundfunkarbeit
an den Sendern Frankfurt und Berlin 1933-1935

1.

"Der nationalsozialistische Rundfunk hat in wahrhaft großzügiger Weise in der meiner Leitung unterstehenden wöchentlichen Mitternachtssendung die Möglichkeit gegeben, die Besten der Nation ohne jeden nivellierenden oder einschränkenden Zwang sprechen zu lassen über wichtige Probleme der Kultur, des Lebens, der Weltanschauung", schreibt der als Rundfunkredakteur arbeitende Wolfgang Frommel im September 1934 in einem privaten Brief.(1) Offensichtlich hatte die nationalsozialistische Rundfunkpolitik zu dieser Zeit das Medium noch nicht lückenlos unter Kontrolle und zumindest gewisse Freiräume gelassen. Seine Stellung gestatte ihm "die Bedienung einiger Instrumente, die Ihrem kühnen und eigenwilligen Denken eine für den jetzigen Zeitpunkt vielleicht nicht unwichtige Resonanz gibt", lautet die Einladung an den Briefempfänger Carlo Schmid zur Mitarbeit an den Mitternachtssendungen. Über die von ihm herangezogenen Autoren äußert Frommel in dem selben Schreiben: "Nur wenige Menschen erhalten sich in Zeiten kollektiven Drucks jene Freiheit, die allein die Schwungkraft einer souveränen Betrachtungsweise garantiert." Es schein ihm nicht unwichtig, "die in diesem Sinne stigmatisierten Menschen zu Wort kommen zu lassen", und Frommel gibt diesem Ansatz gleich eine bestimmte Richtung, wenn er seine Absicht dabei beschreibt: "Einer heranwachsenden Jugend zum Nutzen, den Zeloten zum Ärgernis und allen Stillen und Bemühten im Lande zur Erbauung." Damit hat Frommel die Zielsetzung seiner Rundfunkarbeit formuliert: Beiträge zur Selbstbehauptung wider den nationalsozialistischen Ungeist, und deshalb gehören die Mitternachtssendungen in den Bereich der Opposition gegen das Dritte Reich.

2.

Wolfgang Frommel war im Juli 1933 durch den Intendanten Walther Beumelburg als Leiter der Abteilung Wort an den Südwestdeutschen Rundfunk Frankfurt verpflichtet worden. Beumelburg, aus rein opportunistischen Gründen am 1. Mai 1933 in die SS eingetreten, gehörte zum nationalrevolutionärem Spektrum und war keineswegs Nationalsozialist.(2) Er schätzte Frommel wegen dessen pädagogischer Schrift "Der dritte Humanismus", die in konservativen Kreisen ein

1) Wolfgang Frommel an Carlo Schmid, undatiert (September 1934), Nachlaß Frommel. Zu Frommel vgl. z.B. Wolf van Cassel: Wolfgang Frommel poeta et amicus. Aus einer Notiz, in: Castrum Peregrini 184-185, Amsterdam 1989, S. 16-25.

2) Zu Beumelburg vgl. Ansgar Diller: Der Frankfurter Rundfunk 1923-1945. Unter besonderer Berücksichtigung der Zeit des Nationalsozialismus, Diss. Phil. Frankfurt 1975, S. 247-254.

starkes Echo erfahren hatte.(3) Wie sich Frommel erinnert, war es Beumelburgs Absicht, den seiner Leitung unterstehenden Frankfurter Sender zu einem geistigen Zentrum der konservativen Opposition zu machen.(4)

Mit der vollen Rückendeckung Beumelburgs gelang es Wolfgang Frommel, eine Sendereihe zu begründen und über zwei Jahre hindurch zu gestalten, in der fast ausschließlich nicht-nationalsozialistisch eingestellte Autoren zu Wort kamen. Unter dem Titel "Vom Schicksal des deutschen Geistes" liefen von Oktober 1933 an zunächst in Frankfurt und dann seit dem Frühjahr 1934 beim Reichssender Berlin rund einhundert "Mitternachtssendungen". Viele Beiträge waren in ihrer Themenstellung gänzlich unpolitisch, aber schon sie verkörperten zumeist eine geistige Überlieferung, die der nationalsozialistischen Ideologie und Kulturauffassung scharf zuwider lief. Andere Beiträge äußerten mit Hilfe historischer Parallelen oder ironischer Darstellung Kritik an den herrschenden Verhältnissen; in einigen Fällen konnten sogar unter Pseudonym Vorträge jüdischer Autoren gehalten werden.

Die Mitternachtssendungen sind jetzt erstmals im Rahmen einer Magisterarbeit ausführlich wissenschaftlich dargestellt worden.(5) Als Quellen stand neben verschiedenen Zeitzeugen vor allem der Nachlaß des 1985 verstorbenen Frommel zur Verfügung, der auch einige ungedruckte Typoskripte der Vorträge enthält.(6) Ein Teil der im Rundfunk gesprochenen Texte war bereits 1934 als Auswahlband unter dem Titel der Sendereihe veröffentlicht worden (7), zahlreiche andere Vorträge sind verstreut publiziert worden.(8) Insgesamt

-
- 3) Lothar Helbing (d.i. Wolfgang Frommel): "Der dritte Humanismus", Berlin 1932. Die dritte, veränderte und erweiterte Auflage wurde 1935 verboten. Vgl. Karlhans Kluncker: 25 Jahre Castrum Peregrini Amsterdam. Dokumentation einer Runde, Hamburg 1976, S. 4. Aus dieser Schrift ergibt sich ein konservativ-elitärer Standpunkt Frommels, der aber nichts mit der NS-Ideologie gemeinsam hat.
 - 4) Vgl. Zeugen des Jahrhunderts. Wolfgang Frommel im Gespräch mit Klaus Figge. Interview 26.-30.10.1981 in Amsterdam, ungekürztes, ungedrucktes Typoskript, Prod.Nr. 6354/0830 ZDF, S. 65.
 - 5) Verschiedene Ansätze sind über ziemlich oberflächliche Hinweise nicht hinausgekommen, z.B. Ansgar Diller: Der Frankfurter Rundfunk 1923-1945. Unter besonderer Berücksichtigung der Zeit des Nationalsozialismus, Diss.Phil. Frankfurt 1975, und ders.: "Vom Schicksal des deutschen Geistes" - Mitternachtssendungen in Frankfurt und Berlin/Wolfgang Frommel, in: Mitteilungen StKRuG, 14. Jg. Nr. 4, Oktober 1988, S. 367-375.
 - 6) Der Nachlaß Frommels befindet sich im Archiv des Verlages Castrum Peregrini, Amsterdam.
 - 7) Lothar Helbing (d.i. Wolfgang Frommel) (Hrsg.): Vom Schicksal des deutschen Geistes. Erste Folge: Die Begegnung mit der Antike. Reden um Mitternacht, Berlin 1934. Im folgenden immer: Auswahlband.
 - 8) Da zahlreiche der Autoren Professoren waren, konnten über ihre Bibliographien später gedruckte Texte ermittelt werden.

konnten über dreißig, also rund ein Drittel der Texte ermittelt werden, womit die Quellenlage für eine rundfunkgeschichtliche Arbeit über die dreißiger Jahre ungewöhnlich gut ist.

Die Ausstrahlungen der deutschen Rundfunkanstalten erstreckten sich um 1933 zumeist auf 18 Stunden pro Tag, von 6.00 bis 24.00 Uhr. Danach schwiegen die meisten Sender, gelegentlich wurde auch nach Mitternacht noch Unterhaltungsmusik gebracht. Es war die Idee Frommels, die ihm wichtigen Vorträge erst nach Beendigung des alltäglichen Programmes zu senden. Für die beabsichtigte "Zwiesprache mit den einsamen und schöpferischen Menschen" sei die "stillste Stunde des Tages" gewählt worden, "in der die sichtbare Welt um uns im Dunkel versinkt".(9) Diese Abkehr von den Tagesereignissen bedeutet natürlich eben auch eine Unabhängigkeit von ihnen und eine Hinwendung dorthin, wo "die ewigen klaren Sternbilder wegweisend am Firmament leuchten".(10) Damit setzt Frommel ganz offensichtlich die hier nicht näher bezeichneten Werte der Antike und Klassik gegen die der "sichtbaren Welt", und das war in diesem Falle das nationalsozialistische Deutschland. Durch die Mitternachtssendungen, so Frommel weiter, sei im Sendebereich des Frankfurter Rundfunks ein "imaginärer Raum voll eigentümlicher geistiger Bewegtheit" entstanden, also ein geistiger Freiraum, der eigenen Gesetzen und nicht denjenigen der nationalsozialistischen "Bewegung" gehorcht.

Viele der rund siebenzig Referenten stammten aus Frommels weitgestreutem Bekanntenkreis; einige hatten von sich aus ihre Mitarbeit angeboten. Die meisten der Vortragenden hatten ein abgeschlossenes Hochschulstudium, über ein Drittel waren bereits Professoren oder Privatdozenten und habilitierten sich später.(11) Bei einer Verteilung nach Fachgruppen, die sich nach dem Schwerpunkt der späteren Veröffentlichungen richtet, liegt die Literaturwissenschaft mit zehn Vertretern an der Spitze; darunter waren Rudolf Fahrner, Gerhard Fricke, Hajo Jappe, Max Kommerell, Eduard Lachmann und Karl Schlechta. Sieben Autoren lassen sich verschiedenen Richtungen der Geschichtswissenschaft zuordnen, etwa Erich Boehringer und Woldemar Graf Uxkull-Gyllenband. Sieben Referenten gehören im weitesten Sinne zum Gebiet der Philosophie wie Josef Greiner, Ernst Barthel, Kurt Hildebrandt und Kurt Riezler.(12) Daneben gibt es

9) Lothar Helbing (d.i. Wolfgang Frommel): Geisterstunde im Rundfunk, in: Auswahlband, a.a.O., S. 10.

10) Ebda.

11) Die biographischen Daten der Autoren konnten vielfach allgemeinen Handbüchern und Nachschlagewerken entnommen werden wie etwa Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender, Kürschners Deutscher Literatur-Kalender, Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv, und Degeners Wer ist's?.

12) Zur Problematik der Beteiligung Kurt Riezlers an den Mitternachtssendungen vgl. das abgedruckte Dokument bei: Ansgar Diller: "Vom Schicksal des deutschen Geistes" - Mitternachtssendungen in Frankfurt und Berlin/Wolfgang Frommel (Anm. 6). Aus den in Frommels Nachlaß enthaltenen Materialien geht hervor, daß Riezlers Vortrag nicht stattfinden konnte. Dafür gelang es

fünf Altphilologen, von denen Kurt Reinhardt, Walter F. Otto und Franz Dornseiff die bekanntesten sind. Wilhelm Fraenger und Dietrich Seckel sind zwei der vier Kunsthistoriker, als Soziologen gehörten Arvid Brodersen, René König und Arnold Bergsträsser zu dem Autorenkreis. Unter den Kunstschaffenden finden sich neun Schriftsteller oder Dichter, neben Frommel selbst Achim von Aker-
mann, Carl Oscar Jatho, Albert Henry Rausch und Fritz Usinger. Ein besonderes Problem ist die politische Einordnung der Autoren. Unter den Beiträgern finden sich politische und jüdische Exilanten wie Parteigänger und -funktionäre und ein Mitwissender des "20. Juli". So scheint die Reihe der Verfasser das weitgefäßte Spektrum möglicher Entscheidungen und Schicksale widerzuspiegeln. Aber auch wenn einige der Autoren eine regimekonforme Meinung vertraten, läßt sich doch für die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter eine nicht-nationalsozialistische Einstellung ausmachen.

3.

Um ein thematisches Profil der Reihe zu gewinnen, ist eine Betrachtung der ermittelten Sendetitel (13) angezeigt, die sich bestimmten Themenkreisen zuordnen lassen. So beschäftigten sich rund 50 Vorträge, beinahe die Hälfte, mit historischen Personen des letzten Jahrhunderts oder untersuchten Fragestellungen aus dieser Zeit. Dreizehn Vortragsthemen bezogen sich direkt auf die Romantik. Da ging es etwa um Eichendorff, Henrik Steffens, Novalis, Brentano, Caspar David Friedrich oder Heinrich von Kleist; eine Sendung lief über "Die geheimnisvolle Doppelseele der Romantik". Themen aus der klassischen Epoche hatten fünfzehn Vorträge zum Gegenstand, zum Beispiel "Die Klassik in der Musik", "Klassische Haltung und Wirklichkeit", "Die deutsche Klassik und der Blick auf den vorgeschichtlichen Menschen", "Lebendige Bildung als Erbe Goethes". Behandelte Personen dieser Stilepoche waren Herder, Schiller, Marianne von Willemer, Goethe und Cornelia, Goethes Schwester. Über Jean Paul handelten drei, über Hölderlin zwei Vorträge. Die weiteren Sendungen, die sich thematisch dem 19. Jahrhundert zuordnen lassen, behandelten die Dichter Platen, Arndt, Grillparzer und Annette von Droste-Hülshoff, geschichtliche Personen wie Gneisenau, Blücher und Napoleon, die Philosophen Hegel, Kierkegaard und (dreimal) Nietzsche, Wissenschaftler wie Wilhelm Heinrich Riehl, Jacob Burckhardt und Heinrich von Treitschke. Zwei Vorträge stellten die Bildhauerei des 19. Jahrhunderts vor, und ein Thema lautete "Der Durchbruch zum antiken Mythos im 19. Jahrhundert".

Frommel, Riezlers Vortrag im Auswahlband abzu-
drucken - unter dem Pseudonym Johann Jakob Ruedorffer: Nietzsche und die Philosophie im tragischen Zeitalter der Griechen, in: Auswahlband, a.a.O., S. 108-116.

- 13) Eine Aufstellung der Mitternachtssendungen läßt sich aus den Programmzeitschriften Südwestdeutsche Rundfunkzeitschrift (S.R.Z.) für Frankfurt und Funk-Stunde für Berlin gewinnen.

Die Antike war ein anderer thematischer Schwerpunkt der Sendereihe, allerdings mit nur rund zehn Beiträgen deutlich seltener als das 19. Jahrhundert behandelt. Außer dem Vortrag über den griechischen Mythos ging es bei den anderen Sendungen dieses Bereiches um griechische Plastik, um Homer, Horaz und Pindar, um Sparta und Olympia oder um "Die Wendung des deutschen Geistes zum Griechentum" und die "Deutsche Dichtung im Kampf mit der Antike".

Bei einigen Sendungen stellt sich die Frage, inwieweit möglicherweise die aktuellen Ereignisse die Ansetzung eines Vortrages beeinflussten. So ist es denkbar, daß etwa die "Trilogie aus den Freiheitskriegen" Parallelen zwischen der deutschen Erhebung von 1813 und dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft herzustellen suchte. In demselben Zusammenhang können auch die Vorträge über Arndt und Blücher gestanden haben.

In einer rückblickenden Einschätzung der Bedingungen seiner Tätigkeit in den ersten Jahren der NS-Herrschaft gibt Wolfgang Frommel eine treffende Charakterisierung der Chancen einer geistigen Opposition. In dieser Zeit habe die "einzige Wirkungsmöglichkeit nach außen" darin bestanden, denjenigen zu helfen, "die um einen festen geistigen Boden sich mühten, auf dem sich auch fortan im Wirbel der Zeit eine unabhängige, der geistigen Überlieferung verpflichtete Existenz führen ließ".(14) Wichtiges Hilfsmittel sei das klassische Bildungsgut gewesen; "plötzlich hatte es eine ganz andere Bedeutung, es ging um eine elementare Lehre des Widerstands, um Exerzitien der Selbstbehauptung".(15) In diesem Sinne seien auch die Publikationen seines Freundeskreises zu verstehen, die "nicht nur Beiträge zur Literaturgeschichte, sondern Zeugnisse einer Gesinnung" und "Anrufe an Gleichgesinnte" (16) gewesen seien. Diese Einschätzungen Frommels beziehen sich auf den von ihm mitgegründeten "Runde"-Verlag (17), aber sie können ebenso für die Mitternachtssendungen gelten, die den gleichen Bedingungen unterworfen waren.

Bei einer Lektüre der verfügbaren Vortragstexte der Mitternachtssendungen fällt zunächst auf, daß die Beiträge größtenteils auf eine ganz bestimmte Weise die gesellschaftliche Situation der Jahre 1933 bis 1935 ausklammern. Die nationalsozialistische Gegenwart, die "Revolution", hat keinerlei Bedeutung; sie wird einfach ignoriert. Das wird auch im Tonfall der Aufsätze deutlich; die Sprache ist sachlich, beinahe behutsam; fast durchweg fehlt jene aggressive nationale Erregtheit, die das innerdeutsche Schrifttum jener Zeit pathetisch durchzitterte.

14) Wolfgang Frommel: *Mutua Fides*, in: ders., *Freundesgabe für Hans Boeglin*, München 1963, S. 107-130, Zitat S. 119 f.

15) Ders., a.a.O., S. 120.

16) Ders., a.a.O., S. 119.

17) 1930 gründete Frommel zusammen mit dem Typographen Edwin Landau den in Berlin eingetragenen Verlag "Die Runde"; vgl. Kluncker: *25 Jahre*, a.a.O., S. 2.

Die Ausblendung der gesellschaftlichen Wirklichkeit kann sicherlich nicht für alle der über 100 Mitternachtssendungen gelten, wie bereits aus einer Beteiligung von Parteifunktionären wie Hans Hagemeyer (18) oder des nationalsozialistisch engagierten Germanisten Gerhard Fricke (19) zu schließen ist. Ob die gelegentliche Einfügung systemtreuer Stimmen in die Sendungen laut Weisung höherer Dienststellen erfolgte oder ob sie auf Wolfgang Frommel selbst zurückgeht, ist nicht zu ermitteln. Sicherlich war aber eine gewisse Absicherung nach außen damit verbunden, wenn auch prominente Exponenten des NS-Systems zu Wort kamen. Und zwischen den weiten Abständen dieser braunen Markierungen, denen sozusagen eine Alibi-Funktion zukam, konnte sich eben eine nicht-nationalsozialistische Gesinnung äußern, die der Sendereihe das von Frommel eigentlich beabsichtigte Gepräge verlieh.

Die meisten Vorträge entfalten ihr Thema in einer nicht von nationalsozialistischen Kriterien bestimmten Wissenschaftlichkeit, wie zum Beispiel Karl Reinhardts Iphigenie-Interpretation "Deutsches und antikes Drama".(20) Andere Autoren wollen die Gültigkeit ihrer Aussagen auf den rein individuellen Bereich bezogen wissen. Die damals unzeitgemäße Betonung des Einzelmenschen, auch dies eine Fortführung antiker Traditionen, bedeutet zugleich einen Rückzug aus dem gesellschaftlichen Bereich. Als Beispiel dafür kann der Beitrag Fritz Usingers, "Klassischer Geist und Wirklichkeit", gesehen werden. Usinger beschreibt den klassischen Menschen als die "Verkörperung der 'Einheit von Geist-Welt und Sinnen-Welt'", die in Goethe ihre Gestaltwerdung erfahren habe. Und diesen feiert er als "das für alle Menschenformung Unentbehrliche: das Erscheinen des großen Vorbilds".(21) Usingers Menschenbild orientiert sich dabei ganz am klassischen Ideal, es bestehen keine Verbindungen zu den offiziellen Erziehungsvorstellungen.

Solche Vorträge sind Beispiele für das Beharren auf traditionellen Wertvorstellungen, für eine Unbestechlichkeit des Geistes. Und für alle diese Beiträge gilt, was Herbert G. Göpfert im Herbst 1949 über die während des Dritten Reiches innerhalb Deutschlands er-

18) Hagemeyer war hauptberuflicher Parteifunktionär; 1935 leitete er die "Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums" und war "Beauftragter des Reichsleiters Arthur Rosenberg für Schrifttumsfragen in Verbindung mit dem Auftrag des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Erziehung der NSDAP"; vgl. Degeners *Wer ist's?*, 10. Ausg., 1935, S. 579.

19) Gerhard Fricke, der u.a. im Mai 1933 die Rede zur Bücherverbrennung in Göttingen hielt, wird öfters als ein Germanist angeführt, der seine Arbeit ganz in den Dienst der NS-Ideologie stellte; vgl. z.B. Wilhelm Voßkamp: *Kontinuität und Diskontinuität. Zur deutschen Literaturwissenschaft im Dritten Reich*, in: Peter Lundgreen (Hrsg.): *Wissenschaft im Dritten Reich*, Frankfurt 1985, S. 140-162; zu Fricke S. 140-142.

20) Karl Reinhardt: *Deutsches und antikes Drama*, in: *Auswahlband*, a.a.O., S. 57-67.

21) Fritz Usinger: *Klassischer Geist und Wirklichkeit*, in: *Auswahlband*, a.a.O., S. 47-56, Zitat S. 103.

schienenen Bücher mit nicht-nationalsozialistischer Tendenz geschrieben hatte: "Den Wert zu wahren, bedeutete in allen Fällen ein Standhalten gegenüber dem Ungeist". Die Schriftsteller und Forscher hätten sich bemüht, "aus ihrer geistigen Haltung und ihrem Erlebnis der Zeit heraus Gegenbilder gegen die offiziellen Idole zu schaffen, indem sie Reines gegen das Unreine, Edles gegen das Unedle stellten - ohne Pathetik, ohne ausgesprochen politisch-aggressive Tendenz, allein als schlichte menschliche Tat".(22)

4.

Frommel und seine Autoren beschränkten sich in den Mitternachts-sendungen jedoch nicht nur auf eine Selbstbehauptung ohne Gegenwartsbezug. Ihre geistige Integrität sollten den Rundfunkhörern zu Ohren gebracht werden, nicht ohne dem aufmerksamen Publikum klar zu machen, daß hinter dem Mikrophon entschiedene Gegner des nazistischen Regimes saßen. Dabei sah man sich aber "gezwungen ..., 'mit Mitteln zu wirken, die geheimer und feiner sind als die Organe einer Pöbel-Oligarchie herausfinden können'" (23), wie Frommel später erklärte. Die Kritik an der nationalsozialistischen Herrschaft mußte also, wenn sie sich nicht in einer einmaligen Verlautbarung erschöpfen wollte, auf eine sehr sublimen Weise geäußert werden. Und das Ziel derartiger Betätigung konnte in Anbetracht der Kräfteverhältnisse nicht die gewaltsame Bekämpfung des NS-Systems sein, sondern nur die Signalisierung der Gegenhaltung zur Versicherung Gleichgesinnter. Nur zwischen den Zeilen oder in zweideutigen Anspielungen konnten Hinweise auf bestehende Mißstände versteckt werden. So entstand in einem Vortrag über ein scheinbar "harmloses" Thema mit vielleicht angepaßter Wortwahl eine untergründige Textstruktur, mittels derer die eigentlich beabsichtigte Aussage transportiert wurde. Für eine solche Verfahrensweise gibt es zahlreiche Beispiele aus dem Bereich des Zeitungswesens während des Nationalsozialismus; ausführlich dargestellt ist dies im Falle der "Deutschen Rundschau" von Rudolf Pechel.(24)

Um eine untergründige Textstruktur herzustellen, standen den Autoren verschiedene Mittel zur Verfügung. So gab es die Möglichkeit der ironischen Übertreibung, die historisierende Darstellung oder die Verwendung einschlägiger literarischer Zitate bei der Arbeit über einen bestimmten Autor. Diese Methoden konnten durchgehend oder aber nur "punktuell" angewandt werden; bisweilen finden sich in den Vortragstexten kurze Absätze, die gar nicht so unbedingt in den Textablauf passen oder jedenfalls ein wenig herausragen und entsprechende Anspielungen enthalten. Neben solchen Vorträgen mit

22) Anonym (d.i. Herbert G. Göpfert): Einführung, in: Deutsche Bücher 1933-1945. Eine kritische Auswahl, Stuttgart 1949. S. 10 f.

23) Wolfgang Frommel: *Mutua Fides*, in: Ders., *Freundesgabe für Hans Boeglin*, a.a.O., S. 119.

24) Vgl. Karl-Wolfgang Mirbt: *Methoden publizistischen Widerstandes im Dritten Reich*. Nachgewiesen an der "Deutschen Rundschau" Rudolf Pechels, Diss.Phil. Berlin 1958.

eher beiläufigen, wenn auch bestimmt nicht zufälligen Passagen sind auch einige mit ausführlichen systemkritischen Konstruktionen erhalten. Darunter finden sich literaturhistorische Arbeiten, bei denen die Verfasser Textstellen ihrer behandelten Schriftsteller zitieren, die sich mit manchmal bestechender Genauigkeit auf die Gegenwart übertragen ließen. Da konnte man etwa von Pindar oder Hölderlin in geschickter Textauswahl und Montage gewagte Formulierungen anbringen, die nur in der Tarnung ihres historischen Gewandes zulässig waren.

So nutzte der englische Wissenschaftler Cecil Maurice Bowra einen Vortrag über den antiken Dichter Pindar, um einige Seitenhiebe auf die deutsche Gegenwart zu verteilen. In seinen Gedichten auf die Sieger der griechischen Kampfspiele habe der Dichter den Athleten auch bestimmte Lehren mit auf den Weg geben wollen, schreibt Bowra. Als Beispiel führt er eine Stelle aus der achten pythischen Ode an, die dem Angehörigen eines von Athen unterdrückten Volksstammes gewidmet war. Mit einer Anrufung der "Ruhe" habe Pindar den jungen Krieger zur Besonnenheit gemahnt. "Du nämlich sanft zu wirken/ und zu leiden weißt/ zur rechten Zeit", lautet die von Bowra zitierte Stelle. Für Pindar sei "die Gegenwart nicht die 'rechte Zeit' zum Handeln" gewesen, so Bowras Deutung, und der Dichter habe gemeint, "daß die Zeit zur Befreiung noch nicht gekommen" war. Als einzelner Vers folgt das Zitat: "Mit Gewalt aber auch Großprahlendes stürzt/ zu seiner Zeit".(25)

Noch eine andere warnende Lehre aus Pindars Oden referiert Bowra. Es ist die Gefahr der "Hybris", also des frevelhaften Übermutes und der Selbstüberschätzung, die der griechische Dichter bei jedem Sieger gesehen habe. Bowra führt den Mahnruf an die römischen Triumphatoren an: "Vergiß nicht, daß du ein Mensch bist"; in diesem Sinne habe Pindar immer wieder daran erinnert, daß "Bescheidenheit und Erkenntnis menschlicher Grenzen ein wesentlicher Bestandteil des Adels seien".(26)

Eine solche versteckte Textstruktur benötigt zu ihrer Aufnahme nicht nur die entsprechende Gesinnung des Autors und seine rhetorische Geschicklichkeit, sondern in gleichem Maße die Interpretationsfähigkeit des Publikums. Nur einem entsprechend eingestimmten oder einigermaßen aufmerksamen Zuhörer werden die zweideutigen Anspielungen auf die damalige Gegenwart in ihrer beabsichtigten Aussage aufgefallen sein. Dann wird er sich auf diese Bedeutungslinie konzentriert haben und vielleicht weniger dem Gedankengang des "eigentlichen" Themas gefolgt sein, als vielmehr auf weitere Beispiele versteckter Kritik gewartet haben.

Diese Bedingung der Prädisposition des Hörers hatte auch eine Schutzfunktion für die Sendereihe. Ein überzeugter Nationalsozialist, der das gesellschaftliche Klima NS-Deutschlands als positiv

25) Cecil Maurice Bowra: Die griechischen Kampfspiele und Pindar, unveröffentlicht (?), Druckfahnen im Castrum Peregrini Archiv, Zitat S. 11.

26) Ders. a.a.O., S. 12.

empfand, wird mit den behutsamen Warnungen vor nationaler Überheblichkeit und lautstarker Prahlerei nichts anzufangen gewußt haben. Aus einem von der "nationalen Erhebung" geprägten Selbstverständnis heraus werden die Vorträge der Mitternachtssendungen als wirklichkeitsfernes, bloß "intellektualistisches" Gerede erschienen sein. Gleichzeitig wurde dadurch aber die Wirkungsmöglichkeit derartiger Sendungen beschränkt. Eine solche feinsinnige Kritik hat sicherlich keinen NS-Sympathisanten in das Lager der Zweifler zu ziehen vermocht. Allenfalls konnten Regime-Gegner auf einem höchst intellektuellen und abstrakten Niveau in ihrer Ablehnung bestätigt werden. Für sie wirkten die Vorträge wie ein transparentes Abziehbild, das seine eigentliche Gestalt erst gewinnt, wenn man es vom verdunkelten Hintergrund gelöst hat.

5.

Über die Resonanz der Mitternachtssendungen bei einzelnen Rundfunkhörern gibt es keine Materialien. Sehr aufschlußreich sind allerdings die zahlreichen Besprechungen in der Presse, unter denen eine Rezension des Auswahlbandes in der renommierten "Neuen Zürcher Zeitung" hervorsticht. Hier mischen sich Erstaunen über das Niveau und den kulturellen Anspruch der Sendereihe mit behutsamer bis deutlicher Skepsis an der geistigen Grundhaltung. Die Mitternachtssendungen verträten eine "uneuropäische", eine "irrationale, dunkle Antike", in der das entscheidende Verdienst Griechenlands, "die Ratio, .. sehr stiefmütterlich behandelt" werde.(27) So zählt denn auch der Rezensent, Ernst Howald, die Autoren der Beiträge zu den Folgern derjenigen, "die durch die Auflockerung des Irrationalen mit schuld an der jetzigen Lage Deutschlands sind", zu denen, die den "Machthabern von heute ihr Werkzeug geschaffen haben, die Terminologie ihrer Reden". So seien die in den Mitternachtssendungen charakterisierten "Hellenen in einer geheimnisvollen Weise den Germanen allzu nahe verwandt". Der auf diese Weise angenommenen Gemeinsamkeit erwächst dann die Befürchtung, diese Antike hätte nicht die Kraft, "Wotan und Widukind" zu widerstehen.

Das ist die wohlgesetzte Schlußpointe der Rezension, die allerdings in der Unternehmung der Mitternachtssendungen auch Positives sieht. Dort würde "auf die wahren Werte" hingewiesen, kämen Nachfahren jener einzelnen zu Wort, "die in den Zeiten der kulturellen Erniedrigung ... andere Wertmaßstäbe in sich trugen als die Allzuvielen". Und Howald wird noch deutlicher: Zwar sei hier "nicht etwa die Opposition zur offiziellen deutschen Geisteshaltung ... zum Worte gekommen", doch hätte es durchaus entsprechende Anklänge gegeben, "Nebentöne, die von den Haupttönen unterdrückt würden, wenn man sie nicht ohne jene zu Gehör bekäme". Damit wird unmißverständlich auf das einzig mögliche Prinzip angespielt, oberflächliche Zustimmung und Wortgebrauch - die Haupttöne - mit kritischen Anmerkungen zu verbinden. Für die Charakteristik der Mitternachtssendungen hat der Kritiker ein schönes Bild gefunden, mit dem er seine Besprechung einleitet: "Erst wenn die Lauten und Sichern

27) E.H. (d.i. Ernst Howald): Vom Schicksal des deutschen Geistes, in: Neue Zürcher Zeitung, 13.11.1934.

sich durch wohlverdienten Schlaf zu neuen Taten und Untaten stärken, konnten diese zarten und besorgten Zikadentöne gesendet werden." Diese Einschätzung ist trotz aller Kritik deutlich, ja eindeutig, und auch wenn der Begriff "Opposition" als unzutreffend bezeichnet wird, macht doch bereits die Verwendung stutzig. Vielleicht hatte Howald angenommen, die Mitternachtssendungen seien bereits abgeschlossen, weshalb er in der Darstellung den Imperfekt wählte. Jedenfalls ist anzunehmen, daß Frommel durch solche Äußerungen erheblich gefährdet wurde. Tatsächlich ist überliefert, daß die NS-Behörden erst durch eine Meldung der Auslandspresse, gemeint ist wohl dieser Artikel, auf den oppositionellen Charakter der Reihe aufmerksam wurden. Danach erst sei es zu verschärften Kontrollen, Verhören und eventuell sogar zur Beschlagnahme von Manuskripten gekommen.(28)

Die Wahl der ungewöhnlich späten Sendezeiten hatte ihren Grund nicht nur in der Herausgehobenheit der Mitternachtsstunde, sondern eben auch in der Annahme, zu diesem nächtlichen Termin sei die parteiamtliche Überwachung nicht mehr so scharf. In pointierter Formulierung berichtet Frommel in dem Interview aus dem Jahre 1981 über die Sendezeit nach 24 Uhr: "Da sitzen die Kontrolleure und die Spione ... bei ihrem Bier und denken über den rassereinen Nachwuchs nach."(29)

So einleuchtend diese Sichtweise auch klingt, so kann ein Umgehen der Zensurbehörden auf diesem Wege eigentlich nur für die Frankfurter Zeit angenommen werden. Im Laufe des Jahres 1934 folgten dann die entsprechenden Verordnungen zur "geregelten" Kontrolle der Sendetexte, und in Berlin arbeitete Frommel direkt unter den scharfen Augen des Reichssendeleiters Eugen Hadamovsky. Er erinnert sich, daß es hinsichtlich der Überwachung "dann schon sehr unangenehm" zugegangen sei.(30) Im Zusammenhang mit einem Nietzsche-Vortrag habe der Reichssendeleiter Frommel zu sich bestellt und ihm die Tendenz seiner Sendung vorgeworfen. Frommel zitiert Hadamovsky aus der Erinnerung: "Wenn Sie meinen, Sie können mich zum Narren halten, dann irren Sie sich. Ich habe lange genug das alles mitangesehen, was Sie da machen ... mit ihren Bildungsvorträgen. ... das macht nur durcheinander, und die klaren Linien werden verworren." Hadamovsky habe ich beklagt, der Wille des Führers werde ins Gegenteil verkehrt, und er habe Frommel eindeutig gedroht, im Wiederholungsfalle die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Diese Einschätzung mag man Hadamovsky angesichts der diffizilen Textstruktur der Mitternachtssendungen glauben, für Frommel sei diese Besprechung das Signal gewesen, sich aus der Rundfunkarbeit zurückzuziehen.

28) Vgl. Castrum Peregrini, Nr. 12, Amsterdam 1953, S. 68. Die dort erwähnte Beschlagnahme von Manuskripten durch die Gestapo hat sich bis jetzt noch nicht an Hand von Aktenüberlieferungen verifizieren lassen.

29) Zeugen des Jahrhunderts, a.a.O., S. 67.

30) Dass., a.a.O., S. 71.

Dennoch liefen die Mitternachtssendungen noch einige Zeit weiter, und auch 1935 wurden Vorträge jüdischer Autoren unter Pseudonymen gehalten, liefen Texte mit mehr oder weniger deutlichen kritischen Äußerungen. Aber, wie anzunehmen ist, wurde das Risiko immer größer und der Freiraum geringer. So übermittelte Wolfgang Frommel am 9. August 1935 der Reichsrundfunkgesellschaft sein Kündigungsschreiben (31), ohne daß ein aktueller Anlaß vorgelegen hätte. Frommel emigrierte 1937 aus Deutschland. Über die Schweiz, Italien und Frankreich gelangte er 1939 nach Holland. In Amsterdam verbarg er während des Zweiten Weltkrieges einige rassistisch verfolgte Jugendliche vor dem Zugriff der Nationalsozialisten.(32) Nach Kriegsende gründeten die Überlebenden dieses Kreises den Verlag "Castrum Peregrini", in dem Frommel bis zu seinem Tode 1985 als Mentor wirkte.

6.

Die Bedeutung der Mitternachtssendungen, die in ihrer eindeutig oppositionellen Konzeption eine einmalige Sonderrolle innerhalb des Rundfunks während des Dritten Reiches einnehmen, darf nicht an ihrem "Erfolg" gemessen werden. In Anbetracht der brutalen Wirklichkeit des NS-Systemes, die sich bereits in den Jahren 1933/34 mit der blutigen Ausschaltung von Regimegegnern offenbarte, ist das Betreiben der Sendungen durchaus als mutig zu bewerten, auch, wenn die Annahme berechtigt ist, daß ein gehöriges Maß an Leichtfertigkeit, vielleicht sogar Leichtsinn Frommels festzustellen ist. Dies mag mit einer in den Anfangsjahren weit verbreiteten Unterschätzung des Regimes zusammenhängen, wie denn auch jede verbale Agitation nicht die angemessene Gegenwehr bedeuten konnte. Das aber hat sich, wie vieles andere auch, erst im Nachhinein herausgestellt.

Die Leistung der Mitternachtssendungen liegt in ihrem moralischen Zuspruch an die Hörer, auch wenn sich dieser nicht quantifizieren läßt, und in der mehr oder weniger deutlich nach außen tretenden Selbstbehauptung der Autoren. Mit ihrer Besonnenheit und Integrität hat die Sendereihe einen Beitrag zur "moralischen Substanz" des deutschen Volkes während der NS-Zeit geleistet, der sogar im Ausland gewürdigt wurde.

Eine weitere Bearbeitung dieses Themas im Rahmen einer Dissertation sieht unter anderem vor, nähere Informationen zu den Biographien der einzelnen Autoren zu beschaffen. Für die tiefere Betrachtung der politischen Implikationen der Sendereihe ist eine detaillierte Kenntnis des jeweiligen Verhaltens während der Zeit des Nationalsozialismus notwendig. Darüber hinaus richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Ermittlung privater Nachlässe, um eventuell

31) Das Schreiben ist nicht erhalten, die Datierung ergibt sich aus einem in Frommels Nachlaß vorhandenen Antwortbrief vom 17.8.1935.

32) Darüber berichtet: Claus Victor Bock: Untergetaucht unter Freunden. Amsterdam 1942-1945. Ein Bericht, Amsterdam 1989³.

noch vorhandene Originaltyposkripte aufzufinden. Von einer Recherche im Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam sind Aufschlüsse über weitere Reaktionen der Behörden zu erwarten.

BIBLIOGRAPHIE

Zeitschriftenlese 51 (1.6. - 31.10.1989 und Nachträge)

Angsten, Karl-Heinz. Das flimmernde Klassenzimmer. 20 Jahre Schulfernsehen: Farbe für den grauen Alltag in der Penne, in: WDR print, Nr. 161/1989, S. 6.

Mit einem Beitrag von Klaus Katz: 40 Monate bis wir zu Potte kamen.

Bausch, Hans. Konkurrenz oder Komplementarität, in: Medientage München '88, Dokumentarion, Baden-Baden 1989, S. 225-230.

Zur Konkurrenz zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privatem Rundfunk bzw. der privatwirtschaftlich organisierten Presse. Historischer Überblick über die Entwicklung in Deutschland.

Bayer, Dieter. Der Mittelwellensender Heusweiler, in: Weltweit hören, 1989, Nr. 6, S. 9-10.

Unter Berücksichtigung der Geschichte des Saarländischen Rundfunks.

Bierbach, Wolf, Ulrich Gemhardt. Journalisten für die Diktatur. Schreiben unterm Hakenkreuz. Auszüge aus einer gleichnamigen Hörfunk-Sendung des Westdeutschen Rundfunks, in: Journalist, Jg. 40/1989, Nr. 9, S. 47-52, 73-77.

Mit Beiträgen von Winfried B. Lerg: Gleichgeschaltet - Von Druck und Anpassung; Walter Dirks: "Wir waren relativ sehr gut informiert" (Interview: Peter Laudan); Arnulf Kutsch: Nach '45 - Stunde Null?

Bierbach, Wolf. "Den Rundfunk alle Menschheit hört ..." 65 Jahre Westdeutscher Rundfunk in Münster, in: Westfalenspiegel, Jg. 38/1989, H. 4, S. 37-40.

Binz, Rudolf. Geschichte der deutschen Frequenzverwaltung, in: Archiv für das Post- und Fernmeldewesen, Jg. 41/1989, Nr. 3, S. 232-278.

Bitz, Albert-Peter. Musik im 20. Jahrhundert. Eine Festivalbilanz nach 20 Jahren, in: Rundfunk als kulturelle Aufgabe, Saarbrücken 1988, S. 140-143.

"Musik im 20. Jahrhundert" ist eine vom Saarländischen Rundfunk getragene Veranstaltungsreihe seit 1970.

Boddy, William F. Launching television: RCA, the FCC and the battle for frequency allocations, 1940-1947, in: Historical journal of film, radio & television, Vol 9/1989, Nr. 1, S. 45-47.

Zur Entwicklung der amerikanischen Rundfunkindustrie nach 1945 und ihrer Bedeutung für die Entwicklung des amerikanischen Fernsehens am Beispiel der Radio Corporation of America (RCA).

Brandt, Ulrich. Der Freitagabendkrimi der ARD, in: Seller, Stars und Serien, Medien im Produktverband, Heidelberg 1989, S. 116-130.

"Der Freitagabend als Krimiabend findet sich unregelmäßig ab 1. Januar 1964, regelmäßig schließlich ab April 1964, wo er bis Oktober 1973 bleiben wird, dann noch bis 1978 auf dem Donnerstagstermin 21.00 h."

Broadcasting legislation in Japan (5 Beiträge), in: Studies of broadcasting, Nr. 25/1989, S. 7-139.

Beiträge zu Recht und Organisation des japanischen Rundfunks in Vergangenheit und Gegenwart anlässlich des neuen Rundfunkgesetzes 1988.

Brüning, Jens. Zehn Jahre "Journal in 3", Sproß des Radiofrühlings - In Studiogesprächen wird nur selten mit dem Uhrzeiger gedroht, in: SFB Report, Nr. 21/1989, S. 6-7.

Buckwitz, Horst. Rückblick auf 25 Jahre ZDF-Werbefernsehen, in: ZDF-Jahrbuch 1988, Mainz 1989, S. 199-202.

Bulant, Thomas. "... täglich Wiener Schnitzel zu essen, verdirbt im Laufe der Zeit den gesündesten Magen", Das Kabarett auf Welle 530, in: Medien & Zeit, Jg. 4/1989, H. 2, S. 2-10.

Über das österreichische Radiokabinett der RAVAG 1924 bis 1934.

Burgelmann, Jean-Claude. L'Information à la Radio-Télévision Belge (1945-1960) et le malaise actuel du service public, in: Histoire des informations à la radio et à la télévision. Actes de la journée d'études du 29. février 1988. Groupe d'études historiques sur la radiodiffusion, o.O. 1988, S. 327-344.

Buttler, Rolf. Immer vor Ort. Wo denn sonst? Über seinen Kollegen Werner Höcker. Der Leiter des Bielefelder Landesstudios geht in Pension, in: WDR print, Nr. 158/1989, S. 11.

Chronik des Rundfunks der DDR. Vom Lektorat Rundfunkgeschichte des Staatlichen Komitees für Rundfunk beim Ministerrat der DDR, 1970-1972, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks, Jg. 22/1988, H. 1, S. 6-95.

Clarke, Arthur C. I remember Babylon, in: Intermedia, Vol. 17/1989, Nr. 3/4, S. 43-47.

Arthur C. Clarke veröffentlichte im Oktober 1945 (Wireless World) zum ersten Mal die Idee des Satellitenrundfunks. Der hier wiedergegebene Beitrag des "Erfinders" der Satellitenkommunikation aus dem Jahr 1959 schildert Entstehung und Entwicklung dieser Idee.

Dieter Ertel verabschiedet. Ein Mann des Programms, nicht des Proporz oder der Politik, über Stuttgart, Bremen und Köln nach Baden-Baden gekommen, verließ den SWF (4 Beiträge), in: Fernseh-Informationen, Jg. 40/1989, Nr. 7, S. 191-200.

Einführung von Andrea Brunnen und Reden von Willibald Hilf, Dietrich Schwarzkopf und Dieter Ertel anlässlich der Verabschiedung.

Diller, Ansgar. Rundfunk als Mittel der Kriegsführung. Der 1. September 1939 in den deutschen Sendern, in: Das Parlament, Jg. 39/1989, Nr. 36, S. 24.

Feldinger, Norbert P. Halbe Lösungen, vertane Chancen. Vom Besatzungsrundfunk zum ORF (1952-1957), in: Medien & Zeit, Jg. 4/1989, H. 2, S. 19-27.

Fledelius, Karsten. Audio-visual history - the development of a new field of research, in: Historical journal of film, radio & television, Vol. 9/1989, Nr. 2, S. 151-163.

Friedebold, Fritz. Nowottny im Niemandsland. Der WDR-Chef vor der Wiederwahl. Friedrich Nowottny, der ungeliebte WDR-Intendant, in: Neue Medien, 1988, Nr. 11, S. 12-21.

Grosser, Alfred. "Das Gegenteil des berühmten Radfahrers." Laudatio auf Klaus von Bismarck, in: Kirche und Rundfunk 1989, Nr. 75, S. 23-24.

Grotemeyer, Grid. Aus den Archiven des Radios. (Erinnerungen) an die Geschichte des Senders, T. 5-8, in: WDR print, Nr. 159/1989, S. 15, Nr. 160, S. 10, Nr. 161, S. 11, Nr. 162, S. 10.

5. Die Rundfunkreform 1932: Verstaatlicht und auf rechtsaußen getrimmt.

6. 1933: Als Goebbels seine Meinung übers Radio änderte

7. 1933: Nazi-Intendant Glasmeier räumt in Köln auf

8. Der Volksempfänger: Goebbels' Waffe gegen Auslandssender

Hauschild, Reinhard. Hörfunk und Streitkräfte. Anmerkungen zur Geschichte und zu den Besonderheiten eines Mediums, in: Wahr muß es sein. Militär und Journalismus in zwei Jahrhunderten, Herford/Bonn 1989, S. 77-84.

Über die Beziehung von Rundfunk und Militär in Deutschland seit 1923. Der Beitrag berichtet über die Kriegsberichterstattung im 2. Weltkrieg, über Soldatensender der Nazis und der DDR und über die Rundfunkarbeit der Bundeswehr (PSV-Bataillon).

Hickethier, Knut. Kompliziertes Gelenk. Die Arbeit des Fernsehspielsdramaturgen Wolf Dietrich Brücker, in: Kirche und Rundfunk 1989, Nr. 60, S. 4-5.

Hickethier, Knut. Medien-Modernisierung. Überlegungen zur Programmgeschichte und Programmmzukunft des Fernsehens anhand eines Stichworts, in: Ästhetik und Kommunikation, Jg. 19/1989, H. 72, S. 85-94.

Hickethier, Knut. Vernebelter Anfang. Polemisches zur "Stunde Null" des Fernsehens - beim Durchblättern fernsehhistorischer Erinnerungen, in: TheaterZeitschrift 1989, Nr. 2 (28), S. 74-90.

Zur personellen und inhaltlichen Kontinuität des Fernsehens im Vor- und Nachkriegsdeutschland.

Hoffmann, Kay. Zwischen Propaganda und militärischer Waffe. Das Fernsehen im Nazi-Reich, in: AchtungFertigLos. Vorkrieg 1935-1939, Berlin 1989, S. 106-109.

Hoover, Stewart M. USA: Pat Robertson and the prototype of the electronic church, in: Intermedia, Vol. 17/1989, Nr. 3/4, S. 25-31.

Pat Robertson ist der Gründer (1961) und erste Präsident (bis 1987) des religiösen amerikanischen Fernsehsenders Christian Broadcasting Network (CBN).

100 Jahre Hertz'sche Wellen. Arbeitsgruppe Geschichte der Rundfunktechnik ARD/ZDF. Text: Ansgar Diller, T. 2-3, Frankfurt am Main 1987/1989.

2. Die goldene Zeit des Radios. Rundfunktechnik in Deutschland (1923-1945)

3. Pionierjahre des Fernsehens. Rundfunktechnik in Deutschland

Idid, Syed Arabi, Latifah Pawanteh. Media, ethnicity and national unity. A Malaysian report, in: Media Asia, Vol. 16/1989, Nr. 2, S. 78-85.

Jakubowicz, Karol. Poland: media systems in transition, in: InterMedia, Vol. 17/1989, Nr. 2, S. 25-28.

Kigilcim, Gönül. Am Tropf der Machtverhältnisse. Zur Entwicklung des Rundfunks in der Türkei, in: Medium, Jg. 19/1989, H. 2, S. 10-13.

Kleinsteuber, Hans J. Medien und Medienarbeit in Australien, in: Media Perspektiven 1989, H. 4, S. 207-216.

K(lemp), B(engt)-O(lof). 30 Jahre Evangeliumsrundfunk, in: Weltweit hören, 1989, H. 9, S. 12-13.

Koebner, Thomas. Warnung vor Fast-Food-Fernsehen. Im Blickfeld: das Fernsehspiel, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 37/1989, Nr. 23, S. 1-4.

Die 60er Jahre: Im Widerspruch zur Kältegesellschaft

Die 70er Jahre: Infragestellen der alten Ordnung

Die 80er Jahre: Weltschmerz - Pragmatismus - Wirklichkeitsflucht

Kraft, Elfi. HCJB - die Stimme der Anden, in: Radiowelt, Jg. 6/1989, Nr. 7, S. 5-7.

"Die erste Sendung erfolgte 1931, am Weihnachtstag, aus einem Schafstall. Gegründet wurde der älteste Missionssender der Welt von Clarence Jones und Reuben Larsen."

Lamberty, Ingo. 40 Jahre Pacifica Foundation. "Community radio" und "moral majority", in: Medium, Jg. 19/1989, H. 2, S. 68-70.

Zur Geschichte des ersten "Freien Radios" (community radio) in der Welt.

Lent, John A. Mass communication in Asia and the Pacific. Recent trends and developments, in: Media Asia, Vol. 16/1989, Nr. 1, S. 16-24.

Überblick über die Entwicklung der Massenmedien in Asien und im Pacific in den letzten 25 Jahren.

Lersch, Edgar. Auf neuer Welle. Der Rundfunk in den Westzonen, in: So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945-1949, Berlin 1989, S. 282-286.

Merschmeier, Michael. Im Flur steht schon die Guillotine. Hörspiel, Radiokunst und Theater. Ein passionierter Regisseur beim Berliner RIAS gibt Auskunft über Freud und Leid seines Berufs: Ein Gespräch mit Jörg Jannings, in: Theater heute, Jg. 30/1989, H. 7, S. 20-22.

Über die Beziehungen zwischen Theater und Hörspiel heute.
Die Goldenen Fünfziger: Radiokunst mit Werken großer Dichter ...
Hörspiel und Theater: Konkurrenz oder Kooperation?
Der Onkel: Emil Jannings

Messingfeld, Peter. Gnadenbrot für die Lady, in: Weltweit hören 1989, Nr. 6, S. 25-26.

Zum 25jährigen Bestehen des Piratensender Radio Caroline.

Morgenstern, Klaus. Ein Intendant, wie er im Buche steht. HR-Chef Hartwig Kelm - der autonome Intendant, in: Neue Medien 1988, Nr. 11, S. 42-46.

Müller, Eckhard. Medien pur. Fünf Jahre medienpolitische Reihe im Südwestfunk, in: SWF Journal 1989, H. 9, S. 26-27.

Über die Reihe "Medienreport" im SWF-Hörfunk seit 1984.

Müller-Blattau, Wendelin. Die Stunde des Chorgesanges. Ein hoffnungsvoller Anfang, in: Rundfunk als kulturelle Aufgabe, Saarbrücken 1988, S. 144-149.

Zur Chormusik im Rundfunkprogramm der Weimarer Republik.

Müntefering, Gert K. Zum Tode von Ota Hofman in Prag. Eine Würdigung seiner Arbeit für das Erste Deutsche Fernsehen/ARD, in: Erstes Deutsches Fernsehen/ARD, Pressedienst, 1989, Nr. 26, S. I,2-I,4.

Mundzeck, Heike. Ansporn zur Abgrenzung, nicht zur Annäherung. Geschichte und künftige Aufgaben des Kinderfernsehens, in: Kirche und Rundfunk, 1989, Nr. 77, S. 4-9.

Netenjakob, Egon. Der interne Kanon. Zwischenergebnisse einer Umfrage zur Fernsehspielgeschichte, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 37/1989, Nr. 28, S. 1-12.

Nowak, Andreas, Irmela Schneider. Amerikanische Serien im bundesdeutschen Fernsehprogramm. Anmerkungen zur Entwicklung und Einblicke in die gegenwärtige Situation, in: Seller, Stars und Serien. Medien im Produktverband, Heidelberg 1989, S. 94-115.

Nussbaum, Henrich v(on). Von der Schwierigkeit, ein Jubiläum zu begehen. Vierhundert Mal "Kennzeichen D", in: Kirche und Rundfunk, 1989, Nr. 50, S. 7/8.

Oppermann, Michael. Bemerkungen zur Kontinuität der inneren Wirklichkeit im Vor- und Nachkriegswerk Günter Eichs, in: Wirkendes Wort, Jg. 39/1989, H. 2, S. 252-261.

Literarische Produktion 1927-1940

Literarische Produktion 1947-1951

Die Träume (Hörspiel, 1951)

Papathanassopoulos, Stylianos. Greece: nothing is more permanent than the provisional. A review of the recent liberalization of Greek radio frequencies and its associated politics, in: Inter Media, Vol. 17/1989, Nr. 2, S. 29-35.

Prodoehl, Hans Gerd. Modell und Wirklichkeit. Legitimationsprobleme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 30/1989, H. 2, S. 273-291.

"Das Thema der Abhandlung ist die Geschichte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bundesrepublik Deutschland. Sie wird im Kontrast zweier unterschiedlicher Ereignisketten beschrieben: Einerseits ist sie die Geschichte der sozialen Realität des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems, andererseits die Geschichte der Konstruktion des Modells eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks; letztere manifestiert sich vor allem in den Rundfunkurteilen des Bundesverfassungsgerichts.

Radiofieber. Fernsehfilm in vier Teilen am 5., 8., 12. und 15. November 1989 vom WDR im Ersten, in: Erstes Deutsches Fernsehen, Pressedienst, 1989, Nr. 44, S. V,1-V,14.

Thema des Fernsehfilms ist die Entwicklung und Faszination des neuen Mediums Rundfunk im Deutschland der Weimarer Republik.

Reichert, Franz-Josef. SR 3 Saarlandwelle - Das erste regionale Vollprogramm der ARD, in: Rundfunk als kulturelle Aufgabe, Saarbrücken 1988, S. 123-134.

Mit einer Chronik der ersten fünf Jahre 1979-1983.

Rexin, Manfred. Massenmedien in der DDR, in: Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, München/Wien 1989, S. 402-412.

Salama, Girgis. Broadcasting in Africa: past, present and future, in: Media development, Vol. 36/1989, Nr. 3, S. 41-42.

Mit einer Tabelle über die Einführungsdaten des Rundfunks in den afrikanischen Staaten.

Schatz, Heribert. Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, München/Wien 1989, S. 389-401.

Schneider, Peter. Markenzeichen "Swiss Made" - Schweizer Radio International, in: Radiowelt, Jg. 6/1989, Nr. 9, S. 6-8.

The second EBU seminar on popular serials (Chianciano, 9.-13.6.1985, 8 Beiträge), in: EBU-Review. Programmes, administration, law. Vol. 36/1985, Nr. 3, S. 30-51.

Séguillon, Pierre-Luc. Rénover la télévision publique?, in: Esprit, Jg. 13/1989, Nr. 6, S. 8-21.

Über die Entwicklung zum dualen Rundfunksystem und die Kommerzialisierung des öffentlichen Rundfunks in Frankreich.

Short, K. R. M. A note on BBC television news and the Munich Crisis 1938, in: Historical journal of film, radio & television, Vol. 9/1989, Nr. 2, S. 165-179.

Zugleich Darstellung der frühen englischen Fernsehentwicklung.

Sullivan, Gerard, Victor T. Valbuena. Pacnews. A study of news exchange in the Pacific, in: Media Asia, Vol. 16/1989, Nr. 2, S. 97-104.

Zu Geschichte, Inhalten und Tätigkeiten der pazifischen Nachrichtenagentur Pacnews (Pacific News Service).

Taylor, Doreen. Scottish broadcasting, a sense of identity, in: InterMedia, Vol. 15/1987, Nr. 4/5, S. 72-75.

Tschoepe, Werner. 25 Jahre "Radio Caroline". Europas legendärster Piratensender immer noch im Äther, T. 3, in: Radiowelt, Jg. 6/1989, Nr. 6, S. 13-14.

Ungureit, Heinz. Exkurs über die Vergeßlichkeit. Wie es aussah, als die guten alten Fernsehzeiten Gegenwart waren, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 37/1989, Nr. 34, S. 4-6.

Unter besonderer Berücksichtigung der bundesdeutschen Fernsehspielgeschichte.

Venus, Theodor. Armes freies Wort. Über die Anfänge der aktuellen Berichterstattung im Nachkriegsrundfunk (Österreich), in: Medien & Zeit, Jg. 4/1989, H. 2, S. 11-18.

Am Beispiel der Sendegruppe Radio Wien.

Venus, Theodor. Bis zum Ende gespielt - Zur Geschichte des 'Reichssenders Wien' im Dritten Reich, in: Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreichs Medien, Salzburg 1988, S. 108-157.

Das Jubiläum fand nicht statt.

(40 Jahre ARD. 18 Beiträge), in: ARD Jahrbuch, Jg. 21/1989, S. 5-131.

Aus dem Inhalt: Horst O. Halefeldt: Eckpfeiler der Demokratie. Die Errichtung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten vor 40 Jahren. Volker Herres, Jobst Plog: Ständige Systemveränderung. 40 Jahre Rundfunkgesetzgebung im Wandel.

Oskar Maier: Ein paar Pfennige am Tag. Gebühren für die Grundversorgung.

Ingo Dahrendorf: Hörfunktechnik in der UKW-Ära. Rückblick und Ausblick.

Hans Abich: Tabu-Verletzungen. Grenzüberschreitungen im Deutschen Fernsehen, sowie Artikel über Hörfunk, Fernsehen und Programm in den 50er, 60er, 70er und 80er Jahren.

Wagenführ, Kurt, Rosemarie Hirsch, Andrea Brunnen-Wagenführ. 50 Jahre Fernsehprogrammdienst. Aufzeichnungen zur Fernsehgeschichte Deutschlands, T. 69, in: Fernseh-Informationen, Jg. 40/1989, Nr. 12.

Materialien aus dem Archiv Kurt Wagenführs zum Vorkriegsfernsehen in Deutschland. Mit Anmerkungen.

Wasburn, Philo C. The counter-propaganda of Radio RSA: The voice of South Africa, in: Journal of broadcasting & electronic media, Vol. 33/1989, Nr. 2, S. 117-138.

Weil, Marianne, Hanspeter Krüger. Achtung, Achtung, neue künstlerische Möglichkeiten! Abenteuer Radio: Nachrichten aus einer Zeit, als das Hören neu erfunden wurde, in: Die Zeit, Jg. 44/1989, Nr. 34, S. 28.

Über das Rundfunkprogramm in der Weimarer Republik.

Weißhuhn, Gerhard. Fernsehtechnik von Eschborn bis Mainz. 25 Jahre Entwicklung ZDF-Technik, in: ZDF Jahrbuch 1988, Mainz 1989, S. 175-180.

Wetzel, Kraft. Sprache des blutenden Fleisches. Der Dokumentarfilmer Hans-Dieter Grabe setzt auf die Kraft der Bilder, in: Medium, Jg. 19/1989, H. 3, S. 51-55.

"Seit November 1962 arbeitet Hans-Dieter Grabe beim ZDF, als Redakteur zuerst der Hauptabteilung Dokumentarion, dann der Hauptredaktion Außenpolitik. Jahr für Jahr dreht er ein oder zwei Dokumentarfilme."

Wick, Horst. 60 Jahre Hörfunk auf Kurzwelle in Deutschland. Entwicklung und Werdegang eines elektronischen Mediums zum Weltrundfunk, in: SWF Journal 1989, Nr. 7/8, S. 18-21.

Wilke, Jürgen. Im Dienst von Pressefreiheit und Rundfunkordnung. Zur Erinnerung an Kurt Häntzschel aus Anlaß seines hundersten Geburtstages (1889-1941), in: Publizistik, Jg. 34/1989, H. 1/2, S. 7-28.

"Kurt Häntzschel war der führende Presserechtler der Weimarer Republik, wirkte einflußreich am Aufbau des Rundfunks in Deutschland als zeitweilig entscheidender Gegenspieler von Hans Bredow mit und hat sich in verschiedenen anderen Funktionen für die Pressefreiheit, die internationale Verständigung und den Bestand der demokratischen Staatsordnung eingesetzt."

Wolff, Egon. Die Geschichte des Kölner Rundfunk-Orchesters, T. 1/2, in: WDR print, Nr. 160/1989, S. 10, Nr. 161, S. 7.

1. Radio-Tänze à la Leo Eysoldt. Schon 1927 spielte in Köln eine Funkhaus-Kapelle Kaffeehaus-Musik
2. Musik gegen den (platten-)Trend

Zum Gedenken an Prof. Dr. Dr. Matthäus Klein, 18.12.1911-2.2.1988 (Vom Lektorat Rundfunkgeschichte des Staatlichen Komitees für Rundfunk beim Ministerrat der DDR), in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks, Jg. 22/1988, H. 1, S. 106-108.

Professor für marxistisch-leninistische Philosophie, 1945 bis 1947 Mitbegründer und Mitarbeiter des Berliner Rundfunks (SBZ).

Zur Geschichte des Süddeutschen Rundfunks, in: SDR Magazin, 1989, H. 7, S. 4.

65 Jahre Rundfunk in Stuttgart
Ära Eberhard 1949-1958
Ära Bausch 1958-1989

20 Jahre WDR-Schulfernsehen (7 Beiträge), in: Praxis Schulfernsehen, Jg. 14/1989, H. 159, S. I-XVI.

Rudolf Lang